

# ifo Dresden berichtet

## Aktuelle Forschungsergebnisse

- *Wolfgang Nierhaus*  
Deutschlandprognose 2009/2010: Abschwung hält an
- *Stefan Krenz, Beate Schirwitz und Gerit Vogt*  
Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen  
2009/2010: Anhaltende Rezession
- *Wolfgang Nierhaus*  
Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das  
erste Quartal 2009
- *Joachim Ragnitz*  
Angleichung der Lebensverhältnisse in Ostdeutsch-  
land: Eine regional differenzierte Analyse
- *Gunther Schnabel*  
Eurovisionen in Mittel- und Osteuropa im Zeichen  
der Finanzmärkte

## Im Blickpunkt

- *Udo Broll und Frank Fuchs*  
Fakturierung im sächsischen Außenhandel

16. Jahrgang (2009)  
Herausgeber: ifo Institut für Wirtschaftsforschung e. V.,  
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden,  
Telefon: 0351 264760, Telefax: 0351 26476-20  
E-Mail: dresden@ifo.de  
Internet: <http://www.ifo-dresden.de>  
Redaktion: Joachim Ragnitz  
Technische Leitung: Anja Ziesche  
Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden  
Erscheinungsweise: zweimonatlich  
Bezugspreis jährlich: 25,00 €  
Preis des Einzelheftes: 5,00 €  
Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten  
Teilnehmer an regelmäßigen ifo Umfragen erhalten einen Rabatt.  
Grafik Design: © ifo Institut München  
Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden  
Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):  
Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung  
eines Belegexemplares.

# ifo Dresden berichtet 4/2009

## Aktuelle Forschungsergebnisse

### Deutschlandprognose 2009/2010: Abschwung hält an

3

*Wolfgang Nierhaus*

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in der schwersten Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik. Maßgeblich für die katastrophale Wirtschaftsentwicklung seit vergangenem Herbst ist der weltweit synchrone Nachfrageeinbruch nach Investitions- und langlebigen Konsumgütern, der sich infolge der internationalen Finanz- und Vertrauenskrise eingestellt hat. Die deutsche Wirtschaft ist von diesem externen Nachfrageschock aufgrund der hohen Außenhandelsabhängigkeit und der Spezialisierung auf besonders konjunkturreaktive Industrieerzeugnisse überdurchschnittlich betroffen. Im Prognosezeitraum wird sich der Abschwung fortsetzen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte, nach einem vorübergehenden, primär durch fiskalische Impulse getriebenen Anstieg im Sommer 2009, der Grundtendenz nach noch sinken. Erst im Frühjahr 2010 ist mit einer Bodenbildung bei Produktion und Nachfrage zu rechnen. Danach wird die reale Wirtschaftsleistung wahrscheinlich wieder etwas zunehmen. Im Jahresdurchschnitt 2009 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion um 6,3 % sinken. Im Jahr 2010 ergibt sich aufgrund des niedrigen Ausgangsniveaus ein Rückgang um 0,3 %.

### Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2009/2010: Anhaltende Rezession

12

*Stefan Krenz, Beate Schirwitz und Gerit Vogt*

Die ostdeutsche Wirtschaft befindet sich weiterhin in einem massiven Abschwung. Gegenwärtig deuten zwar einige Indikatoren, wie das ifo Geschäftsklima für die gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschlands, darauf hin, dass sich das Tempo der gesamtwirtschaftlichen Schrumpfung vermindert hat, eine Wende in der konjunkturellen Entwicklung zeichnet sich jedoch für das laufende Jahr noch nicht ab. Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt der ostdeutschen Bundesländer wird 2009 voraussichtlich um 4,9 % und 2010 um 0,3 % zurückgehen. Für die sächsische Wirtschaft wird aufgrund ihrer höheren Exportabhängigkeit für 2009 ein vergleichsweise stärkerer und für 2010 ein etwas schwächerer Rückgang prognostiziert. Der massive Konjunkturabschwung dürfte sich zunehmend auch auf dem Arbeitsmarkt bemerkbar machen und zu einem deutlichen Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen führen.

### Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das erste Quartal 2009

22

*Wolfgang Nierhaus*

Mit dem hier vorgestellten Rechenwerk liegen erstmals Vierteljahresdaten für das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt sowie die Bruttowertschöpfung in den sechs großen Wirtschaftsbereichen für den Zeitraum I/1996 bis I/2009 vor. Mit Hilfe des ökonometrischen Verfahrens der temporalen Disaggregation wurde ein vierteljährliches Rechenwerk erstellt, das mit den amtlichen Jahreswerten des Arbeitskreises VGR der Länder für Sachsen konsistent ist. Die aktuellen Ergebnisse für das erste Vierteljahr 2009 zeigen, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion auch im Freistaat Sachsen aufgrund der Rezession stark gesunken ist, wenngleich der Rückgang der wirtschaftlichen Leistung mit 5,3 % etwas weniger kräftig ausfiel als im gesamten Bundesgebiet, für das eine Abnahme des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 6,7 % registriert wurde.

### Angleichung der Lebensverhältnisse in Ostdeutschland: Eine regional differenzierte Analyse

28

*Joachim Ragnitz*

Die deutsche Vereinigung brachte für die Menschen das Versprechen einer baldigen „Angleichung der Lebensverhältnisse“ zwischen Ost- und Westdeutschland. Zwar wurde recht schnell deutlich, dass gleiche (materielle) Lebensverhältnisse bestenfalls langfristig erreichbar sein würden; gleichwohl wird der Erfolg

des Aufbaus Ost in Politik und Öffentlichkeit vor allem daran gemessen, wie groß der Abstand in den Lebens- und Arbeitsbedingungen zwischen Ost- und Westdeutschland noch ist. Mit diesem Artikel soll ein Beitrag zur Versachlichung der Diskussion geleistet werden, indem explizit auch die regionalen Disparitäten innerhalb Ostdeutschlands und Westdeutschlands in den Blick genommen werden.

### **Eurovisionen in Mittel- und Osteuropa im Zeichen der Finanzmärkte**

39

*Gunther Schnabl*

Die jüngste Weltwirtschafts- und Finanzkrise hat die Gruppen der Euro-Skeptiker und Euro-Gegner nochmals kräftig durcheinander gewirbelt. Frühere strikte Euro-Gegner wie Dänemark und Island wollen neuerdings beitreten. Polen – nach wie vor überzeugter Anhänger flexibler Wechselkurse – ist dem vom IWF vorgeschlagenen raschen Beitritt zur Europäischen Währungsunion (EWU) nicht mehr abgeneigt. Hingegen leiden die Euroländer Spanien, Italien, Griechenland und Irland unter hohen Preisniveaus und geringer Wettbewerbsfähigkeit. Europa ist in der währungspolitischen Orientierungslosigkeit angekommen, in deren Zentrum der stabile Euro ruht. Die Zeichen für weitere Erweiterungsrounds, vor allem am östlichen Rand des Eurogebiets, standen nie so gut, während – getrieben von explodierender Staatsverschuldung – Zweifel an der Stabilität der gemeinsamen Währung wachsen.

### **Im Blickpunkt**

#### **Fakturierung im sächsischen Außenhandel**

45

*Udo Broll und Frank Fuchs*

Die ökonomische Entwicklung im Freistaat Sachsen wird in erheblichem Maße vom Außenhandel geprägt. Die Exportquote – definiert als Relation des Exportwertes am nominalen Bruttoinlandsprodukt – lag im Jahr 2007 bei 25,3%. Knapp 60% der sächsischen Warenexporte wurden in Mitgliedsländer der Europäischen Union (EU) geliefert. Im Zuge der fortschreitenden Globalisierung sind jedoch auch außenwirtschaftliche Beziehungen zu Staaten außerhalb des europäischen Binnenmarktes von zunehmender Bedeutung. Daher ist es das Ziel dieses Beitrags, die amtlichen Zahlen über die verwendeten Währungen sächsischer Exporteure bei Handelstransaktionen mit Staaten außerhalb der EU vor dem Hintergrund der regionalen und sektoralen Struktur der sächsischen Ausfuhren auszuwerten.

### **Daten und Prognosen**

#### **Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich**

49

#### **Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest**

51

### **Aus der ifo Werkstatt**

#### **ifo Veranstaltungen**

54

#### **ifo Vorträge**

54

#### **ifo Veröffentlichungen**

55

#### **ifo intern**

55

# Deutschlandprognose 2009/2010: Abschwung hält an<sup>1</sup>

Zusammengefasst von Wolfgang Nierhaus\*

## Weltwirtschaftliches Umfeld

Die Weltwirtschaft steckt in der tiefsten Rezession seit der großen Depression. Die schwere Krise an den internationalen Finanzmärkten, die 2007 durch den Zusammenbruch des US-Hypothekenmarkts ausgelöst worden war und sich im Frühherbst 2008 nochmals verschärft hatte, ließ im vergangenen Winterhalbjahr Produktion und Nachfrage synchron in Industrie- und Schwellenländern einbrechen. Seit dem Frühjahr dürfte sich das Kontraktionstempo jedoch abgeschwächt haben. Weltweit sind Programme zur Stützung der Konjunktur aufgelegt worden, zudem zeigt die expansive Geldpolitik der Zentralbanken allmählich Wirkung. Auch sind in zahlreichen Ländern Maßnahmen zur Stabilisierung der Finanzmärkte ergriffen worden. Schließlich werden die Realeinkommen durch die starken Rohstoffpreisrückgänge gestützt. Das vom IFO INSTITUT erhobene Weltwirtschaftsklima ist im zweiten Quartal 2009 erstmals seit dem Herbst 2007 wieder gestiegen. Der Anstieg des Indikators resultiert jedoch ausschließlich aus den günstigeren Erwartungen für die nächsten sechs Monate; die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Lage hat sich demgegenüber noch weiter verschlechtert und fiel auf einen neuen historischen Tiefstand.

Mit einer schnellen Erholung der Weltwirtschaft ist indes nicht zu rechnen. Ein Kernproblem bleibt die prekäre Eigenkapitalsituation des Bankensektors in den USA und Europa. Sie resultiert daraus, dass Abschreibungen und Wertberichtigungen speziell bei strukturierten Wertpapieren in einer die Banken existenziell bedrohenden Größenordnung vorgenommen werden mussten. Zwar konnten nach der Insolvenz von LEHMAN BROTHERS im September 2008 weitere Pleiten großer Finanzinstitute durch massive staatliche Interventionen verhindert werden. Jedoch drohen zusätzliche Wertberichtigungen in erheblichem Umfang. Dabei dürfte zunehmend auch der rezessionsbedingte Ausfall von Kreditforderungen eine Rolle spielen. In wichtigen Ländern kommt eine Depression am Immobilienmarkt hinzu, die ebenfalls den Abschreibungsbedarf der Banken erhöht. Die Banken werden deshalb eine merkliche Verkürzung ihrer Bilanzen anstreben, um das extrem angespannte Verhältnis ihres Eigenkapitals zur Bilanzsumme zu verbessern. Dies wird die Kreditvergabe an Haushalte und nichtfinanzielle Unternehmen insbesondere dann beeinträchtigen, wenn die derzeit

rezessionsbedingt eher niedrige Kreditnachfrage wieder zulegt. Daher ist damit zu rechnen, dass sich die konjunkturellen Auftriebskräfte nur sehr zögerlich entfalten können und der aktuelle Abschwung weitaus länger anhält als üblich.

Nach der vorliegenden Prognose wird sich die Rezession in den USA im Sommerhalbjahr 2009 fortsetzen. Es ist zu erwarten, dass der Konsum der privaten Haushalte trotz der umfangreichen Stützungsmaßnahmen seitens der Fiskalpolitik rückläufig sein wird, auch weil sich die Lage am Arbeitsmarkt weiter verschlechtern dürfte. Die Investitionen werden sich nur schrittweise stabilisieren. In Japan dürfte sich die Konjunktur, nach ihrem kräftigen Einbruch zu Beginn des Jahres, langsam erholen. Zwar wird die Binnennachfrage voraussichtlich sinken. Es ist jedoch damit zu rechnen, dass der Außenhandel zumindest zaghafte Wachstumsimpulse entfalten wird, insbesondere da sich die konjunkturelle Lage in einigen Ländern, die bedeutende Handelspartner sind, etwas aufhellen dürfte. Für den Euroraum wird prognostiziert, dass die Schwäche der Wirtschaft zunächst anhalten wird. So dürften infolge der verschärften Situation am Arbeitsmarkt der Konsum der privaten Haushalte zurückgehen und die Investitionen weiter absacken. Auch vom Außenhandel ist kein stimulierender Beitrag zum Wirtschaftswachstum zu erwarten.

Die wirtschaftliche Expansion in den Schwellenländern dürfte sich im Prognosezeitraum allmählich beleben. In China wird die Konjunktur von dem Impuls des milliardenschweren Konjunkturpakets profitieren; allerdings sind die Erwartungen bezüglich einer baldigen Rückkehr zu alten Boomzeiten gedämpft, da die Ausfuhrwirtschaft, die eine wichtige Säule des vorangegangenen Aufschwungs darstellte, auch weiterhin unter der globalen Wirtschaftsschwäche leiden dürfte. In Indien wird die Konjunktur infolge der soliden Expansion der Binnennachfrage wohl vergleichsweise kräftig bleiben. Dagegen wird sie sich in den übrigen Ländern Ostasiens, nach einem vorübergehenden Schrumpfen, voraussichtlich nur schrittweise stabilisieren. In Lateinamerika werden die stimulierenden Effekte der teilweise umfangreichen expansiven geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen die

\* Dr. Wolfgang Nierhaus ist als wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut für Wirtschaftsforschung München tätig.

konjunkturelle Erholung unterstützen. Auch dürften wichtige Länder der Region zunehmend von der jüngst einsetzenden Erhöhung der Rohstoffpreise profitieren.

Insgesamt wird erwartet, dass das Bruttoinlandsprodukt der Welt im Jahr 2009 um 1,8 % sinkt, ehe es sich im Jahr 2010 um 2 % erhöht (vgl. Tab. 1). Diese Prognose bezieht sich auf die vom INTERNATIONALEN WÄHRUNGSFOND (IMF) berücksichtigten Länder, deren Zuwachsraten mit Hilfe der Kaufkraftparitäten des Jahres 2008 gewichtet wurden. Der Anstieg der Preise wird sich weltweit zunächst stark abflachen. Die Arbeitslosigkeit dürfte infolge der konjunkturellen Schwäche weiter deutlich zunehmen.

Die Prognose stützt sich auf die Annahme, dass der Preis für Rohöl der Sorte Brent im Prognosezeitraum um die 70 US-Dollar je Barrel schwankt und dass sich der Wechselkurs des Euro bei etwa 1,40 US-Dollar stabilisiert. Unter diesen Rahmenbedingungen wird der Welthandel zunächst weiter rückläufig sein, ehe er sich

allmählich wieder erhöht. Er dürfte im Jahr 2009 um 14 % fallen und im Jahr 2010 um 3 % steigen.

### Ausblick Deutschland

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in der schwersten Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik. Nach den bisher vorliegenden amtlichen Ergebnissen sank die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Quartal 2009 saison- und kalenderbereinigt gegenüber dem Jahresendquartal um 3,8 %. Das vergleichbare Vorjahresniveau wurde um 6,7 % unterschritten; kalenderbereinigt um 6,9 %. Bereits im vierten Quartal 2008 war die Wirtschaftsleistung um 2,2 % geschrumpft. Deutschland verzeichnet damit von allen großen europäischen Volkswirtschaften den schärfsten Wachstumseinbruch. Auch im historischen Rückblick ist er ohne Beispiel.

**Tabelle 1: Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquoten in der Welt**

	Gewicht	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
	(BIP)	Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
	in %	2008	2009	2010	2008	2009	2010	2008	2009	2010
<b>Industrieländer</b>										
EU 27	34,1	0,9	-4,4	-0,2	3,7	0,6	1,0	7,0	9,2	10,6
Schweiz	0,8	1,6	-2,6	-0,1	2,4	-0,5	0,4	2,7	3,6	4,5
Norwegen	0,9	2,1	-1,3	1,0	3,8	1,0	1,3	2,6	3,5	3,9
West- und Mitteleuropa	35,8	0,9	-4,3	-0,2	3,7	0,6	1,0	6,9	9,0	10,4
USA	26,4	1,1	-3,1	0,3	3,8	0,0	1,5	5,7	10,0	11,0
Japan	9,1	-0,7	-7,0	0,5	1,4	-0,6	-0,6	4,0	5,4	5,8
Kanada	2,8	0,5	-2,7	1,0	2,4	0,0	1,5	6,2	9,0	9,5
<b>Industrieländer insgesamt</b>	<b>74,2</b>	<b>0,8</b>	<b>-4,1</b>	<b>0,1</b>	<b>3,4</b>	<b>0,2</b>	<b>1,0</b>	<b>6,1</b>	<b>8,8</b>	<b>9,9</b>
<b>Schwellenländer insgesamt</b>	<b>25,8</b>	<b>5,8</b>	<b>0,2</b>	<b>4,1</b>	-	-	-	-	-	-
<b>Insgesamt<sup>a</sup></b>	<b>100,0</b>	<b>2,1</b>	<b>-3,0</b>	<b>1,2</b>	-	-	-	-	-	-
nachrichtlich:										
Weltwirtschaft <sup>b</sup>		3,2	-1,8	2,0	-	-	-	-	-	-
Welthandel, real		2,0	-14,0	3,0	-	-	-	-	-	-

a) Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2008 in US-Dollar. – b) Weltwirtschaft nach Abgrenzung des IMF. Gewichtet mit Kaufkraftparitäten des Jahres 2008.

Quellen: OECD, IMF, Berechnungen des ifo Instituts; 2009 und 2010, Prognose des ifo Instituts.

Maßgeblich für die katastrophale Wirtschaftsentwicklung seit vergangenem Herbst ist der weltweit synchrone Nachfrageeinbruch nach Investitions- und langlebigen Konsumgütern, der sich infolge der internationalen Finanz- und Vertrauenskrise eingestellt hat. Die deutsche Wirtschaft ist von diesem externen Nachfrageschock aufgrund der hohen Außenhandelsabhängigkeit und der Spezialisierung auf besonders konjunkturreaktive Industrieerzeugnisse überdurchschnittlich betroffen. Im Sog des Einbruchs des Welthandels ist die Ausfuhr im ersten Quartal 2009 saisonbereinigt um 9,7 % geschrumpft; zuvor war sie bereits um 8,1 % zurückgegangen. Seit dem zweiten Quartal 2008 hat sich der nominale Warenhandelsüberschuss (in VGR-Abgrenzung) saisonbereinigt und auf ein volles Jahr gerechnet um 37 Mrd. € reduziert; die deutsche Wirtschaft trägt damit zu einem beachtlichen Teil die weltwirtschaftlichen Anpassungslasten. Bei stark gesunkener Kapazitätsauslastung, eingetrübten Ertragsaussichten und verschlechterten Finanzierungsbedingungen wurden zudem die Investitionen in Ausrüstungen massiv eingeschränkt. Auch die Bauinvestitionen sind gesunken, zum Minus trug allerdings auch ungünstige Witterung bei. Von den beiden Konjunkturpaketen der Bundesregierung, deren Hauptstoßrichtung der öffentliche Bau ist, gingen bisher noch keine nennenswerten stabilisierenden Impulse aus. Zusätzlich dämpfte der Lagerabbau. Eine Sonderentwicklung zeigte sich allein beim realen Konsum, der im ersten Quartal 2009 saisonbereinigt leicht zuzulegen vermochte (0,5 %). Maßgeblich hierfür war die überaus große Inanspruchnahme der staatlichen Abwrackprämie für ältere Pkw, die die Nachfrage nach kleineren Autos insbesondere von ausländischen Herstellern außerordentlich steigen ließ. Zudem wurden die verfügbaren Realeinkommen durch den massiven Rückgang der Rohölpreise gestützt. Der gesamte Kaufkraftgewinn des Inlands durch die ölpreisbedingte Verbesserung der Terms-of-Trade hat sich im ersten Quartal 2009 auf rund 1 % des realen Bruttoinlandsprodukts belaufen.

Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte nach ihrem drastischen Rückgang im Winterhalbjahr 2008/09 auch im zweiten Quartal gesunken sein, jedoch mit deutlich verringertem Tempo (laufende Rate: -0,7 %). Für den Beginn einer allmählichen Stabilisierung spricht die aktuelle Entwicklung einer Reihe von gewichtigen Konjunkturindikatoren wie Produktion und Auftragseingang sowie das ifo Geschäftsklima. Zum Rückgang der Wirtschaftsleistung tragen vor allem die Industrie und der Sektor Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen bei. Für das erste Halbjahr 2009 ergibt sich im Vergleich zum zweiten Halbjahr 2008 saison- und kalenderbereinigt eine Schrumpfung des realen Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 5,2 %; im Vorjahresvergleich beläuft sich die Abnahme auf 7,5 %.

Im weiteren Prognosezeitraum wird sich der Abschwung fortsetzen. Die gesamtwirtschaftliche Produktion dürfte, nach einem vorübergehenden, primär durch fiskalische Impulse getriebenen Anstieg im Sommer, der Grundtendenz nach weiter sinken. Zwar werden vom Außenbeitrag voraussichtlich keine dämpfenden Effekte mehr ausgehen, jedoch setzt sich der Rückgang bei den Investitionen in Ausrüstungen und Bauten fort. Auch ist der Lagerabbau noch nicht abgeschlossen. Zudem wird der private Konsum ab den Herbstmonaten bei deutlich abnehmender Beschäftigung und stark steigender Arbeitslosigkeit sinken. Erst im Frühjahr 2010 ist mit einer Bodenbildung bei Produktion und Nachfrage zu rechnen. Danach wird die reale Wirtschaftsleistung wahrscheinlich wieder etwas zunehmen. Bei sich allmählich bessernder Weltkonjunktur ziehen die Exporte dann leicht an; auch die Ausrüstungsinvestitionen dürften sich moderat erholen. Gegen Ende 2010 kann zudem mit Vorzieheffekten aufgrund der Rückführung der degressiven Abschreibung gerechnet werden. Bei den Bauinvestitionen werden die Konjunkturpakete voraussichtlich wirken. Alles in allem dürfte die konjunkturelle Dynamik aufgrund der Schwäche des privaten Konsums jedoch recht niedrig bleiben, so dass der gesamtwirtschaftliche Auslastungsgrad bis zuletzt weiter abnimmt. Im Jahresdurchschnitt 2009 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion dem Ursprungswert nach wie auch kalenderbereinigt um 6,3 % sinken. Im Jahr 2010 ergibt sich aufgrund des niedrigen Ausgangsniveaus ein Rückgang um 0,3 % (kalenderbereinigt: 0,4 %).

Die Rezession wird sich auf dem Arbeitsmarkt ab den Sommermonaten 2009 verstärkt bemerkbar machen. Der Aufbau von Kurzarbeit wird zum Stillstand kommen, und die Arbeitslosenzahlen werden beschleunigt zunehmen.

Im Durchschnitt dieses Jahres dürfte die Erwerbstätigenzahl um 460.000 sinken, im nächsten Jahr sogar um 1,05 Mill. Die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahr 2009 durchschnittlich um 320.000 und im Jahr 2010 um 760.000 steigen. Bei alledem wird das Verbraucherpreisniveau wahrscheinlich nahezu stabil bleiben. Im laufenden Jahr ist mit einer Inflationsrate um 0,2 % zu rechnen; im Jahresdurchschnitt 2010 dürfte die Rate mit 0,4 % nur wenig höher sein. Es ist zu erwarten, dass das staatliche Budgetdefizit im Prognosezeitraum außerordentlich stark ansteigen wird. Im Jahr 2009 wird sich das Defizit in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt voraussichtlich auf 3,4 % belaufen, im Jahr 2010 sogar auf 6,0 %. Ursächlich hierfür ist die konjunkturelle Entwicklung, die zu enormen Mindereinnahmen und Mehrausgaben führt, aber es gibt auch starke diskretionäre Impulse, die im Zusammenhang mit den Maßnahmenpaketen der Bundesregierung stehen.

Tabelle 2: Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2007	2008	2009 <sup>1</sup>	2010 <sup>1</sup>
<b>Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr<sup>a</sup></b>				
Private Konsumausgaben	-0,4	0,1	0,3	-0,8
Konsumausgaben des Staates	2,2	1,8	1,4	1,7
Bruttoanlageinvestitionen	4,3	4,4	-10,7	0,4
Ausrüstungen	6,9	5,9	-22,4	-0,6
Bauten	1,8	3,0	-3,3	1,0
Sonstige Anlagen	8,0	6,5	5,5	0,9
Inländische Verwendung	1,1	1,8	-1,8	-0,3
Exporte	7,5	2,7	-17,0	2,3
Importe	5,0	4,2	-8,3	2,4
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	2,5	1,3	-6,3	-0,3
Erwerbstätige <sup>b</sup> (1.000 Personen)	39.768	40.330	39.856	38.806
Arbeitslose (1.000 Personen)	3.776	3.268	3.581	4.337
Arbeitslosenquote <sup>c</sup> (in %)	8,7	7,5	8,3	10,1
Verbraucherpreise <sup>d</sup>				
<i>(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)</i>	2,3	2,6	0,2	0,4
Finanzierungssaldo des Staates <sup>e</sup>				
– in Mrd. €	-4,2	-3,1	-80,1	-141,1
– in % des Bruttoinlandsprodukts	-0,2	-0,1	-3,4	-6,0
<i>nachrichtlich:</i>				
Reales Bruttoinlandsprodukt im Euroraum				
<i>(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)</i>	2,7	0,7	-4,6	-0,3
Verbraucherpreisindex im Euroraum <sup>f</sup>				
<i>(Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)</i>	2,1	3,3	0,1	0,5

1) Prognose des ifo Instituts. – a) Preisbereinigte Angaben. – b) Inlandskonzept. – c) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Wohnortkonzept). – d) Verbraucherpreisindex (2000=100). – e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG 95). – f) Harmonisierter Verbraucherpreisindex (2005=100).

Quellen: Eurostat, Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Prognose des ifo Instituts.

## Die Prognose im Detail:

### Export-Absturz endet im Sommer

Nach einem schwachen Abschlussquartal 2008 sind die Exporte im ersten Quartal 2009 mit einem Minus von 9,7 % erneut kräftig eingebrochen. Maßgeblich für den Absturz der Exporte ist die hohe Spezialisierung der deutschen Exportwirtschaft auf Vorleistungs- und Investitionsgüter, die zusammen gut drei Viertel des Exportsortiments ausmachen und äußerst elastisch auf die Abkühlung der Weltkonjunktur reagieren. Die Warenexporte gingen in nahezu alle Abnehmerländer zurück. So verringerte sich die Ausfuhr in den Euroraum – dessen Anteil an den Gesamtexporten 40 % ausmacht – im ersten Quartal um mehr als 12 %, nachdem sie schon im Vorquartal um 10 % gefallen war. Bei den Lieferungen in die übrigen europäischen Länder war der Rückgang mit 17 % sogar noch dramatischer.

Im Prognosezeitraum wird die reale Ausfuhr zunächst nochmals deutlich sinken, wenngleich auch nicht mehr im Ausmaß wie im vergangenen Winterhalbjahr. Dafür spricht der erneut kräftige Rückgang der nominalen Warenausfuhren in der Abgrenzung des Spezialhandels im April gegenüber dem Vorquartal. Zwar zeigen die Frühindikatoren, wie die ifo Exporterwartungen als auch die Auftragseingänge aus dem Ausland, wieder leicht nach oben. Jedoch befinden sie sich immer noch auf einem sehr niedrigen Niveau. Darüber hinaus dürften die Dienstleistungsexporte als Reaktion auf ihren starken Anstieg im ersten Quartal sinken. Insgesamt wird sich die Ausfuhr dann in etwa auf dem Niveau des Jahres 2005 befinden. Ab dem dritten Quartal ist mit leichten Zuwachsraten zu rechnen. Sie spiegeln die zu erwartende konjunkturelle Verbesserung in China und in anderen Schwellenländern wider. Außerdem deuten vor allem die Auslandsbestellungen im Vorleistungsgütersektor darauf hin, dass der weiter zu erwartende Rückgang der Investitionsgüterlieferungen mehr als kompensiert werden kann. Jedoch stehen der weiterhin schwache Welthandel als auch die schwache Binnennachfrage der europäischen Handelspartner einem kräftigen Exportzuwachs entgegen. Im Jahresdurchschnitt 2009 werden die Exporte um 17,0 % sinken. Für das Jahr 2010 wird mit einem moderaten Anstieg von 2,3 % gerechnet.

Die realen Importe sanken am Anfang des Jahres 2009 mit 5,4 % ebenfalls kräftig. Dieser Rückgang wäre sogar noch stärker ausgefallen, wenn nicht dem deutlichen Minus bei den Warenimporten (-7,9 %) ein deutliches Plus bei den Dienstleistungsimporten (5,7 %) gegenüber gestanden hätte. Für den kräftigen Anstieg der Dienstleistungen sind die höheren Ausgaben für Patente

und Lizenzen maßgeblich. Im zweiten Quartal dürften die Einfuhren aufgrund der weiter schwachen Binnen- und Exportnachfrage abermals gesunken sein. Stimulierend dürfte lediglich die Abwrackprämie für Altfahrzeuge gewirkt haben, denn die zusätzliche Nachfrage nach ausländischen Fahrzeugen wurde im ersten Quartal wohl überwiegend aus den Lagerbeständen gedeckt, die in der Folgezeit wieder aufgestockt worden sein dürften.

Für den Prognosezeitraum wird aufgrund einer sich stabilisierenden Exportwirtschaft als auch weiterhin niedrigen Einfuhrpreisen mit leichten Importzuwächsen gerechnet. Alles in allem nehmen die Einfuhren im Jahresdurchschnitt 2009 um 8,3 % ab und im nächsten Jahr um 2,4 % zu.

### Ausrüstungsinvestitionen eingebrochen

Die Unternehmen in Deutschland reduzierten zu Jahresbeginn ihre Investitionen in Maschinen, Geräte und Fahrzeuge drastisch. Die Ausrüstungsinvestitionen sanken im ersten Vierteljahr 2009 gegenüber dem Vorquartal um etwa 16 %. Das bedeutet im Vorjahresvergleich, gegenüber dem ersten Quartal 2008, einen Rückgang um 18,6 %. Da die Ausrüstungsinvestitionen bereits im vergangenen Herbst stark vermindert wurden, sind sie innerhalb eines halben Jahres auf das Niveau von Herbst 2005 zurückgeworfen worden. In diesen sechs Monaten haben die Unternehmen die Auslastung ihrer vorhandenen technischen Kapazitäten massiv reduziert. Während nach den Angaben der Industriefirmen im ifo Konjunkturtest die Kapazitätsauslastung im Sommer des vergangenen Jahres noch überdurchschnittlich hoch war, verringerten sie den Geräteeinsatz über das Winterhalbjahr hinweg erheblich. Insbesondere die Vorleistungsgüterhersteller und die Investitionsgüterproduzenten haben ihre Kapazitätsauslastung massiv gesenkt. Deutlich moderater fuhren die Konsumgüterproduzenten den Geräteeinsatz zurück. Insgesamt lasten die Industriefirmen ihre technischen Kapazitäten derzeit aber deutlich unterdurchschnittlich aus.

Gefragt nach der Bewertung der vorhandenen technischen Kapazitäten im Hinblick auf die erwartete Nachfrage nach ihren Produkten, geben die Industrieunternehmen im ifo Konjunkturtest überwiegend an, dass der vorhandene Maschinenpark zu groß sei. Daher dürfte von dieser Seite der Druck auf die Investitionsausgaben anhalten. In diese Richtung weisen zudem die ifo Konjunkturtestergebnisse für die Leasingbranche, die sich als zuverlässiger Indikator für die Investitionsneigung bewährt haben. Erheblich verschlechtert hat sich seit verganginem Herbst zudem die Ertragslage der Unternehmen. Im Vorleistungsgüter- und im Investitionsgüterbereich

schätzten die im IFO Konjunkturtest befragten Unternehmen die Ertragslage vorwiegend als schlecht ein. Nicht ganz so schwierig stellt sich die Situation bei den Konsumgüterherstellern dar: Ein größerer Anteil von Firmen kann eine befriedigende Ertragssituation erwirtschaften. Kritisch bleibt zudem die Außenfinanzierung. Für große Industrieunternehmen weist die vom IFO INSTITUT veröffentlichte „Kredithürde“ auf erhebliche Kreditrestriktionen hin. Kleine und mittelgroße Firmen leiden nicht ganz so stark unter den verschlechterten Kreditbedingungen. Die Kredithürde bei großen Unternehmen dürfte zum einen auf die schwierige Situation bei der Bildung von Konsortialkrediten zurückgehen. Zum anderen zeigt die jüngste Veröffentlichung der Bundesbank zur Bankenstatistik, dass speziell Großbanken ihre Ausleihungen an Unternehmen im vergangenen halben Jahr spürbar reduziert haben. Trotz des von der Bundesregierung diskutierten Konzepts von so genannten Bad Banks dürfte die Kreditfinanzierung für die Unternehmen auch in den kommenden Monaten schwierig bleiben.

Der Druck auf die Ausrüstungsinvestitionen wird im laufenden Jahr anhalten. Erst im Verlauf des Jahres 2010 dürfte der Rückgang zum Stillstand kommen und einer moderaten Erholung Platz machen. Gegen Ende 2010 kann zudem mit Vorzieheffekten aufgrund der Rückführung der degressiven Abschreibung gerechnet werden. Die Ausrüstungsinvestitionen werden im Jahresdurchschnitt 2009 um rund 22 % sinken und im Jahr 2010 um etwa 0,6 % abnehmen.

### Bauinvestitionen gedämpft

Die Bauinvestitionen haben im Winterhalbjahr deutlich nachgegeben. Sie lagen im ersten Vierteljahr 2009 um knapp 8 % unter dem Vorjahreswert, wobei im vergangenen Jahr der Winter sehr mild ausgefallen war. Während etwa im März dieses Jahres rund 60 % der im IFO Konjunkturtest befragten Unternehmen des Bauhauptgewerbes über witterungsbedingte Produktionsbehinderungen klagten, waren es im selben Monat des Vorjahres 20 %. Besonders schwach in das Jahr 2009 gestartet ist der öffentliche Nichtwohnungsbau: Gegenüber dem letzten Quartal 2008 sind die Investitionen in diesem Bereich im ersten Vierteljahr 2009 um reichlich 11 % gesunken. Dagegen verlief der Jahresauftakt im Wirtschaftsbau stabil. Die Folgen der Rezession werden aber im weiteren Jahresverlauf auf den Wirtschaftsbau durchschlagen.

Der Wohnungsbau entwickelte sich im ersten Quartal 2009 ungünstig. Gegenüber dem Vorquartal sanken die Wohnungsbauinvestitionen um 2,6 %. Da ein Teil dieses Rückgangs auf die ungünstige Witterung zurückzuführen ist, dürfte es im zweiten Vierteljahr zu einer Gegenreaktion

kommen. Insgesamt bleiben die Aussichten für den Wohnungsbau in diesem Jahr trüb. Die Auftragseingänge haben sich zwar zuletzt positiv entwickelt, verfehlen aber weiterhin deutlich die Werte der vergleichbaren Vorjahresmonate. Daher dürfte sich vor allem der Neubau von Wohnungen weiter negativ entwickeln. Besser ist die Situation bei werterhöhenden Bestandsmaßnahmen. Im weiteren Jahresverlauf dürften die ungünstige Entwicklung der real verfügbaren Einkommen sowie die steigende Arbeitslosigkeit auf den Wohnbauvorhaben lasten. Stützend wirken dagegen die Fördermaßnahmen zur Gebäudesanierung, die die Bundesregierung im Konjunkturpaket I nochmals ausgeweitet hat. Möglicherweise spielen bei Anlegern auch Immobilienanlagen als Inflationsschutz verstärkt eine Rolle. Insgesamt werden die Wohnungsbauinvestitionen im laufenden Jahr um etwa 3 % schrumpfen und im kommenden Jahr um knapp 1 % zunehmen.

Die Investitionstätigkeit im Wirtschaftsbau nahm im ersten Vierteljahr gegenüber dem Schlussquartal 2008 nicht weiter ab. Die Wirtschaftsbauinvestitionen lagen zu Jahresbeginn damit knapp 4 % unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahresquartals. In den kommenden Monaten dürften die Investitionen in diesem Bereich jedoch verstärkt reduziert werden. Die erheblich gesunkene Kapazitätsauslastung bei den Industriefirmen sowie die schwachen Nachfrageperspektiven, auch im Dienstleistungsbereich, hinterlassen Spuren bei der Bautätigkeit. Bereits genehmigte Vorhaben werden aufgeschoben, neue Projekte werden seltener in Angriff genommen. Die Baugenehmigungen im Wirtschaftsbau waren im ersten Vierteljahr bereits deutlich rückläufig. Neben den eingetrübten Absatzperspektiven belasten aber auch die verschlechterte Ertragssituation der Unternehmen und die in Teilen der Wirtschaft vorhandenen Probleme bei der Kreditfinanzierung die weitere Investitionstätigkeit. Der Wirtschaftsbau wird daher im Jahresdurchschnitt 2009 um etwa 6,6 % sinken und im Jahr 2010 um knapp 4 % schrumpfen.

Stützend wirken die öffentlichen Bauinvestitionen. Mit den Konjunkturpaketen I und II werden erhebliche Mittel für Baumaßnahmen zur Verfügung gestellt. Allerdings sind diese Stützungsmaßnahmen sehr schleppend angelaufen. Die öffentlichen Bauinvestitionen waren im ersten Quartal sogar stark rückläufig. Sie sanken gegenüber dem Vorquartal um reichlich 11 % und lagen damit um 14 % niedriger als zu Jahresbeginn 2008. Inzwischen sind jedoch die Baugenehmigungen deutlich gestiegen. Auch die Auftragseingänge, etwa im Tiefbau, lassen auf eine deutliche Zunahme der Bautätigkeit schließen. Im weiteren Jahresverlauf werden die öffentlichen Bauinvestitionen daher kräftig expandieren. Aufgrund der Startschwierigkeiten werden sie im Jahresdurchschnitt 2009 jedoch lediglich um etwa 5 % steigen. Im Jahr 2010,

wenn die Konjunkturpakete ihre stärkste Wirkung entfalten, werden die öffentlichen Bauinvestitionen um deutlich über 13 % zunehmen. Einem noch stärkeren Anstieg dürften die sich im nächsten Jahr merklich eintrübenden Einnahmeperspektiven der öffentlichen Haushalte, insbesondere auf kommunaler Ebene, entgegenstehen.

Die Bauinvestitionen insgesamt werden durch die in den beiden Konjunkturpaketen enthaltenen Maßnahmen in diesem und im kommenden Jahr deutlich gestützt. Dies kann den Rückgang bei den Wirtschaftsbauaktivitäten abfedern. Die Bauinvestitionen werden dieses Jahr dennoch um reichlich 3 % abnehmen. Im kommenden Jahr werden sie aber wieder um mehr als 1 % zulegen.

### Privater Konsum nimmt ab

Der private Konsum hat sich trotz der scharfen Rezession bislang recht wacker gehalten. Im ersten Quartal 2009 nahm er saisonbereinigt sogar um 0,5 % zu. Maßgeblich hierfür war, dass die verfügbaren Realeinkommen weiter gestiegen sind. Zwar sind die Arbeitslöhne brutto wie netto kräftig gesunken; dies wurde aber durch erhöhte Zahlungen der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT teilweise kompensiert. Darüber hinaus blieb die Verbraucherpreisentwicklung günstig und zahlreiche expansive Maßnahmen wurden wirksam. Die Abgabenbelastung wurde zurückgeführt, die Transferleistungen wurden ausgeweitet. So ist der Einkommensteuertarif gesenkt und der Grundfreibetrag zusammen mit dem Kinderfreibetrag erhöht worden. Das Kindergeld wurde ebenfalls zum Jahresanfang angehoben. Außerdem wurde im April ein einmaliger Zuschlag zum Kindergeld (Kinderbonus) ausbezahlt. Schließlich schlug die Rückerstattung der in den Jahren 2007 und 2008 nicht gewährten Pendlerpauschale kaufkraftfördernd zu Buche.

Bevorzugt wurden im ersten Vierteljahr Pkw gekauft, befördert durch die Gewährung einer staatlichen Abwrackprämie in Höhe von 2.500 € für ein mindestens neun Jahre altes Auto. Stabil gehalten haben sich im ersten Quartal die realen Ausgaben für Einrichtungsgegenstände. Dagegen war die Nachfrage nach anderen Waren und Dienstleistungen (z. B. nach Bekleidung und Schuhen) durchweg rückläufig. Regelrecht eingebrochen sind zuletzt die realen Ausgaben für Beherbergungs- und Gaststättendienstleistungen.

Im zweiten Halbjahr 2009 dürfte der reale private Konsum nochmals durch fiskalische Impulse stimuliert werden. So werden die Altersrenten stark angehoben. Maßgeblich für das höchste Rentenplus in diesem Jahrzehnt ist der im Vorjahr stark beschleunigte Anstieg der durchschnittlichen Bruttolöhne und -gehälter, zudem ist der „Riester-Faktor“ in der Rentenformel erneut ausge-

setzt. Schließlich wirkt in diesem Jahr auch der „Nachhaltigkeitsfaktor“ rentensteigernd. Mit den Renten werden auch die Regelsätze bei Hartz IV, der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie bei Sozialhilfeleistungen erhöht. Außerdem wird für Kinder bestimmter Altersjahrgänge beim Sozialgeld ein eigener Regelsatz eingeführt.

Bei den Nettoarbeitseinkommen wirkt zudem entlastend, dass zur Jahresmitte der Krankenversicherungsbeitragssatz von 15,5 % auf 14,9 % gesenkt wird, was dem durchschnittlichen Beitragssatz im Jahr 2008 entspricht. Dennoch werden die verfügbaren Realeinkommen der privaten Haushalte alles in allem leicht sinken. Da aber zugleich die Sparquote wohl noch etwas stärker zurückgehen dürfte, könnten die realen Konsumausgaben im zweiten Halbjahr 2009 gegenüber der ersten Jahreshälfte saisonbereinigt leicht steigen. Im Jahresdurchschnitt zeichnet sich eine Zunahme des realen privaten Verbrauchs um 0,3 % ab.

Im kommenden Jahr wird dann aber die erwartete massive Verschlechterung des Arbeitsmarkts voll auf die Konsumkonjunktur durchschlagen. Die Bruttolöhne und -gehälter werden im Jahr 2010 mit -2,2 % kräftig sinken. Netto ergibt sich ein geringeres Minus, weil ein größerer Teil der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge als Sonderausgaben abgesetzt werden darf. Die Sozialleistungen werden mit 2,1 % dagegen deutlich langsamer expandieren als in diesem Jahr (+7,5 %), da nicht mit weiteren Leistungsausweitungen zu rechnen ist. Auch werden Einmalleistungen wie der Kinderbonus nicht mehr gewährt. Zudem werden die Altersrenten aufgrund der Lohnentwicklung 2009 nicht angehoben werden. Die entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen dürften angesichts der schwachen Konjunktur sehr kräftig sinken (-4,6 %). Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen um 0,3 % zurückgehen, real um 0,4 %. Die Sparquote dürfte im kommenden Jahr spürbar steigen. Zu Buche schlägt insbesondere, dass die Abwrackprämie zu einem Vorziehen von Pkw-Käufen in das laufende Jahr geführt hat. Insgesamt wird der reale private Konsum im Jahresdurchschnitt 2010 voraussichtlich um 0,8 % sinken.

### Stabiles Verbraucherpreisniveau

Die Lebenshaltungskosten sind in diesem Jahr stabil geblieben; im Mai war das Verbraucherpreisniveau saisonbereinigt nicht höher als im Januar. Die Inflationsrate fiel sogar mit exakt Null Prozent auf den niedrigsten Stand seit 22 Jahren. Im August 2008 hatte sie noch 3,3 % betragen. Maßgeblich für die Disinflation war die Entwicklung der Energiepreise. Aufgrund der stark anziehenden

Rohölnotierungen waren die Preise von Heizöl und Kraftstoffen bis zum vergangenen Sommer sehr kräftig gestiegen, danach aber infolge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise ebenso deutlich gesunken. Zuletzt lagen die Heizöl- und Kraftstoffpreise um 23,4 % unter dem hohen Stand des vergleichbaren Vorjahresmonats. Dieser Basiseffekt dominiert gegenwärtig weitgehend die Messung der Verbraucherpreisentwicklung im Vorjahresvergleich.

Die Kerninflationsrate, aus der in Abgrenzung des IFO INSTITUTS der Einfluss der Preisentwicklung von Energieträgern, Gütern mit administrierten Preisen und saisonabhängigen Nahrungsmitteln ausgeschlossen ist, betrug zuletzt 1,4 %. Hier macht sich die Verbilligung wichtiger Grundnahrungsmittel wie Molkereiprodukte und Speisefette infolge rückläufiger Erzeugerpreise dämpfend bemerkbar. Nimmt man die Gruppe der Nahrungsmittel (ohne Saisonwaren) bei der Berechnung der Kerninflation heraus, so beträgt die Preissteigerungsrate für den verbleibenden Warenkorb, auf den 64,5 % aller Verbrauchsausgaben entfallen, gegenwärtig 1,5 % (Jahresdurchschnitt 2008: 1,3 %).

Im Prognosezeitraum dürfte das Verbraucherpreisniveau weitgehend stabil bleiben. Im zweiten Halbjahr 2009 dürften die Inflationsraten aufgrund von Basiseffekten, die aus dem Preisrückgang von Energieträgern aus dem Vorjahr herrühren, sogar ins Negative geraten. Dabei werden die an die Ölpreisentwicklung mit zeitlicher Verzögerung gekoppelten Gaspreise sogar noch etwas sinken. Ab den Herbstmonaten wirkt sich auch die deutliche Verschlechterung der Verbrauchskonjunktur preisdämpfend aus. Von den zuletzt erneut anziehenden Notierungen auf den internationalen Märkten für Rohöl und Agrarerzeugnisse dürfte hingegen wieder etwas Druck auf das heimische Preisniveau ausgehen. Auch beim Strom ist mit weiteren Tarifierhöhungen zu rechnen. Alles in allem dürfte das Verbraucherpreisniveau im Verlauf wie im Jahresdurchschnitt 2009 nahezu stabil bleiben (+0,2 %). Im kommenden Jahr ist mit einer Inflationsrate um knapp 1/2 % zu rechnen. Zum einen gibt es keine dämpfenden Basiseffekte mehr, zum anderen dürften die Unternehmen bei sich allmählich besserndem konjunkturellen Umfeld auf den Anstieg der Lohnkosten reagieren.

### Rasanter Anstieg der Arbeitslosigkeit

Der Arbeitsmarkt hat sich trotz des Abgleitens der Wirtschaft in eine scharfe Rezession bisher vergleichsweise wenig verschlechtert. Die Unternehmen reagierten auf die großen Produktionsausfälle mit dem Abbau von Arbeitszeitkonten und der Verlängerung von Urlaubszeiten. Hinzu kam die massive Inanspruchnahme von Kurzarbeit.

Die Zahl der geleisteten Stunden je Beschäftigten ging deutlich zurück.

Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird die Rezession bei nunmehr sinkender Inanspruchnahme von Kurzarbeit verstärkt auf die Arbeitsmarktentwicklung durchschlagen. Negativ auf die Beschäftigung wirkt zudem, dass im ersten Halbjahr 2009 die Lohnkosten je Stunde stark gestiegen sind. Vor allem dürften sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze abgebaut werden. Die Förderung der Selbständigkeit geht um 45.000 zurück, da der verbleibende Bestand an Ich-AGs sinkt. Insgesamt ist im Jahresdurchschnitt 2009 mit einer Abnahme der Erwerbstätigkeit um 460.000 zu rechnen. Bei spürbar rückläufiger Arbeitszeit je Beschäftigten sinken die geleisteten Arbeitsstunden 2009 um 4,7 %.

Im nächsten Jahr hält die Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten weiter an. Allerdings dürfte – anders als in diesem Jahr – die Zahl der Kurzarbeiter wohl deutlich um 850.000 auf 400.000 zurückgehen (vgl. Tab. 3). Der Abbau sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung wird sich weiter fortsetzen. Auch die Zahl der Minijobs geht spürbar zurück. Insgesamt dürfte sich das Tempo der Abwärtsbewegung nur allmählich verlangsamen. Lediglich von den Lohnkosten wird dann eine entlastende Wirkung ausgehen. Zwar geht die geförderte Selbständigkeit im kommenden Jahr wohl nicht mehr zurück. Die Zahl der Selbständigen, die keine Förderung erhalten, dürfte jedoch weiter abnehmen. Insgesamt wird die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2009 um 1,05 Mill. abnehmen. Das geleistete Arbeitsvolumen sinkt um 2,4 % und die durchschnittliche Arbeitszeit stagniert.

Die Zahl der Arbeitslosen ist bis zum April dieses Jahres im Durchschnitt um monatlich rund 60.000 gestiegen; im Mai stagnierte sie. Dies deutet jedoch nicht auf ein Ende der Abwärtsdynamik hin, sondern ist zum Teil auf eine Neuregelung der Arbeitslosenstatistik zurückzuführen. Neue Teilnehmer an den zu Jahresbeginn geschaffenen „Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung“ fallen nunmehr aus der Statistik heraus. Hierbei handelt es sich hauptsächlich um Personen, bei denen Dritte von der Bundesagentur mit der Vermittlung auf einen Arbeitsplatz beauftragt werden. Nach Angaben der Bundesagentur werden dadurch bis zum Herbst etwa 200.000 Personen aus der Statistik herausgenommen. Zudem ist die Zahl der Arbeitssuchenden, die nicht als arbeitslos registriert sind – dies sind vor allem Personen in unsicheren Erwerbsverhältnissen – erneut spürbar gestiegen und lag im Mai 200.000 über Vorjahresniveau.

Im Prognosezeitraum wird die Zahl der Arbeitslosen drastisch zunehmen; im Jahresdurchschnitt 2009 ist mit einer Zunahme um 320.000 auf insgesamt 3,59 Mill. zu

Tabelle 3: Arbeitsmarktbilanz (Jahresdurchschnitte in 1.000 Personen)

	2006	2007	2008	2009	2010
Deutschland					
Arbeitsvolumen (Mill. Stunden)	55.975	57.003	57.724	55.011	53.693
Erwerbstätige Inländer	39.024	39.694	40.263	39.803	38.753
Arbeitnehmer	34.630	35.243	35.798	35.398	34.408
darunter:					
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	26.366	26.942	27.508	27.323	26.423
darunter:					
geförderte SV-pflichtige Beschäftigung <sup>a</sup>	180	210	237	272	337
Marginal Beschäftigte	5.887	5.923	5.912	5.882	5.768
darunter:					
Minijobs	4.819	4.861	4.867	4.877	4.777
1-Euro-Jobs <sup>b</sup>	309	301	291	266	271
Selbständige	4.394	4.451	4.465	4.402	4.346
darunter:					
geförderte Selbständige <sup>c</sup>	300	237	180	135	135
Pendlersaldo	73	74	67	57	52
Erwerbstätige Inland	39.097	39.768	40.330	39.860	38.805
Personen zwischen 15 und 64 Jahren <sup>d</sup>	54.574	54.417	54.267	54.107	54.161
Erwerbstätigenquote <sup>e</sup>	71,5	72,9	74,2	73,6	71,6
Arbeitslose	4.487	3.776	3.268	3.588	4.348
Aktive Arbeitsmarktpolitik					
Teilnehmer § 46 SGB III	0	0	0	130	340
Trainingsmaßnahmen	78	77	81	46	0
Arbeitslosenquote <sup>f</sup>	10,3	8,7	7,5	8,3	10,1
Arbeitslosenquote BA <sup>g</sup>	10,7	9,0	7,8	8,5	10,4
Erwerbslose <sup>h</sup>	4.250	3.602	3.132	3.487	4.250
Erwerbslosenquote <sup>i</sup>	9,8	8,3	7,2	8,1	9,9
Kurzarbeit	67	68	102	1.250	400

a) Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Strukturanpassungsmaßnahmen, Personal-Service-Agenturen, Eingliederungszuschuss, Eingliederungszuschuss bei Vertretung, Eingliederungszuschuss bei Neugründung, Arbeitsentgeltzuschuss, Einstiegsgeld bei abhängiger Beschäftigung, Arbeitsgelegenheiten der Entgeltvariante, Beschäftigungszuschuss, Qualifizierungszuschuss für Jüngere, Entgeltsicherung für Ältere. – b) Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. – c) Gründungszuschüsse, Existenzgründungszuschüsse, Überbrückungsgeld und Einstiegsgeld. – d) Veränderung entspricht der mittleren unteren Variante der 11. Bevölkerungsvorausberechnung ab 2008. – e) Erwerbstätige Inländer in % der Personen zwischen 15 und 65 Jahren. – f) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose). – g) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit). – h) Definition der ILO; Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose). – i) Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose).

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, 2009; 2009 und 2010, Prognosen des ifo Instituts.

rechnen. Im nächsten Jahr wird die Arbeitslosenzahl um durchschnittlich 760.000 steigen, da die entlastende Wirkung der Kurzarbeit weitgehend entfällt.

<sup>1</sup> Gekürzte Fassung der ifo Konjunkturprognose vom Juni 2009. Vgl. K. Carstensen; W. Nierhaus, et. al., ifo Konjunkturprognose 2009/2010: Abschwung setzt sich fort. In: ifo Schnelldienst, 12/2009, 62. Jg., S. 11–57.

# Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2009/2010: Anhaltende Rezession

Stefan Krenz, Beate Schirwitz und Gerit Vogt\*

Bereits im Herbst vergangenen Jahres ist es infolge einer Zuspitzung der internationalen Finanzkrise zu einem kräftigen Einbruch im Welthandel und in der globalen Produktion gekommen. In Deutschland waren hiervon zunächst nur die exportabhängigen Industriebranchen und der Finanzsektor betroffen. Mittlerweile hat die Krise jedoch auch andere Wirtschaftsbereiche in Mitleidenschaft gezogen. Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer starken Rezession. Der aktuellen Konjunkturprognose des IFO INSTITUTS zufolge wird das Bruttoinlandsprodukt Deutschlands in diesem Jahr preisbereinigt um 6,3% unter dem Vorjahresniveau liegen. Für das Jahr 2010 wird bei einer leichten Erholung des weltwirtschaftlichen Umfelds und einer allmählichen Belebung der Exportnachfrage ein Rückgang von 0,3% prognostiziert (vgl. hierzu die Darstellung von W. NIERHAUS auf den Seiten 3 bis 11 in diesem Heft).

In diesem Beitrag werden die Ergebnisse der IFO Konjunkturprognose für Ostdeutschland und Sachsen vorgestellt. Die Prognose wurde am 29. Juni im Rahmen eines Pressegesprächs und des IFO ARBEITSKREISES KONJUNKTURBEOBACHTUNG SACHSEN veröffentlicht. Zu Beginn werden die gesamtwirtschaftlichen Trends in Ostdeutschland erörtert. Anschließend wird auf die Besonderheiten der wirtschaftlichen Entwicklung Sachsens eingegangen. Danach folgen einige Ausführungen zur aktuellen Lage und den Perspektiven auf dem sächsischen und ostdeutschen Arbeitsmarkt.

## Wirtschaftsentwicklung in Ostdeutschland

### 2008: Auf dem Weg in den Wirtschaftsabschwung

Angesichts der vielfältigen globalen und innerdeutschen Verflechtungen konnte sich auch die ostdeutsche Wirtschaft (einschließlich Berlin) den allgemeinen wirtschaftlichen Trends nicht entziehen. Der Abschwungpfad glich dabei im Wesentlichen dem Gesamtdeutschlands. Auch wenn sich die ökonomische Entwicklung zu Beginn des Jahres 2008 noch ausgesprochen stark präsentierte,

schwächte sich die Konjunktur insbesondere in der zweiten Jahreshälfte in rasantem Tempo ab. Diesen Verlauf spiegeln die Ergebnisse des IFO Konjunkturtests für die gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschlands klar wider (vgl. Abb. 1). Insgesamt erhöhte sich die gesamtwirtschaftliche Leistung 2008 gegenüber dem Vorjahr zwar noch einmal. Der Zuwachs des preisbereinigten **Bruttoinlandsprodukts** fiel jedoch mit 1,2% deutlich schwächer aus als noch 2007 (+2,4%). Die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt verlief im Ganzen positiv; die Zahl der Erwerbstätigen nahm im Vergleich zum Vorjahr um 1,1% zu.

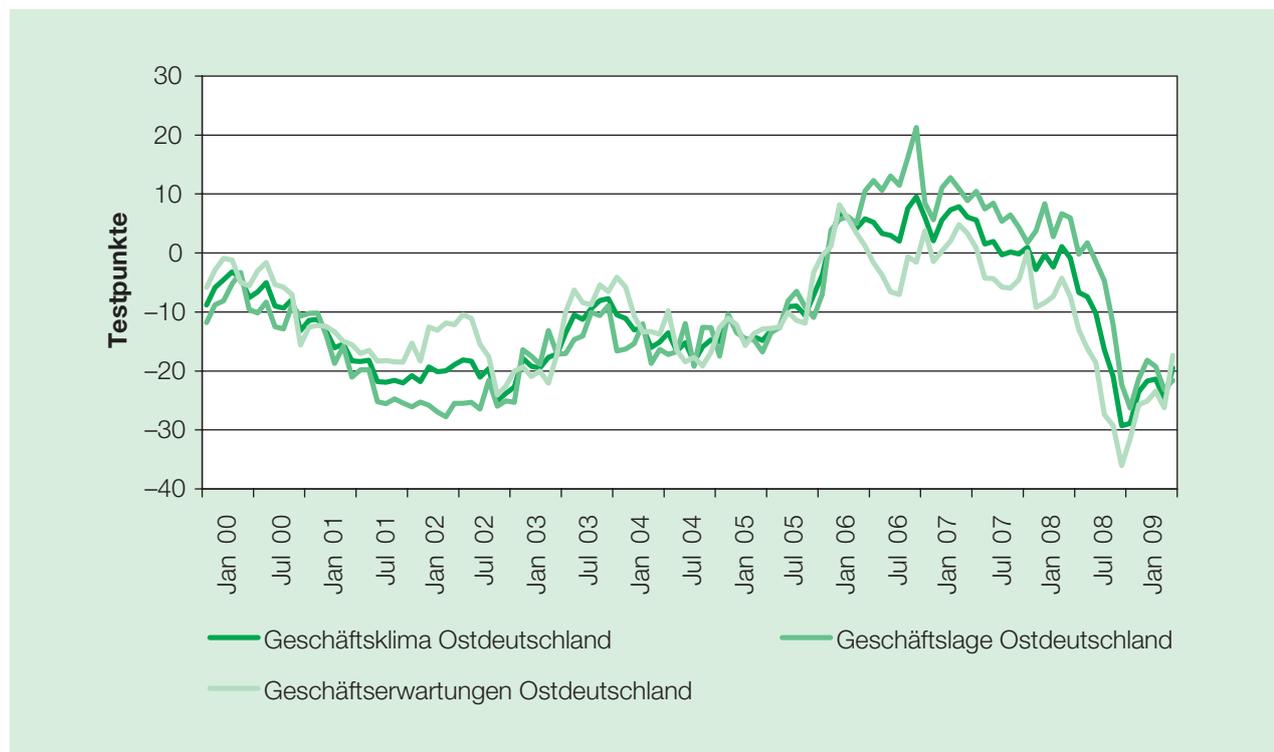
Tabelle 1 zeigt die Wachstumsbeiträge der einzelnen **Wirtschaftsbereiche** zur preisbereinigten Bruttowertschöpfung in den Jahren 2007 und 2008. Am meisten trug in den letzten beiden Jahren demnach jeweils das produzierende Gewerbe (ohne Bau) – darunter insbesondere das verarbeitende Gewerbe – zu den Zuwächsen bei. Allerdings hatte sich dessen Beitrag im Vorjahr im Vergleich zu 2007 fast auf ein Drittel reduziert. Auch in den meisten anderen Wirtschaftsbereichen fiel das Wachstum im letzten Jahr sehr viel schwächer aus. Hingegen verlief die Entwicklung im Handel, Gastgewerbe und Verkehr deutlich besser als noch 2007. Die öffentlichen und privaten Dienstleister beeinflussten das gesamtwirtschaftliche Ergebnis im Vorjahr zusätzlich negativ.

### 2009: Die Krise setzt sich fort

In den ersten Monaten des aktuellen Jahres musste das ostdeutsche **verarbeitende Gewerbe** Nachfragerückgänge in einem Ausmaß verbuchen, das nach den Umbrüchen in der Nachwendezeit ohne Beispiel ist. Lediglich die Berliner Industrie verfehlte von Januar bis Mai mit einem Minus von gut 2% das Umsatzniveau des Vorjahreszeitraums nur knapp. Hingehen waren in den anderen ostdeutschen Bundesländern zweistellige Erlösrückgänge zu verzeichnen. Dennoch fielen die Umsatzeinbrüche auch dort im Durchschnitt geringer aus als in Deutschland insgesamt und beliefen sich im ostdeutschen Mittel auf gut 18%. Vor allem die Konsumgüterhersteller (Gebrauchsgüter- und Verbrauchsgüterproduzenten) wurden bisher weniger stark durch die Rezession beeinträchtigt; da diese Branche in Ostdeutschland einen

\* Stefan Krenz und Beate Schirwitz sind Doktoranden, Gerit Vogt ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Dresdner Niederlassung des IFO Instituts.

**Abbildung 1: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen der gewerblichen Wirtschaft Ostdeutschlands (saisonbereinigte Werte)**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Tabelle 1: Wachstumsbeiträge der Wirtschaftsbereiche in Ostdeutschland**

Wirtschaftsbereich	Wachstumsbeitrag zur Veränderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung	
	2007	2008
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	0,18	0,07
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1,50	0,57
darunter: Verarbeitendes Gewerbe	1,57	0,61
Baugewerbe	0,09	0,03
Handel; Gastgewerbe und Verkehr	-0,02	0,28
Finanzierung; Vermietung und Unternehmensdienstleister	1,01	0,43
Öffentliche und private Dienstleister	0,07	-0,06
insgesamt	2,82	1,33

Anmerkung: Wachstumsbeiträge sind die mit dem jeweiligen nominalen Anteil des Vorjahres gewichteten preisbereinigten Veränderungs-raten der Bruttowertschöpfung in den Wirtschaftsbereichen. Die Summe ergibt die preisbereinigte Veränderungsrate der gesamten Brutto-wertschöpfung.

Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

höheren Anteil an der gesamten Industrie aufweist als in Westdeutschland (vgl. Tab. 2), fällt der Umsatzrückgang weniger stark aus. Auch Unterschiede in der regionalen Absatzstruktur mildern die Dramatik des aktuellen Abschwungs im ostdeutschen verarbeitenden Gewerbe. So ist im Zuge der weltweiten Krise das Auslandsgeschäft derzeit stärker rückläufig als der inländische Absatz. In der ostdeutschen Industrie liegt der grenzüberschreitende Handel jedoch mit einem knappen Drittel um mehr als 10 Prozentpunkte unter dem gesamtdeutschen Schnitt. Dennoch wird sich die Entwicklung auch im weiteren Jahresverlauf stark rückläufig gestalten. Insgesamt ist davon auszugehen, dass die preisbereinigte Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes 2009 im Vergleich zu 2008 um 15,8% sinken wird, während in den Vorjahren stets ein Zuwachs zu verzeichnen war (vgl. Abb. 2).

Auch das **Baugewerbe** Ostdeutschlands wurde inzwischen vom gesamtwirtschaftlichen Abschwung erfasst. Im ersten Quartal 2009 ist der baugewerbliche Umsatz der Monatsmelder im Bauhauptgewerbe um 13,0% unter das Vorjahresniveau gesunken. Besonders stark fiel der Rückgang im Straßenbau (-25,6%), im Wohnungsbau (-18,9%) und im gewerblichen Tiefbau (-18,8%) aus. Maßgeblich hierfür dürfte neben der schwachen konjunkturellen Entwicklung allerdings auch der vergleichsweise strenge Winter gewesen sein. Im Ausbaugewerbe – im Allgemeinen weniger stark durch die Witterung beeinträchtigt – nahm der Umsatz in den ersten drei Monaten um 10,7% zu. Ein Grund hierfür ist in den staatlichen Förderprogrammen zur energetischen

Modernisierung zu sehen. So sind zu Jahresbeginn unter anderem die Zuschüsse für die CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierung deutlich erhöht worden. Für die nächsten Monate lassen die vorliegenden Angaben zum Auftragseingang für den Wirtschaftsbau einen kräftigen Umsatzrückgang erwarten. Im öffentlichen Bau werden dagegen mehr und mehr die stützenden Maßnahmen aus den Konjunkturpaketen der Bundesregierung greifen und zu einer Geschäftsbelebung führen. Die fiskalpolitischen Impulse dürften allerdings nicht ausreichen, um die Schrumpfung im Wirtschaftsbau ausgleichen zu können. Insgesamt ist damit zu rechnen, dass die Bruttowertschöpfung im ostdeutschen Baugewerbe 2009 um 0,5% zurückgehen wird.

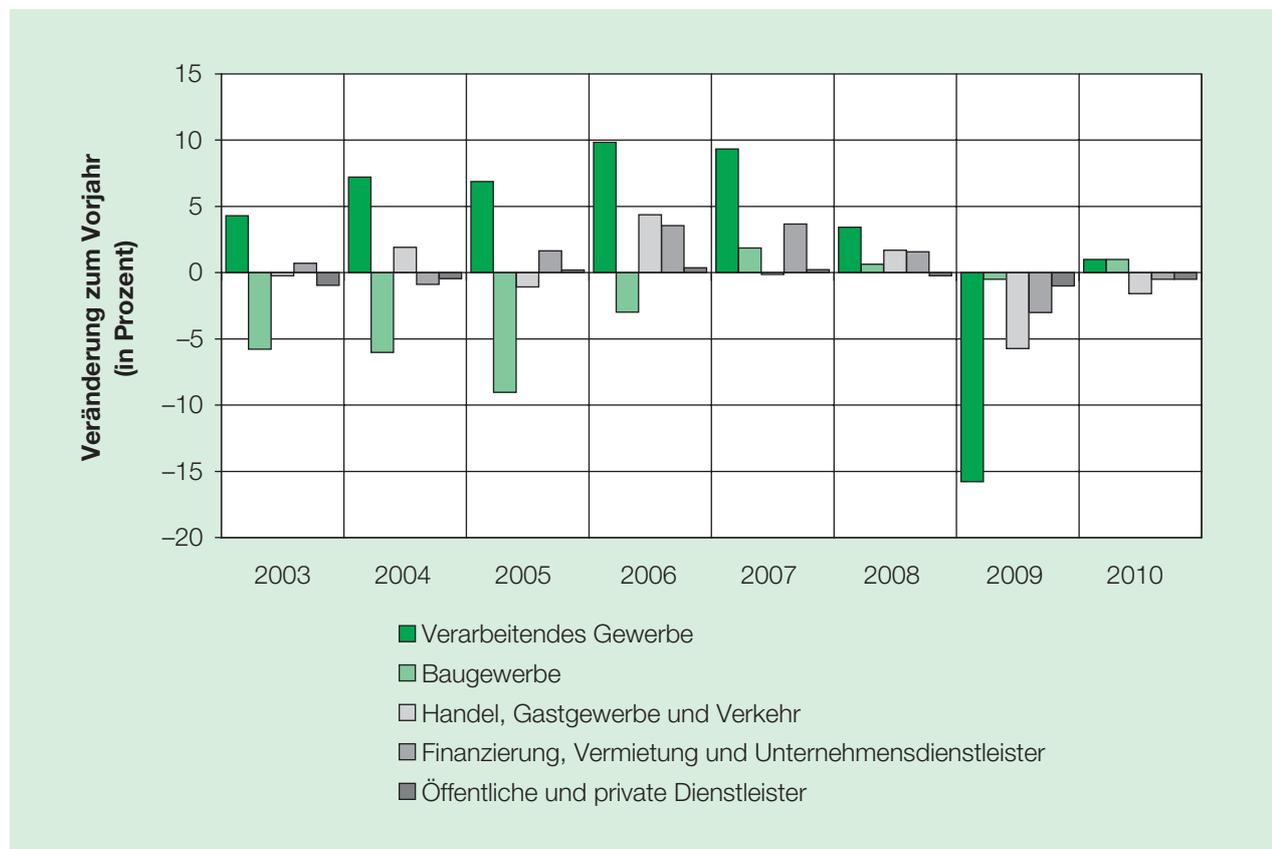
Viele Dienstleistungsbereiche sind eng mit der Industrie verknüpft, sodass der von dort ausgehende Wirtschaftsabschwung mit geringer Verzögerung auch auf den Dienstleistungssektor übergreift. So führen bspw. die aktuellen Nachfrage- und Produktionsausfälle zu Umsatzverringeringen im Großhandel und zu einem deutlich verminderten Transportaufkommen im Verkehrssektor. Die Bedingungen im konsumnäheren Einzelhandel sind derzeit hingegen angesichts einer vorerst noch stabilen Arbeitsmarktsituation, Erhöhungen der Transfer- und Tarifeinkommen und einem Auslaufen des Preisauftriebs besser einzuschätzen. Dennoch haben sich die Umsätze im ersten Quartal in allen ostdeutschen Bundesländern im Vergleich zum Vorjahresquartal verringert, im Mittel um knapp 3%. Hierbei könnte zum einen die Erwartung einer deutlichen Verschlechterung der persönlichen wirtschaftlichen Lage, evtl. verbunden mit

**Tabelle 2: Angaben zur Struktur der Industrie im Jahr 2008**

Region	Westdeutschland	Ostdeutschland	Sachsen
<b>Umsatzanteile</b>			
Vorleistungsgüterproduzenten und Energie	39,0%	42,8%	36,3%
Investitionsgüterproduzenten	43,4%	28,7%	43,6%
Gebrauchsgüterproduzenten	3,0%	2,7%	2,4%
Verbrauchsgüterproduzenten	14,6%	25,7%	17,7%
Summe	100,0%	100,0%	100,0%
<b>Exportquoten</b>			
Industrie insgesamt	45,9%	33,1%	37,0%
Anmerkung: Die Angaben beziehen sich auf die Betriebe des verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden mit 50 und mehr Beschäftigten. Die Exportquote ist der Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz.			

Quellen: Statistisches Bundesamt (2009), Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2009), Berechnungen des ifo Instituts.

Abbildung 2: Veränderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der ostdeutschen Wirtschaft



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2009), 2009 und 2010, Prognose des ifo Instituts.

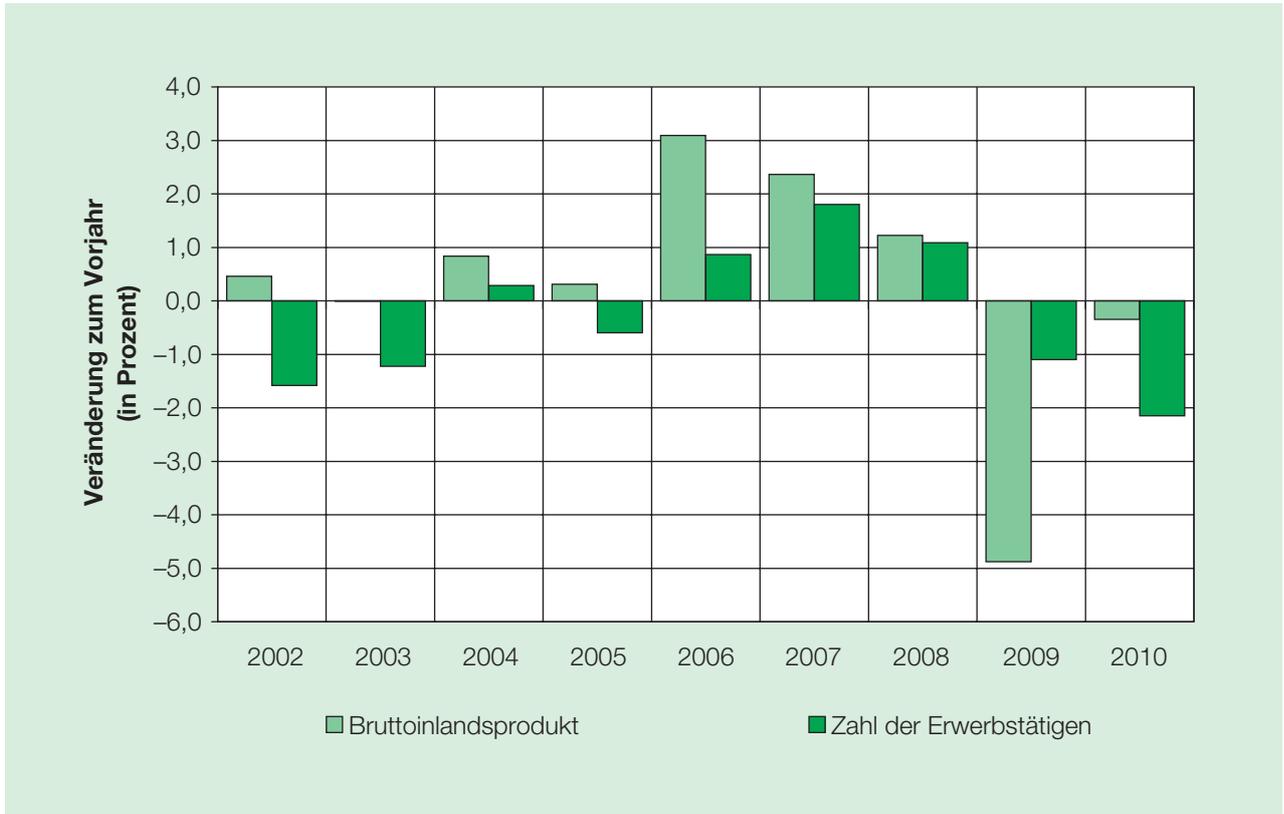
Arbeitslosigkeit, eine Rolle spielen. Zum anderen dürfte auch der Erfolg der Umweltprämie, mit der der Kauf von Neuwagen subventioniert wird, einen Teil der Konsumausgaben vom Einzelhandel in den Kfz-Handel verschoben haben. Deutlich rückläufig (-7,0%) war in den ersten drei Monaten des Jahres die Umsatzentwicklung im ostdeutschen Gastgewerbe. Der Bereich **Handel, Gastgewerbe und Verkehr** wird in der Summe im aktuellen Jahr eine Verringerung der Bruttowertschöpfung um 5,7% verzeichnen.

Auch im Bereich der **Finanzierung, Vermietung und unternehmensnahen Dienstleistungen** schrumpft die Wirtschaftsleistung 2009. Vor allem die Unternehmensdienstleistungen, zu denen unter anderem die Leiharbeit gehört, konnten in den letzten Jahren mit überdurchschnittlichen Wachstumsraten besonders vom damaligen industrieinduzierten Boom profitieren. Dementsprechend stark sind nun die negativen Einflüsse, die sich mit dem Übergreifen des Abschwungs auf die übrigen Wirtschaftszweige und den Arbeitsmarkt weiter verschärfen werden. Für das Gesamtjahr 2009 wird in diesem Bereich mit einem Rückgang der Bruttowertschöpfung um 3,0% gerechnet.

Verglichen mit der Entwicklung im Rest der Wirtschaft dürfte der Bereich der **öffentlichen und privaten Dienstleister** 2009 stabilisierend wirken. Dennoch kommen auch von hier negative Impulse. Zum einen wird sich der Personalabbau in der öffentlichen Verwaltung fortsetzen. Zum anderen ist die zunehmende Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation bei gleichzeitig anhaltender Bevölkerungsschrumpfung hinderlich für die Nachfrage nach privaten Dienstleistungen. Insgesamt dürfte sich die Bruttowertschöpfung daher im Jahreschnitt um etwa 1,0% verringern.

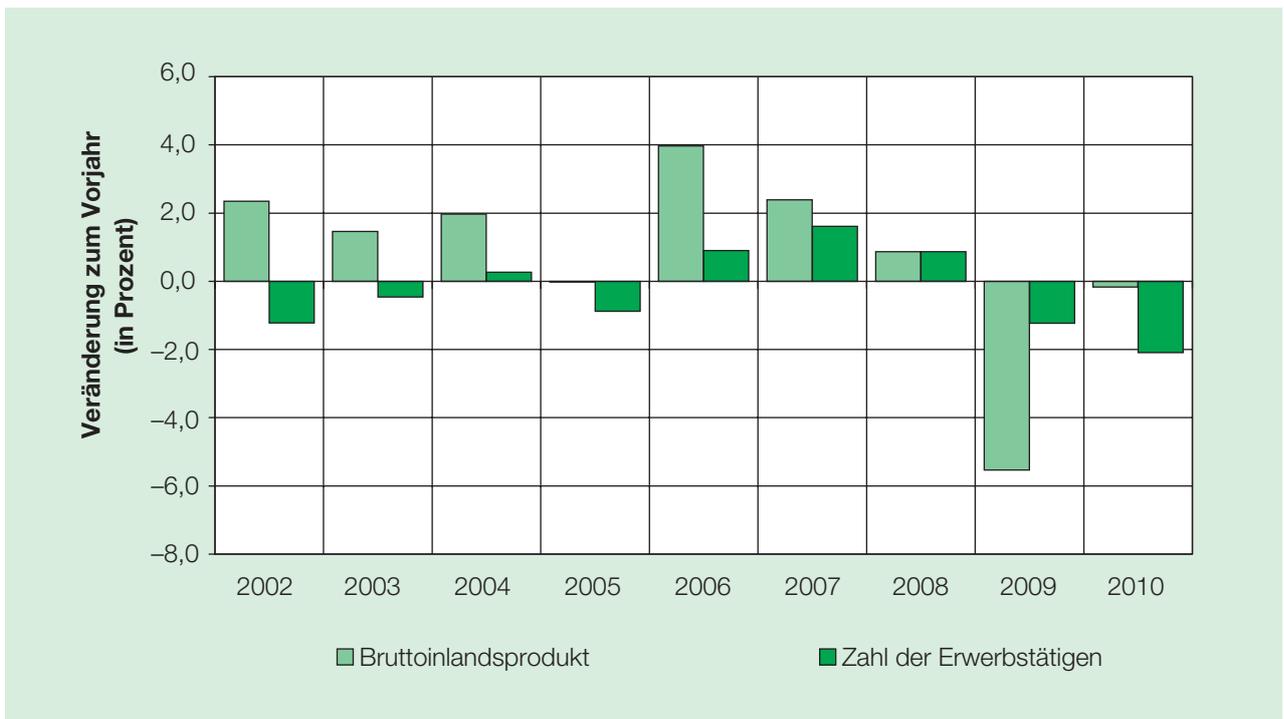
In der Summe wird die ostdeutsche Wirtschaft 2009 eine preisbereinigte Bruttowertschöpfung erzielen, die um 5,2% unter der des Vorjahres liegt. Unter Berücksichtigung der prognostizierten Entwicklung von Gütersteuern und Gütersubventionen führt dies zu einem Rückgang des **Bruttoinlandsprodukts** um 4,9%. Die Arbeitsmarktlage, die sich in der ersten Jahreshälfte angesichts des Rückgriffs auf Kurzarbeit noch verhältnismäßig stabil zeigte, wird sich in den nächsten Monaten spürbar verschlechtern. Insgesamt ist für das Gesamtjahr mit einem Rückgang der Erwerbstätigkeit um 1,1% zu rechnen (vgl. Abb. 3).

Abbildung 3: Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts und der Zahl der Erwerbstätigen in Ostdeutschland



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2009), Arbeitskreis ETR des Bundes und der Länder, 2009 und 2010, Prognose des ifo Instituts.

Abbildung 4: Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts und der Zahl der Erwerbstätigen in Sachsen



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2009), Arbeitskreis ETR des Bundes und der Länder, 2009 und 2010, Prognose des ifo Instituts.

## 2010: Auslaufen der Rezession

Auch im Jahr 2010 ist die Krise noch nicht überwunden. Dennoch wird angesichts der erwarteten leichten Erholung der Weltwirtschaft, verbunden mit einer schwach expansiven Entwicklung der Exportnachfrage, mit ersten positiven Signalen aus der Industrie gerechnet. Das ostdeutsche **verarbeitende Gewerbe** kann demnach seine Bruttowertschöpfung um 1,0 % steigern. Im **Baugewerbe** dürfte eine Zunahme der Impulse aus den Konjunkturpaketen ebenfalls zu einem Anstieg der Bruttowertschöpfung in dieser Größenordnung führen. Die wirtschaftsnahen **Dienstleistungsbereiche** werden 2010 weniger stark schrumpfen als 2009. Allerdings wird der private Konsum durch die erwarteten Verschlechterungen auf dem Arbeitsmarkt und rückläufige Vermögenseinkommen stärker als derzeit in Mitleidenschaft gezogen. Insgesamt ist davon auszugehen, dass die preisbereinigte Wirtschaftsleistung im Bereich Handel, Gastgewerbe und Verkehr um 1,6 %, in der Finanzierung, Vermietung und bei den Unternehmensdienstleistungen um 0,5 % sowie bei den öffentlichen und privaten Dienstleistern um 0,5 % zurückgeht. Das Bruttoinlandsprodukt wird entsprechend nochmals schrumpfen, mit 0,3 % aber nur leicht. Die Erwerbstätigkeit verringert sich 2010 voraussichtlich um 2,2 %.

## Wirtschaftsentwicklung in Sachsen

Nach vorläufigen Angaben der amtlichen Statistik ist das sächsische Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2008 um 0,9 % gestiegen (vgl. Abb. 4). Der Zuwachs fiel damit etwas geringer aus als im Durchschnitt der ostdeutschen Bundesländer (1,2 %). Im Jahr **2009** wird die gesamtwirtschaftliche Entwicklung in Sachsen mit einer Schrumpfung von 5,5 % voraussichtlich nochmals ungünstiger ausfallen als in Ostdeutschland. Maßgeblich hierfür dürfte – wie bereits im Vorjahr – eine vergleichsweise schwächere Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes und im Bereich der unternehmensnahen Dienstleister sein (vgl. Tab. 3). Das verarbeitende Gewerbe Sachsens weist im Vergleich zum verarbeitenden Gewerbe Ostdeutschlands eine höhere Exportabhängigkeit auf und ist daher im stärkeren Umfang vom globalen Konjunkturunbruch betroffen (vgl. Tab. 2). Zudem wirkt sich die hohe Spezialisierung auf Investitionsgüter in der aktuellen Konjunkturlage negativ aus. Die in diesem Wirtschaftsbereich erzielte Bruttowertschöpfung dürfte daher in Sachsen mit einer Veränderungsrate von –16,7 % etwas stärker zurückgehen als im Mittel der ostdeutschen Bundesländer (vgl. Abb. 4). Dementsprechend ist auch bei den unternehmensnahen Dienstleistern mit einer kräftigeren

Schrumpfung zu rechnen als im ostdeutschen Durchschnitt. In den übrigen Wirtschaftsbereichen wird die Entwicklung der Bruttowertschöpfung voraussichtlich ähnlich wie in Ostdeutschland insgesamt verlaufen. Die Zahl der Erwerbstätigen wird der Prognose zufolge 2009 in Sachsen um 1,2 % zurückgehen.

Von der für **2010** erwarteten leichten Verbesserung des weltwirtschaftlichen Umfelds dürfte die sächsische Industrie etwas stärker profitieren als die Industrie Ostdeutschlands. Die Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe wird voraussichtlich um 1,8 % und damit stärker als in Ostdeutschland insgesamt expandieren. Für das Bruttoinlandsprodukt wird infolge dessen ein geringfügig schwächerer Rückgang von 0,2 % prognostiziert. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte 2010 um 2,1 % abnehmen.

## Arbeitsmarktentwicklung in Sachsen und Ostdeutschland

### Düstere Schatten auf dem Arbeitsmarkt

In den letzten Jahren starken wirtschaftlichen Aufschwungs mit realen BIP-Wachstumsraten von bis zu 4 % (2006) konnten am ostdeutschen Arbeitsmarkt hohe Wachstumsraten bei der Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze verzeichnet werden (vgl. Tab. 3). Der Höhepunkt der Beschäftigungszunahme wurde im ersten Quartal 2007 mit einem Plus von über 3,5 % im Vergleich zum Vorjahr verzeichnet. Über das Gesamtjahr betrachtet lag die Steigerungsrate bei durchschnittlich 2,4 % und damit 0,2 Prozentpunkte über dem westdeutschen Niveau. In Sachsen wurde dabei ein höheres Wachstum als für ganz Ostdeutschland registriert (2,6 %). Im Verlauf des Jahres 2008 sanken die Wachstumsraten von sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung vor allem in Ostdeutschland deutlich. Im Schnitt der ersten drei Quartale lag das Plus nur noch bei 1,9 %. Sachsen schnitt dabei etwas unterdurchschnittlich ab (1,8 %) und Westdeutschland konnte ein etwas höheres Wachstum realisieren (2,3 %). Für das Gesamtjahr 2008 kann trotz des konjunkturellen Einbruchs zu Jahresende mit einer Zunahme der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung aufgrund der verzögerten Reaktion der Arbeitsmärkte gerechnet werden. Außerdem fängt die verbreitete Einführung von Kurzarbeit einen Teil des Produktionseinbruchs ab, wodurch ein zeitnaher Stellenabbau verhindert wird. Dazu hat die Bundesregierung die maximale Dauer von Kurzarbeit auf 24 Monate erhöht. Es bleibt jedoch abzuwarten, wie lange die Unternehmen ihre Mitarbeiter in Kurzarbeit halten und finanzieren können. Aktuelle Zahlen dazu liegen bislang noch nicht vor.

**Abbildung 5: Veränderung der preisbereinigten Bruttowertschöpfung in ausgewählten Bereichen der sächsischen Wirtschaft**



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2009), Arbeitskreis ETR des Bundes und der Länder, 2009 und 2010, Prognose des ifo Instituts.

Die positive Entwicklung im Gesamtjahr 2008 für Sachsen und Ostdeutschland verbunden mit der Schaffung neuer sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung ist im Wesentlichen auf die vier wichtigsten Wirtschaftszweige (verarbeitendes Gewerbe; wirtschaftliche Dienstleistungen; Gesundheits- und Sozialwesen; Handel, Instandhaltung, Reparatur von Kfz), welche zusammen ca. 60 % der Beschäftigten halten, zurückzuführen. Für Sachsen konnte 2009 in den drei größten Wirtschaftszweigen bis März ein Einstellungszuwachs festgestellt werden. Am deutlichsten fiel dieser im Gesundheits- und Sozialwesen aus (vgl. Abb. 6). Hier nahm die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Sachsen gegenüber dem Vorjahresquartal um über 6 % und in Ostdeutschland um fast 5 % zu. Der Vergleich der beiden ersten Quartale der Jahre 2008 und 2009 zeigt jedoch in den meisten Wirtschaftszweigen einen Rückgang der Beschäftigung. Prozentual am drastischsten fiel dieser Abbau von Beschäftigung bei der Arbeitnehmerüberlassung, d.h. der Zeitarbeit, aus. Im ersten Quartal betrug der Rückgang in Ostdeutschland 14,8 % und in Sachsen gar 21,9 %. Über

alle Wirtschaftsbereiche betrachtet, wurden gegenüber dem 1. Quartal des Vorjahres in Ostdeutschland dennoch ca. 11.000 neue Beschäftigungsverhältnisse geschaffen, wohingegen in Sachsen ca. 10.000 Stellen abgebaut wurden. Dies kann man vor allem auf den dort überproportionalen Rückgang bei Unternehmensdienstleistern und im Erziehungswesen zurückführen. Der starke Rückgang bei Arbeitnehmerüberlassungen kann als Indikator für die kommende Situationsverschlechterung am Arbeitsmarkt gesehen werden. Diese Arbeitskräfte können in wirtschaftlicher Schieflage schnell freigesetzt werden, um Festangestellte zu halten. Es bleibt offen, wie lange die Unternehmen die Einbrüche bei den Auftragseingängen noch abfedern können. Im Laufe der kommenden zwei Jahre erwartet das ifo INSTITUT einen Abbau von bis zu einer Million sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze in Gesamtdeutschland.

Von diesem massiven Abbau werden vor allem exportorientierte Branchen, allen voran das verarbeitende Gewerbe, betroffen sein. Weniger stark wird der Rückgang bei Wirtschaftszweigen, welche die Binnennachfrage

**Tabelle 3: Eckdaten der Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen**

Veränderungen zum Vorjahr in Prozent <sup>a</sup>	Ostdeutschland (mit Berlin)			Sachsen		
	2008	2009	2010	2008	2009	2010
Bruttoinlandsprodukt	1,2	-4,9	-0,3	0,9	-5,5	-0,2
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	1,3	-5,2	-0,4	1,0	-5,9	-0,2
Bruttowertschöpfung des verarbeitenden Gewerbes	3,4	-15,8	1,0	2,7	-16,7	1,8
Bruttowertschöpfung des Baugewerbes	0,6	-0,5	1,0	0,7	-0,4	0,2
Bruttowertschöpfung Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1,7	-5,7	-1,6	1,6	-6,0	-1,3
Bruttowertschöpfung Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	1,6	-3,0	-0,5	1,3	-3,5	-0,5
Bruttowertschöpfung öffentliche und private Dienstleister	-0,2	-1,0	-0,5	-0,5	-1,0	-0,5
Zahl der Erwerbstätigen	1,1	-1,1	-2,2	0,9	-1,2	-2,1

a) Die Angaben zum Bruttoinlandsprodukt und zur Bruttowertschöpfung basieren auf den Preisen des Vorjahres.

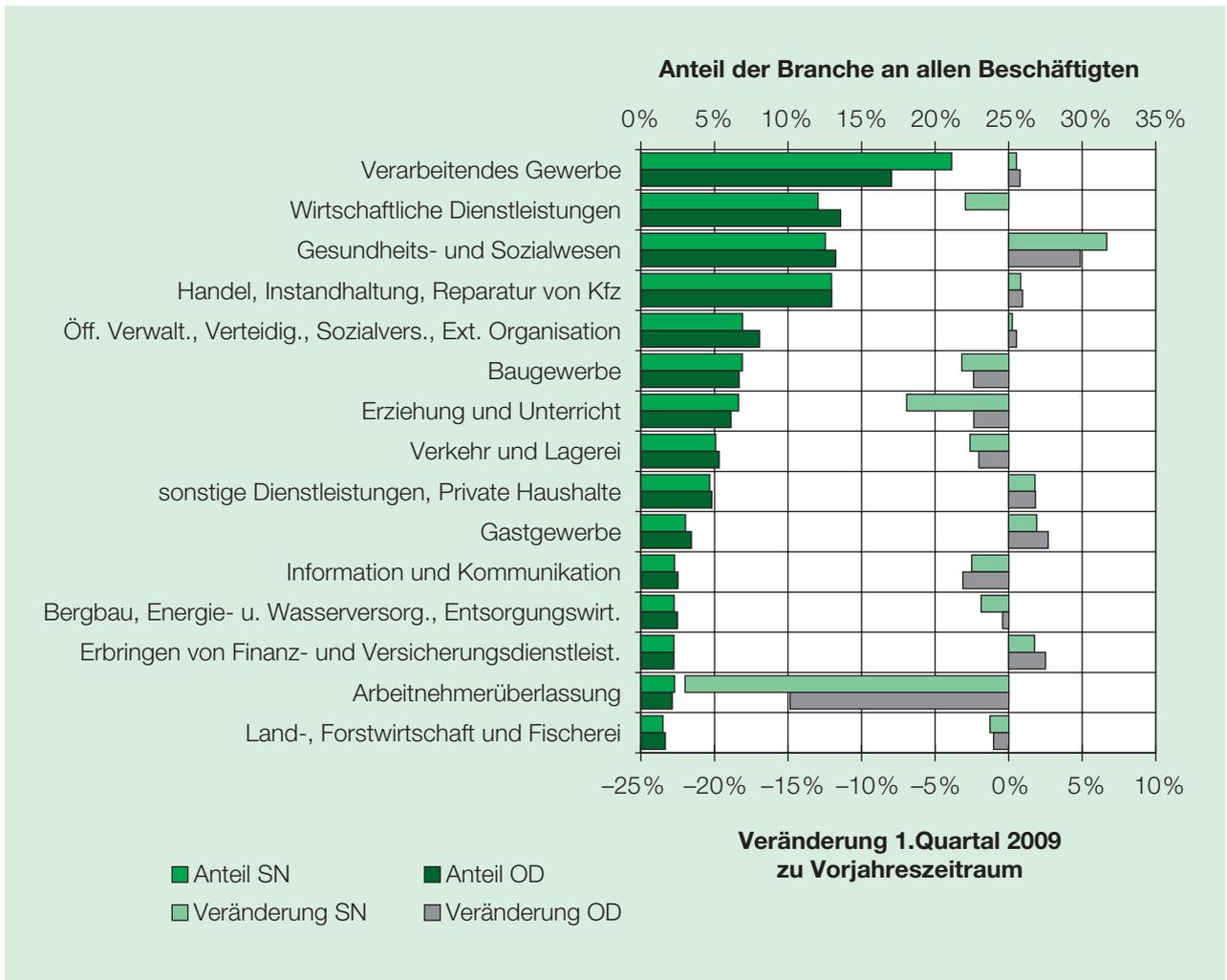
Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder (2009), Arbeitskreis ETR des Bundes und der Länder, 2009 und 2010, Prognose des ifo Instituts.

**Tabelle 4: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach 6-monatiger Wartezeit in Sachsen, Ost- und Westdeutschland (2007–2008)**

	Sachsen		Westdeutschland		Ostdeutschland	
	in 1.000 Personen	Veränderung zum Vorjahresquartal	in 1.000 Personen	Veränderung zum Vorjahresquartal	in 1.000 Personen	Veränderung zum Vorjahresquartal
<b>2007</b>						
1. Quartal	1.348,9	4,1 %	21.569,1	2,3 %	5.034,3	3,5 %
2. Quartal	1.373,3	2,3 %	21.737,2	1,9 %	5.117,3	2,1 %
3. Quartal	1.403,2	2,1 %	22.198,8	2,1 %	5.228,0	2,1 %
4. Quartal	1.386,7	1,8 %	22.062,3	2,3 %	5.161,7	1,8 %
<b>2008</b>						
1. Quartal	1.377,3	2,1 %	22.091,4	2,4 %	5.133,3	2,0 %
2. Quartal	1.398,8	1,9 %	22.238,8	2,3 %	5.218,9	2,0 %
3. Quartal	1.422,2	1,4 %	22.678,8	2,2 %	5.316,8	1,7 %

Quellen: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Berechnungen des ifo Instituts.

**Abbildung 6: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Sachsen und Ostdeutschland nach Wirtschaftszweigen**



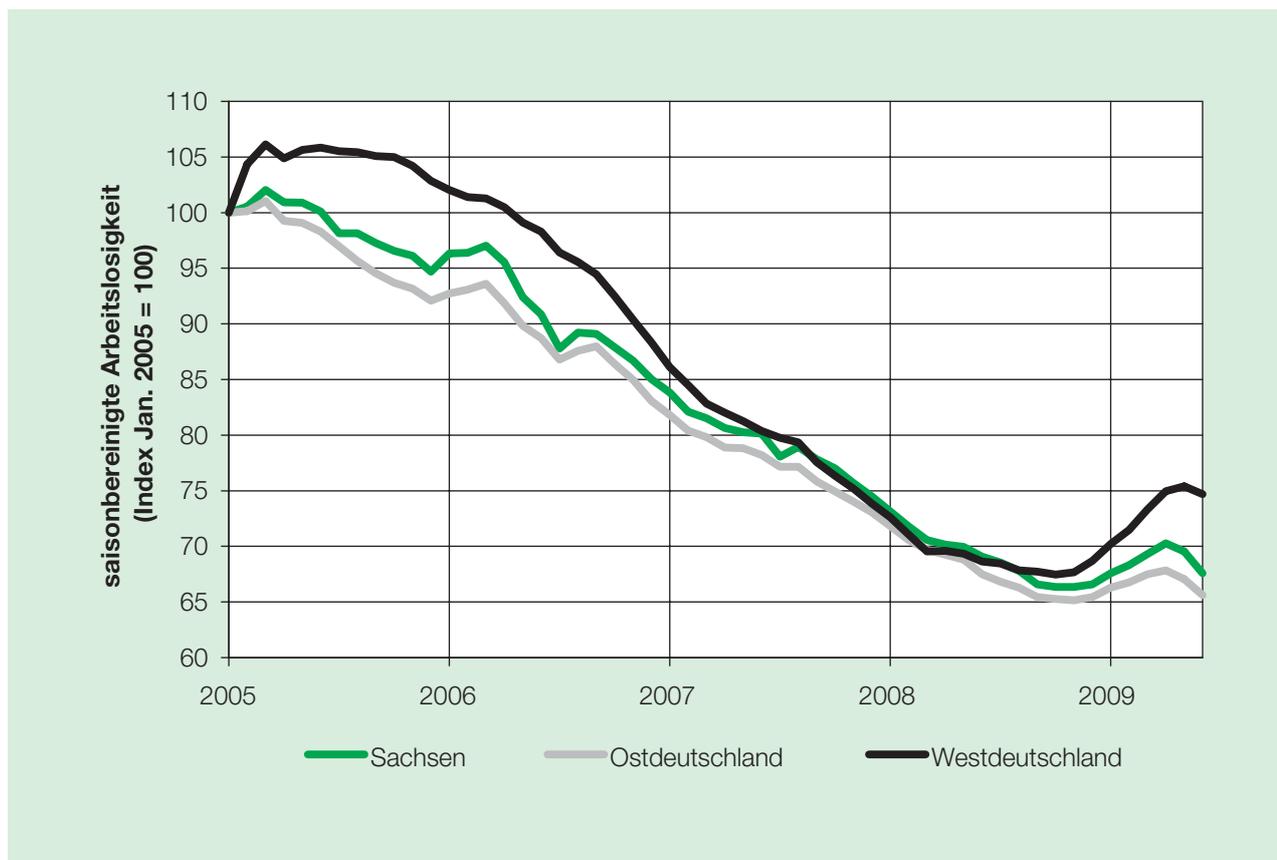
Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

bedienen, ausfallen. Auch das Baugewerbe wird leichter von der schweren Rezession getroffen sein, da hier zunehmend Maßnahmen der Konjunkturpakete greifen werden. Es ist jedoch davon auszugehen, dass der Einbruch in der ostdeutschen Wirtschaft und am hiesigen Arbeitsmarkt nicht ganz das westdeutsche Ausmaß erreicht, da die ostdeutsche Wirtschaft stärker von der Binnennachfrage abhängt. Für Sachsen ist zu erwarten, dass hier der Rückgang im ostdeutschen Vergleich etwas größer ist, da mehr exportorientierte Unternehmen ansässig sind. Auch das Auslaufen der Umweltpremie und der zu erwartende Einbruch bei der Automobilnachfrage stellen für Sachsen, als Produktionsstandort mehrerer großer Hersteller, eine zusätzliche Herausforderung dar. Es ist davon auszugehen, dass in den kommenden Jahren in diesem Sektor viele Arbeitsplätze abgebaut werden und Sachsen von allen ostdeutschen Bundesländern dabei am stärksten betroffen sein wird.

### Arbeitslosigkeit erstmals seit Jahren wieder steigend

Der Rückgang bei der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung wirkt sich natürlich auch negativ auf die Entwicklung der Arbeitslosenquoten in Sachsen und Ostdeutschland aus. Während seit 2005 im Jahresvergleich eine kontinuierliche Absenkung der Arbeitslosenquote zu beobachten war, ist die Arbeitslosigkeit mit 12,8% in Sachsen im Juni 2009 wieder etwas über das Vorjahresniveau (12,4%) gestiegen. Dies ist auch für Ost- und Westdeutschland zu beobachten, wobei der Zuwachs der Quote im Westen Deutschlands mit 0,7 Prozentpunkten (auf 6,9%) um 0,4 Prozentpunkte über dem Zuwachs in Ostdeutschland (auf 12,9%) lag. Lediglich die Quoten der Langzeitarbeitslosen sind im Jahresvergleich weiter rückläufig. Betrachtet man die Arbeitslosigkeit seit 2005, setzt sich der lange Zeit positive Trend einer

Abbildung 7: Arbeitslosigkeit in Sachsen, Ost- und Westdeutschland (Januar 2005 = 100)



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

Absenkung aktuell nicht fort. Die Jahre des starken wirtschaftlichen Aufschwungs verringerten die Arbeitslosigkeit in Ost- und Westdeutschland auf ein Niveau von unter 70 %, gemessen an 2005 (vgl. Abb. 7). Ende 2008 und Anfang 2009 ist eine Umkehrung dieser positiven Entwicklung zu verzeichnen. Dabei ist der negative Impuls in Westdeutschland deutlich ausgeprägter als im Osten. Sachsen ist aufgrund seiner stärkeren Exportneigung wie erwartet etwas stärker betroffen als die restlichen ostdeutschen Bundesländer. Der erste steile Anstieg der relativen Arbeitslosigkeit ist dabei hauptsächlich auf die Freisetzungen von Leiharbeitskräften in exportorientierten Unternehmen des verarbeitenden Gewerbes zurückzuführen.

Dieser Anstieg wird sich mittelfristig fortsetzen. Die vorübergehende Stabilisierung Anfang 2009, nachdem vor allem Leiharbeiter bereits entlassen wurden, ist durch arbeitsmarktpolitische Instrumente wie z. B. Kurzarbeit induziert. Bis Ende 2009 wird die gesamtdeutsche Arbeitslosenquote nach Prognose des ifo INSTITUTS 8,3 % erreichen. Für 2010 wird mit über 10 % gerechnet. Es ist zu erwarten, dass der negative Trend in Ostdeutschland schwächer ausfällt, da die ostdeutsche Wirtschaft weniger exportabhängig ist. Vor allem die verzögerte Reaktion der Arbeitsmärkte auf den Konjunkturinbruch Ende

2008/Anfang 2009 wird bis 2010 eine wichtige Rolle spielen, da dann die Kosten der Sozialversicherung massiv steigen dürften. Auch im Falle eines einsetzenden Aufschwungs ist eine Erholung am Arbeitsmarkt erst mit einer gewissen Verzögerung zu erwarten.

### Literatur

- ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER (Hrsg.) (2009): Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung in den Ländern und Ost-West-Großraum-Regionen Deutschlands 1991 bis 2008. Reihe 1 Länderergebnisse Band 1, Berechnungsstand August 2008/Februar 2009, März 2009.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2009): Beschäftigung und Umsatz der Betriebe des Verarbeitenden Gewerbes sowie des Bergbaus und der Gewinnung von Steinen und Erden. Dezember 2008, Fachserie 4 Reihe 4.1.1; Februar 2009.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2009): Angaben aus dem Monatsbericht für Betriebe mit 50 und mehr tätigen Personen. Datenlieferung vom März 2009.

# Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das erste Quartal 2009

Wolfgang Nierhaus\*

## Methodischer Aufriss

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) haben die Aufgabe, ein möglichst umfassendes und übersichtliches Gesamtbild des wirtschaftlichen Geschehens zu geben. Mit der Berechnung nationaler VGR-Daten ist in Deutschland das STATISTISCHE BUNDESAMT betraut; regionalisierte Ergebnisse werden vom Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder (AK VGR d L) veröffentlicht. In diesem Arbeitskreis sind alle statistischen Ämter der Bundesländer stimmberechtigte Mitglieder. Anders als in den nationalen VGR werden auf regionaler Ebene allerdings keine vierteljährlichen Daten bereitgestellt. Vierteljährliche VGR-Ergebnisse sind indes ein wichtiges Bindeglied zwischen den monatlichen Konjunkturindikatoren der Fachstatistik und den Jahresergebnissen der VGR. Sie fassen die zeitweise widersprüchlichen Einzelinformationen der Fachstatistiken zusammen und sind damit ein wesentliches Element der allgemeinen Konjunkturbeobachtung. Darüber hinaus sind sie eine unentbehrliche Grundlage für Wirtschaftsanalysen und Prognosen.

Das IFO INSTITUT hat vor zwei Jahren einen Ansatz vorgestellt, mit dessen Hilfe diese Datenlücke für Sachsen geschlossen werden kann. [vgl. NIERHAUS (2007), S. 24–36]. Mit Hilfe des CHOW & LIN-VERFAHRENS zur temporalen Disaggregation wird ein vierteljährlicher VGR-Datensatz ermittelt, der mit den Jahresergebnissen des AK VGR d L für Sachsen im Schätzzeitraum konsistent ist. Dabei werden preisbereinigte Jahreswerte regressionsanalytisch unter Verwendung höherfrequenter Referenzindikatoren in vierteljährliche Aggregate umgewandelt. [zu den methodischen Einzelheiten vgl. NIERHAUS (2008a), S. 1–15]. Der Ansatz baut auf der Hypothese auf, dass die Indikatorenreihen die unterjährigen Veränderungen der interessierenden Aggregate grosso modo korrekt wiedergeben. Primär wird auf monatlich zur Verfügung stehende Indikatoren der sächsischen Fachstatistik zugegriffen; ansonsten werden entsprechende Vierteljahresergebnisse der nationalen VGR verwendet. Durch sächsische Indikatoren werden der Wirtschaftsbereich „verarbeitendes Gewerbe“ einschließlich „Bergbau“ sowie die Sektoren „Bau und Handel“ (einschließlich

Gastgewerbe) abgedeckt. Alle länderspezifischen Zeitreihen werden vom STATISTISCHEN LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN bezogen. [vgl. BORMANN, M. SPEICH, W. D. (2008), S. 16–29]. Der Fokus der Quantifizierung liegt auf der Entstehung des realen Bruttoinlandsprodukts in der WZ-Tiefe A6, d.h. es werden preisbereinigte Vierteljahreswerte für das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und die Bruttowertschöpfung (BWS) in den sechs großen Wirtschaftsbereichen Sachsens ermittelt:

- Land- und Forstwirtschaft, Fischerei,
- produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe,
- Baugewerbe,
- Handel, Gastgewerbe und Verkehr,
- Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister,
- öffentliche und private Dienstleister.

Das vierteljährliche BIP folgt aus der BWS nach Wirtschaftsbereichen durch Hinzurechnung der vierteljährlichen Nettogütersteuern (Gütersteuern abzüglich Gütersubventionen). Der Schätzzeitraum umfasst derzeit die Jahre 1996 bis 2008; von einer temporalen Disaggregation der Jahre 1991 bis 1995 wurde aufgrund der tendenziell erhöhten statistischen Fehlermargen der Ausgangsdaten abgesehen. Die konkrete temporale Disaggregation wurde mit Hilfe des EUROSTAT SOFTWARE-PAKETS ECOTRIM (Version 1.01) durchgeführt. [vgl. BARCELLAN, R.; BUONO, D. (2002)].

## Ursprungswerte

Tabelle 1 präsentiert die aktuellen Ergebnisse der temporalen Disaggregation für Sachsen. Die preisbereinigten Quartalsergebnisse werden, der Veröffentlichungspraxis des AK VGR d L folgend, als Kettenindizes<sup>1</sup> dargestellt; hinzukommen die daraus abgeleiteten Veränderungsraten (gegenüber dem Vorjahresquartal) sowie die entsprechenden Wachstumsbeiträge (zum BIP). Kettenindizes erhält man aus der fortlaufenden Multiplikation von Messziffern (Wachstumsfaktoren), die sich jeweils auf das Vorjahr beziehen und somit ein wechselndes Wägungsschema haben. Kettenindexwerte sind auf ein bestimmtes Referenzjahr bezogen (derzeit das Jahr 2000) und geben für das jeweilige Berichtsjahr an, wie sich das

\* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im ifo Institut für Wirtschaftsforschung München.

Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Sachsen (preisbereinigt, verkettet)

Jahr	BIP	Gütersteuern abzüglich Subventionen	Bruttowertschöpfung insgesamt	Bruttowertschöpfung					
				Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierend. Gewerbe ohne Bau-gewerbe	Bau-gewerbe	Handel; Gast-gewerbe und Verkehr	Finan-zierung; Vermie-tung und Unter-nehmens-leister	Öffentl. und private Dienst-leister
<b>Kettenindex (2000 = 100)</b>									
2007	114,7	99,3	116,5	112,6	163,3	67,9	107,1	125,8	100,3
2008	115,7	99,3	117,6	112,2	166,4	68,4	108,8	127,4	99,9
1   2007	110,2	100,7	111,2	104,4	158,3	47,6	97,1	123,6	100,1
2   2007	114,3	98,0	116,2	117,4	164,6	65,8	107,2	124,2	100,4
3   2007	115,7	99,0	117,7	116,9	163,3	74,8	104,6	129,0	100,5
4   2007	118,6	99,5	120,8	111,8	166,9	83,2	119,5	126,4	100,3
1   2008	111,9	100,4	113,2	111,0	164,4	49,3	100,3	125,6	99,3
2   2008	116,2	98,0	118,4	115,0	172,8	66,3	108,9	126,7	99,8
3   2008	116,6	99,0	118,7	114,0	164,4	76,2	107,4	130,4	100,2
4   2008	117,9	99,7	120,1	109,0	163,9	81,6	118,5	126,8	100,3
1   2009	106,0	96,0	107,1	107,3	137,5	48,2	94,5	124,0	99,6
<b>Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahr in %</b>									
2007	2,4	-1,8	2,8	23,1	7,7	0,8	-1,2	3,6	0,0
2008	0,9	0,0	1,0	-0,3	1,9	0,7	1,6	1,3	-0,5
1   2007	4,2	0,6	4,6	23,5	9,2	14,4	2,3	4,6	0,2
2   2007	3,2	-2,4	3,8	25,1	11,0	2,6	-1,8	4,3	0,0
3   2007	1,9	-1,7	2,3	26,6	7,1	-0,5	-2,2	2,9	-0,2
4   2007	0,4	-3,7	0,9	17,4	4,0	-5,7	-2,7	2,5	-0,2
1   2008	1,6	-0,4	1,8	6,3	3,9	3,6	3,3	1,6	-0,8
2   2008	1,7	0,0	1,9	-2,1	5,0	0,7	1,6	2,1	-0,6
3   2008	0,8	0,0	0,9	-2,5	0,7	1,9	2,6	1,1	-0,4
4   2008	-0,5	0,2	-0,6	-2,5	-1,8	-1,9	-0,8	0,4	-0,1
1   2009	-5,3	-4,3	-5,4	-3,4	-16,4	-2,4	-5,8	-1,3	0,3
<b>Wachstumsbeiträge zum BIP in Prozentpunkten<sup>a</sup></b>									
2007	2,4	-0,2	2,6	0,2	1,6	0,0	-0,2	0,9	0,0
2008	0,9	0,0	0,9	0,0	0,4	0,0	0,2	0,3	-0,1
1   2007	4,2	0,1	4,1	0,2	2,0	0,5	0,3	1,2	0,1
2   2007	3,2	-0,2	3,5	0,2	2,3	0,1	-0,3	1,1	0,0
3   2007	1,9	-0,2	2,1	0,2	1,5	0,0	-0,3	0,7	0,0
4   2007	0,4	-0,4	0,8	0,1	0,9	-0,4	-0,4	0,6	-0,1
1   2008	1,6	0,0	1,6	0,1	0,9	0,1	0,4	0,4	-0,2
2   2008	1,7	0,0	1,7	0,0	1,1	0,0	0,2	0,5	-0,1
3   2008	0,8	0,0	0,8	0,0	0,2	0,1	0,4	0,3	-0,1
4   2008	-0,5	0,0	-0,5	0,0	-0,4	-0,1	-0,1	0,1	0,0
1   2009	-5,3	-0,5	-4,9	0,0	-3,7	-0,1	-0,8	-0,3	0,1

a) Angaben für das Bruttoinlandsprodukt in %. Die Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts ergibt sich aus der Summe der Wachstumsbeiträge der sechs Wirtschaftsbereiche (einschließlich der Nettogütersteuern). Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Volumenaggregat seit dem Referenzjahr quantitativ entwickelt hat.

Die hier präsentierten vierteljährlichen Kettenindizes für Sachsen basieren methodisch auf dem ANNUAL-OVERLAP-VERFAHREN, das auch der nationalen Vierteljahresrechnung des STATISTISCHEN BUNDESAMTS zugrunde liegt. Die aus Quartalsindizes gebildeten Jahresdurchschnittswerte des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts bzw. der Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen entsprechen exakt den veröffentlichten amtlichen Jahresindizes. Zudem ergibt die vierteljährliche BWS nach Wirtschaftsbereichen zuzüglich der vierteljährlichen Nettogütersteuern das vierteljährliche BIP (definitorische Identität). Für das laufende Jahr, für das es naturgemäß noch keine amtlichen VGR-Daten gibt, vermag das CHOW & LIN-VERFAHREN vierteljährliche Prognosewerte auf der Basis der geschätzten Zusammenhänge zu liefern, sofern es die entsprechenden unterjährigen Indikatoren hierfür gibt. Die Chow & Lin-Methode ist damit zugleich ein Extrapolationsverfahren am aktuellen Rand. Zwar gibt es für das erste Quartal 2009 aufgrund der Einführung der neuen Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 (WZ 2008) noch keinen vollständigen Indikatorenansatz, doch können unter Verwendung ergänzender Zuschätzungen erste vorläufige Ergebnisse für diesen Zeitraum präsentiert werden.

Den Ergebnissen der Vierteljahresrechnung für das erste Vierteljahr 2009 zufolge befindet sich auch die sächsische Wirtschaft in einer schweren Rezession. Das preisbereinigte **Bruttoinlandsprodukt** sank gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 5,3 %; die **Bruttowertschöpfung** sogar um 5,4 %. Bereits im vierten Quartal 2008 hatten beide Aggregate um ½ % abgenommen. Außergewöhnlich stark war der Produktionsrückgang im **produzierenden Gewerbe ohne Bau**; das Minus belief sich in diesem Sektor auf 16,4 %. Die sächsische Industrie ist relativ stark exportabhängig und damit vom Einbruch der Auslandsnachfrage infolge der globalen Finanz- und Vertrauenskrise besonders betroffen. Zudem wirkt sich die Spezialisierung der Industrieproduktion auf Investitionsgüter negativ aus. [vgl. Beitrag von KRENZ, S.; SCHIRWITZ, B.; VOGT, G. (2009), in diesem Heft, S. 12–21]. Die großen Nachfrage- und Produktionsausfälle bewirkten ferner Einbußen im **Handel** und führten auch zu einem deutlich verminderten Transportaufkommen im **Verkehrssektor**. Unter Einrechnung des **Gastgewerbes** sank die Wirtschaftsleistung in diesen Sektoren im ersten Vierteljahr zusammengekommen um 5,8 %. Vergleichsweise kräftige Produktionsrückgänge gab es außerdem im Sektor **Landwirtschaft** (–3,4 %) sowie im **Baugewerbe** (–2,4 %), wozu allerdings strenges Winterwetter beigetragen hat. Im Bereich **Finanzierung, Vermietung und unternehmensnahen Dienstleistungen**,

der zuvor vom Aufschwung in der Industrie besonders profitiert hatte, ist die Wirtschaftsleistung im ersten Vierteljahr 2009 ebenfalls geschrumpft (–1,3 %). Relativ stabil blieb bisher noch die Entwicklung im Wirtschaftsbereich **öffentliche und private Dienstleister**.

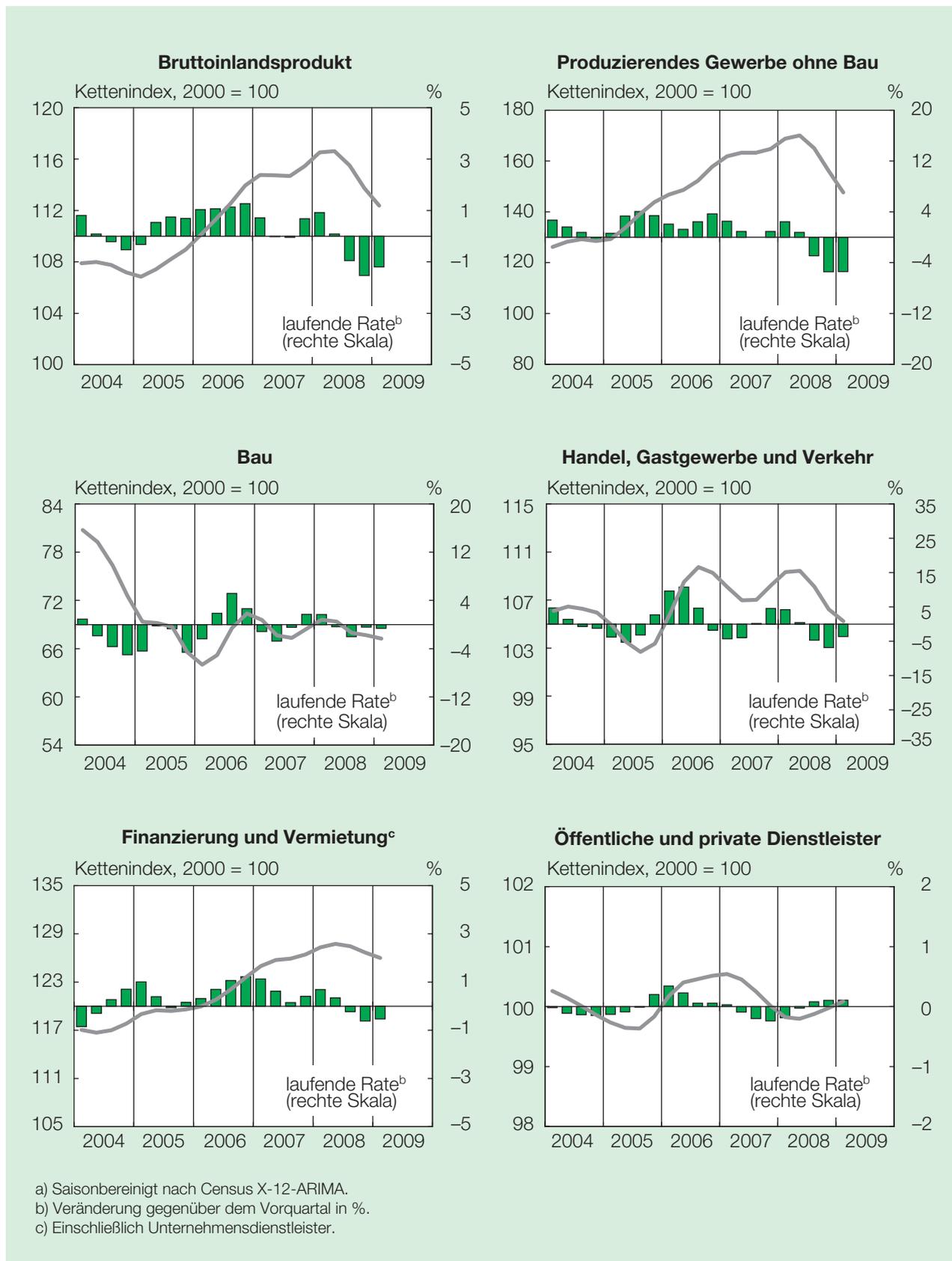
Tabelle 1 präsentiert auch die dazugehörigen Wachstumsbeiträge der sechs großen Wirtschaftsbereiche (unter Einrechnung der Nettogütersteuern) zum preisbereinigten Bruttoinlandsprodukt (Lundberg-Komponenten). Mit ihrer Hilfe kann die relative Bedeutung der einzelnen Wertschöpfungsaggregate für die Veränderung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts dargestellt werden. Der Wachstumsbeitrag eines Wirtschaftsbereichs zum preisbereinigten BIP errechnet sich vereinfacht als Produkt von sektorspezifischer Wachstumsrate und nominalem Anteil des Sektors am BIP (im Vorjahr).<sup>2</sup> Dominierend für die negative Entwicklung war im ersten Quartal 2009 das **produzierende Gewerbe ohne Bau**, das allein 3,7 Prozentpunkte zum Rückgang des preisbereinigten BIP beisteuerte, sowie der Bereich **Handel, Gastgewerbe und Verkehr**, auf den weitere 0,8 Prozentpunkte entfielen.<sup>3</sup>

### Trend-Konjunktur-Komponenten

Zur Identifizierung der aktuellen konjunkturellen Entwicklungstendenzen im Freistaat Sachsen sind zusätzlich die Trend-Konjunktur-Komponenten der quartalisierten VGR-Reihen ermittelt worden. Die Trend-Konjunktur-Komponente (auch: glatte Komponente) kann als zusammengefasste systematische Bewegungskomponente einer Zeitreihe aufgefasst werden. Sie verläuft in aller Regel glatt und verdeutlicht die Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung. Zur Isolierung der Trend-Konjunktur-Komponente muss eine Zeitreihe von saisonalen Schwankungen, die die regelmäßig wiederkehrenden Veränderungen der Reihenwerte innerhalb eines Jahres widerspiegeln, und von Irregularitäten (z. B. streikbedingte Produktionsausfälle) bereinigt werden. Zur Ausschaltung der Saisonkomponente wird hier das CENSUS X-12-ARIMA-VERFAHREN verwendet, das auch der nationalen Vierteljahresrechnung zugrunde liegt.<sup>4</sup>

Abbildung 1 präsentiert die Trend-Konjunktur-Komponenten für das preisbereinigte vierteljährliche Bruttoinlandsprodukt sowie die Bruttowertschöpfung in den wichtigsten Wirtschaftsbereichen in Sachsen. Demnach sinkt die glatte Komponente des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts bereits seit dem dritten Quartal 2008 sehr kräftig. Die Ergebnisse zeigen zudem, dass zu dieser Entwicklung nahezu alle großen Wirtschaftsbereiche mit Ausnahme der öffentlichen und privaten Dienstleister beigetragen haben.

Abbildung 1: Trend-Konjunktur-Komponenten von Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Sachsen (preisbereinigt, verkettet)<sup>a</sup>



Quelle: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

### Datenrevision und Ausblick

Die hier vorgelegten neuen Vierteljahresergebnisse für Sachsen unterscheiden sich teilweise von dem vor einem Jahr vom ifo Institut veröffentlichten Datensatz. Maßgeblich hierfür ist, neben dem um ein Jahr verlängerten Schätzzeitraum und der Integration revidierter Indikatorreihen, vor allem die zwischenzeitlich erfolgte Überarbeitung der VGR-Ergebnisse für die Jahre 2004 bis 2007 durch den Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder. Die amtlichen Jahresergebnisse für Sachsen haben sich aufgrund neuer landesspezifischer Daten, revidierter Bundeseckwerte sowie unterschiedlicher methodischer Ansätze bei der Wertschöpfungsbeziehung in nicht unbeträchtlichem Ausmaß verändert. [eine ausführliche Ursachenanalyse findet sich bei SPEICH, W. D. (2009), S. 7–14]. So wurden die Veränderungsraten des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts bzw. der Bruttowertschöpfung in diesem Zeitraum im Durchschnitt um jeweils 0,3 Prozentpunkte heraufgesetzt. Noch größer fiel die Revision in einzelnen Wirtschaftsbereichen aus: Das Produktionsergebnis im Sektor Land- bzw. Forstwirtschaft und Fischerei wurde etwa um durchschnittlich 6,7 Prozentpunkte heraufgesetzt; die Wertschöpfung im Produzierenden Gewerbe ohne Bau um 0,8 Prozentpunkte. Dagegen wurde die Bauproduktion im Mittel um 2,4 Prozentpunkte herabgesetzt. Um die quantitative Konsistenz der Rechenwerke sicherzustellen, musste die Vierteljahresrechnung für Sachsen an die revidierten amtlichen Jahresergebnisse entsprechend angepasst werden.

Nachzutragen bleibt das Ausmaß der mittleren absoluten Revision, bezogen auf die vierteljährlichen Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts bzw. der Bruttowertschöpfung im Zeitraum 1997 bis 2007. Diese beträgt beim BIP bzw. bei der gesamten BWS im Teilzeitraum 1997 bis 2003 durchschnittlich rund 0,1 Prozentpunkte, im Zeitraum 2004 bis 2007 liegt sie aufgrund der Revision der amtlichen Jahresangaben bei jeweils 0,4 Prozentpunkten (Gesamtzeitraum 1997 bis 2007: im Mittel jeweils 0,3 Prozentpunkte). In den absoluten Revisionsdifferenzen schlagen sich, neben der bereits erwähnten Korrektur der amtlichen Jahresergebnisse durch den AK VGR d L für Sachsen, zusätzlich auch die Integration revidierter Indikatorreihen und der Einfluss des um ein Jahr verlängerten Schätzzeitraums nieder.

Mit dem hier vorgestellten Rechenwerk liegen erstmals Vierteljahresdaten für das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt sowie die Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen für den Zeitraum I/1996 bis I/2009 vor. Mit Hilfe des ökonomischen Verfahrens der temporalen Disaggregation wurde ein vierteljährliches Rechenwerk erstellt, das mit den amtlichen Jahreswerten des

Arbeitskreises VGR der Länder für Sachsen konsistent ist. Die aktuellen Ergebnisse für das erste Vierteljahr 2009 zeigen, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion auch in Sachsen aufgrund der schweren Rezession stark gesunken ist, wenngleich der Rückgang der wirtschaftlichen Leistung mit 5,3 % etwas weniger kräftig ausfiel als im gesamten Bundesgebiet, für das eine Abnahme des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts in Höhe von 6,7 % registriert wurde. Bei der Interpretation der aktuellen Ergebnisse für den Freistaat Sachsen ist zu beachten, dass es aufgrund der Einführung der neuen Klassifikation der Wirtschaftszweige 2008 derzeit noch keinen vollständigen Indikatorensetz gibt, sodass ergänzende Zuschätzungen erforderlich wurden. Außerdem sind angesichts der Größenordnung der herrschenden Wirtschaftskrise auch ökonomische Ansätze mit besonderer Unsicherheit behaftet.

### Literatur

- BARCELLAN, R.; BUONO, B. (2002): Temporal Disaggregation Techniques, ECOTRIM Interface (Version 1.01), User Manual, Eurostat.
- COTTRELL, A.; LUCCHETTI, R. (Mai 2009): Gnu Regression, Econometrics and Time-series Library, Gretl User's Guide.
- NIERHAUS, W. (2008a): Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung für den Freistaat Sachsen mit Hilfe temporaler Disaggregation. In: *Wirtschaft in Sachsen*, 1/2008; S. 1–15.
- NIERHAUS, W. (2008b): Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt: Zur Veröffentlichungspraxis im Gemeinschaftsgutachten. In: *ifo Schnelldienst*, 61. Jg., 9/2008; S. 15–18.
- NIERHAUS, W. (2007): Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für Sachsen mit Hilfe temporaler Disaggregation. In: *ifo Dresden berichtet*, 4/2007; S. 24–36.
- NIERHAUS, W. (2005): Vorjahrespreisbasis und Chain-Linking in den VGR: Das Wichtigste der neuen Volumenrechnung. In: *ifo Schnelldienst*, 58. Jg., 15/2005; S. 32 ff.
- KRENZ, S.; SCHIRWITZ, B.; VOGT, G. (2009): Konjunkturprognose Ostdeutschland und Sachsen 2009/2010: Anhaltende Rezession. In diesem Heft; S. 12–21.
- SPEICH, W.-D. (2009): Wie wird das Wirtschaftswachstum ermittelt? Erläuterungen zu den Ergebnisunterschieden zwischen den verschiedenen Berechnungsständen in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen. In: *Statistik in Sachsen*, Jg. 15, 1/2009; S. 7–14.

<sup>1</sup> Volumenaggregate können alternativ zur Kettenindexdarstellung auch auf Basis verketteter Absolutwerte (in Mill. €) nachgewiesen werden. Zu den Vor- und Nachteilen der beiden Konzepte siehe W. NIERHAUS (2008b), S. 15–18.

<sup>2</sup> Dies gilt exakt für Jahresergebnisse. Zum speziellen Rechenverfahren für vierteljährliche Wachstumsbeiträge siehe W. NIERHAUS (2005), S. 32 ff.

<sup>3</sup> Der vollständige Datensatz (preisbereinigte Ergebnisse für das erste Quartal 1996 bis zum ersten Quartal 2009) steht auf der ifo Dresden Homepage zum Download zur Verfügung.

<sup>4</sup> Für die Saisonbereinigung nach dem CENSUS X-12-ARIMA-Verfahren wurde die Statistik-Software Gretl (Version 1.8.1) benutzt. Vgl. COTTRELL, A.; LUCCHETTI, R. (Mai 2009).

# Angleichung der Lebensverhältnisse in Ostdeutschland: Eine regional differenzierte Analyse

Joachim Ragnitz\*

## Einleitung

Die deutsche Vereinigung brachte für die Menschen das Versprechen einer baldigen „Angleichung der Lebensverhältnisse“ zwischen Ost- und Westdeutschland. Zwar wurde recht schnell deutlich, dass gleiche (materielle) Lebensverhältnisse bestenfalls langfristig erreichbar sein würden (was sich in einer entsprechenden Anpassung der grundgesetzlichen Regelungen niederschlug, indem anstelle der „Einheitlichkeit“ nunmehr nur noch die „Gleichwertigkeit“ der Lebensverhältnisse in allen Regionen des Bundesgebiets gefordert wird); gleichwohl wird der Erfolg des Aufbaus Ost in Politik und Öffentlichkeit nach wie vor allem daran gemessen, wie groß der Abstand in den Lebens- und Arbeitsbedingungen zwischen Ost- und Westdeutschland noch ist. Mit diesem Artikel soll ein Beitrag zur Versachlichung der Diskussion geleistet werden, indem explizit auch die regionalen Disparitäten innerhalb Ostdeutschlands und Westdeutschlands in den Blick genommen werden.

Die nachfolgende Untersuchung geht von der Grundthese aus, dass angesichts unterschiedlicher standörtlicher Voraussetzungen, aber auch aufgrund von sektor- und regionalspezifischen „Pfadabhängigkeiten“ eine flächendeckende Angleichung des wirtschaftlichen Leistungsniveaus zwischen Ost- und Westdeutschland ohnehin keine realistische Perspektive darstellt. Gängige Konvergenztheorien postulieren zwar eine langfristige Annäherung des Einkommensniveaus zwischen Regionen [vgl. BARRO, R. J.; SALA-I-MARTIN, X. (1991), S. 107–181]; aber dies gilt eben nur, solange die allgemeinen Standortbedingungen sich nicht unterscheiden; ansonsten kommt es lediglich zu einer „bedingten“ Konvergenz zwischen „ähnlichen“ Regionen. [vgl. MANKIW, G. N.; ROMER, D.; WEIL, D. (1992), S. 407–437]. Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll zu untersuchen, wie weit die Annäherung wirtschaftlicher Erfolgsindikatoren zwischen vergleichbaren Regionen in den neuen und den alten Bundesländern vorangekommen ist und welche Schlussfolgerungen sich aus einer solchen Betrachtung für die weitere Politik des Aufbaus Ost ableiten lassen.

## Konvergenzfortschritte in gesamtwirtschaftlicher Betrachtung

Zur Bewertung des Konvergenzprozesses zwischen Ost- und Westdeutschland wird gemeinhin das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Einwohner herangezogen. Während das für Wirtschaftsräume mit nur geringer Verflechtung der jeweiligen Arbeitsmärkte noch hinnehmbar erscheint, ist diese Betrachtung für kleinräumige Analysen in einem ansonsten hoch integrierten Wirtschaftsraum nicht sinnvoll: Da nämlich das Bruttoinlandsprodukt in einer Region von allen dort beschäftigten Personen erbracht wird, also auch von Erwerbstätigen mit Wohnsitz in einer anderen Region, kommt es zwangsläufig zu Verzerrungen, wenn die wirtschaftliche Leistung allein auf die Personen mit Wohnort in der jeweiligen Untersuchungsregion bezogen wird. Dies hat zur Folge, dass das Pro-Kopf-Bruttoinlandsprodukt in Agglomerationsräumen (die typischerweise einen Einpendlerüberschuss aufweisen) überschätzt, in den jeweiligen Umlandregionen (die im Rahmen interregionaler Arbeitsteilung wohnörtliche Funktionen erfüllen, also typischerweise durch einen Auspendlerüberschuss gekennzeichnet sind) hingegen unterschätzt wird.

Ein sinnvollerer Indikator zur Abschätzung der Wirtschaftskraft einer Region ist daher das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen; die beschriebenen Verzerrungen treten bei dieser Größe nicht auf. Dennoch hat auch dieser Indikator gewisse Schwächen: Das BIP misst nämlich lediglich, wie hoch die selbst erwirtschafteten Einkommen in einer Region sind; somit ist es zwar als Indikator der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, nicht aber als regionaler Wohlstandsindikator geeignet. Ein Teil der erwirtschafteten Einkommen fließen nämlich (zum Beispiel über Gewinntransfers) in andere Regionen ab, gleichzeitig kommt es durch das Steuer- und Transfersystem nochmals zu erheblichen regionalen Umverteilungen. Dies lässt es sinnvoll erscheinen, zusätzlich zur Beschreibung regionaler Unterschiede die verfügbaren Einkommen je Einwohner heranzuziehen.

Betrachtet man die Entwicklung der drei genannten Indikatoren – BIP je Einwohner, BIP je Erwerbstätigen und Pro-Kopf-Einkommen – in Ostdeutschland seit der Vereinigung, so wird deutlich, dass von einem schnellen Konvergenzprozess nicht die Rede sein kann (vgl. Abb. 1). Zwar hat sich, ausgehend von dem transformationsbedingt

\* Joachim Ragnitz ist stellvertretender Direktor der Niederlassung Dresden des ifo Instituts.

niedrigen Niveau im Jahre 1991, das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner und je Erwerbstätigen zunächst rasch erhöht: Das (nominale) BIP je Einwohner in Ostdeutschland (einschließlich Berlin) hat von 43 % des westdeutschen Niveaus im Jahr 1991 auf 68 % im Jahr 1996 zugenommen; das BIP je Erwerbstätigen ist im gleichen Zeitraum von 45 % des westdeutschen Durchschnittswertes auf knapp 74 % gestiegen. Auch die verfügbaren Einkommen (je Einwohner gerechnet), die im Jahr 1991 infolge hoher einkommensstützender Transfers bereits bei 60 % des westdeutschen Wertes lagen, sind bis Mitte der 1990er Jahre weiter angewachsen und erreichten 1996 fast 80 % des westdeutschen Vergleichswertes. Seither hat sich der Konvergenzprozess jedoch deutlich verlangsamt: Im Jahre 2008 lag das BIP je Einwohner bei 71 % und das BIP je Erwerbstätigen bei 79 % des westdeutschen Durchschnittswertes; die verfügbaren Einkommen je Einwohner haben sich seither in beiden Landesteilen in etwa gleich schnell entwickelt, so dass keine weitere Angleichung festzustellen war.

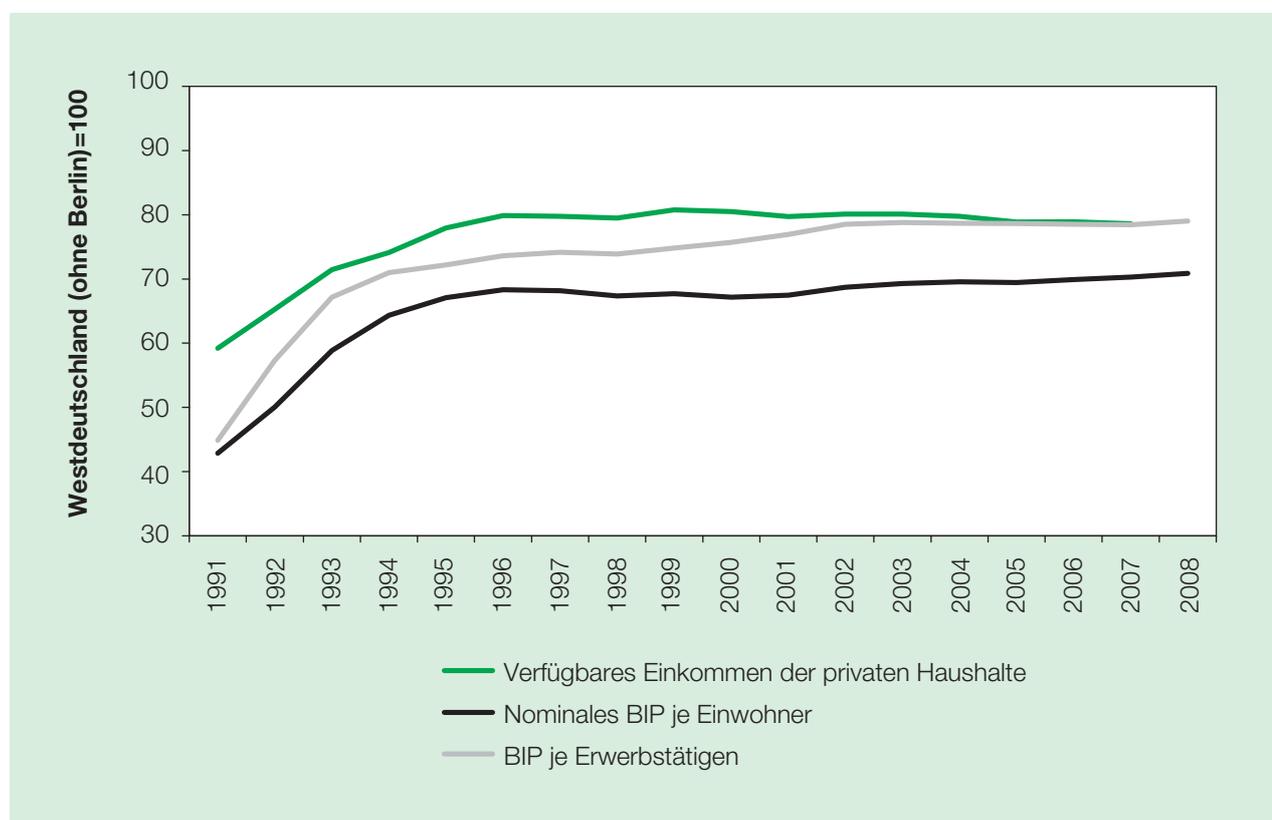
Für den fortbestehenden Abstand der Wirtschaftskraft zwischen Ost- und Westdeutschland werden vor allem strukturelle Defizite der ostdeutschen Wirtschaft – wie ein hohes Gewicht kleiner und mittlerer Unternehmen,

das weitgehende Fehlen von wertschöpfungsintensiven Unternehmenshauptsitzen in den neuen Ländern, ein Mangel an Forschung und Entwicklung oder auch ein Übergewicht an typischerweise gering produktiver Branchen insbesondere im Dienstleistungssektor – verantwortlich gemacht. Tatsächlich spricht manches dafür, dass diese strukturelle Defizite eine wichtige Rolle spielen – was im Umkehrschluss bedeutet, dass auch in Zukunft kaum mit einem höheren Tempo des Konvergenzprozesses zu rechnen ist, da sich Strukturen typischerweise nur langsam ändern. Hinzu kommt, dass insbesondere die demographische Entwicklung – Rückgang der erwerbsfähigen Bevölkerung um rund 15 % bis zum Jahr 2020, starke Alterungsprozesse – einen beschleunigten Angleichungsprozess erschwert.<sup>3</sup>

### Konvergenzprozesse auf einer regionalen Ebene

Bislang wenig oder gar nicht untersucht wurde allerdings die Frage, wie die „Angleichung der Lebensverhältnisse“ auf einer regionalen Ebene vorangekommen ist. Tatsächlich ist ja auch in Westdeutschland die Wirtschaftskraft nicht gleichförmig verteilt; neben den bekannten

**Abbildung 1: Entwicklung von BIP je Einwohner, BIP je Erwerbstätigen und verfügbarem Einkommen je Einwohner 1991–2008 in Ostdeutschland (einschließlich Berlin)**



Quellen: Arbeitskreis VGR der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Wirtschaftszentren mit hoher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit gibt es auch dort eine ganze Reihe (dauerhaft) strukturschwacher Regionen, in denen das BIP je Erwerbstätigen oder auch die verfügbaren Einkommen deutlich unterhalb des westdeutschen Durchschnitts liegen. Intuitiv ist zu erwarten, dass sich ähnliche Divergenzen auch zwischen den ostdeutschen Regionen herausgebildet haben, zumal auch die Standortbedingungen regional unterschiedlich sind. In Fortführung dieses Gedankens muss man allerdings auch erwarten, dass eine „Angleichung der Lebensverhältnisse“ an westdeutsche Durchschnittswerte auch in Ostdeutschland nicht erreichbar ist, sondern bestenfalls eine Angleichung zwischen ähnlich strukturierten Regionen in Ost und West. Diese regional differenzierte Sichtweise hätte dann freilich auch zur Folge, dass die von der Politik auch öffentlich kommunizierte Zielsetzung des Aufbaus Ost neu zu definieren wäre, nämlich als „Angleichung der Lebensverhältnisse zwischen vergleichbaren Regionen“.

#### a) Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen

Betrachtet man das Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen (auf die Betrachtung des BIP je Einwohner wird wegen der Pendlerproblematik hier verzichtet) in den verschiedenen Regionen (Landkreise und kreisfreie Städte<sup>4</sup>) des Bundesgebietes, so ist – nicht überraschend – die wirtschaftliche Leistungskraft in Ostdeutschland nahezu flächendeckend niedriger als in Westdeutschland; lediglich einige wenige Landkreise – Merseburg-Querfurt, Teltow-Fläming und Sömmerda – finden sich in der Spitzengruppe wieder (vgl. Karte 1). Ein wesentlicher Grund hierfür sind die Ansiedlungsentscheidungen bedeutender Großunternehmen, die ihren Standort in diesen Landkreisen genommen haben. Eine überdurchschnittliche Wirtschaftskraft weisen auch einige andere Landkreise insbesondere in Sachsen, im Umland von Berlin und an der ehemaligen innerdeutschen Grenze auf. In Westdeutschland gibt es zwar durchaus eine erhebliche Differenzierung, jedoch nur einige wenige Landkreise, die ein ähnlich geringes BIP je Erwerbstätigen aufweisen wie die meisten Regionen in Ostdeutschland – angesichts des insgesamt höheren Durchschnitts war das auch nicht anders zu erwarten. Diese sind zudem im Regelfall umgeben von Landkreisen mit deutlich höherer Wirtschaftskraft, was die Auswirkungen auf die materiellen Lebensverhältnisse der Menschen deutlich abmildert – anders als in Ostdeutschland kann im Zweifel der negative Einfluss auf die individuelle Einkommenssituation durch kleinräumige Pendelbewegungen reduziert werden.

Die insgesamt geringere wirtschaftliche Leistungskraft Ostdeutschlands spiegelt zwar zu einem erheblichen

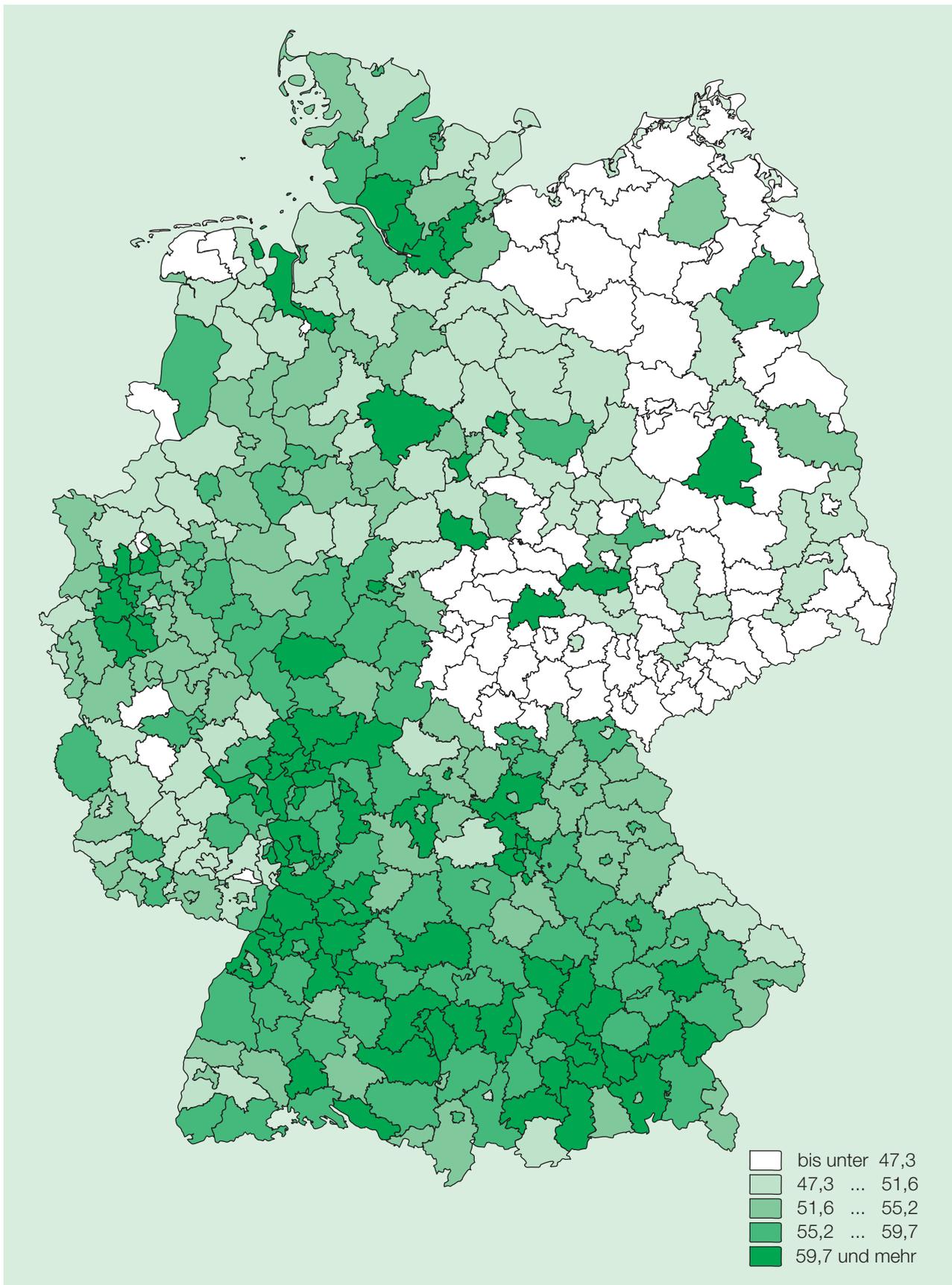
Teil die genannten strukturellen Defizite wider und ist insoweit eine Nachwirkung des Transformationsprozesses in den ostdeutschen Ländern; darüber hinaus reflektiert sich darin aber auch die besondere Siedlungsstruktur in Ostdeutschland. Große Teile der neuen Länder sind eher ländlich geprägt; Agglomerationszentren wie in Westdeutschland gibt es nur wenige. Da die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit in einer Region in hohem Maße von Urbanisierungsvorteilen (Größe des relevanten Binnenmarktes, lokale Vernetzungsmöglichkeiten für Unternehmen, Angebot an spezialisierten Arbeitskräften) abhängig ist, dürfte die insgesamt geringere Wirtschaftskraft wohl auch mit diesen siedlungsstrukturellen Gegebenheiten zusammenhängen.<sup>5</sup>

Um die unterschiedlichen Regionen besser miteinander vergleichen zu können, werden deshalb im Folgenden die siedlungsstrukturellen Kreistypen des BUNDESAMTS FÜR BAUWESEN UND RAUMORDNUNG (BBR) herangezogen. Diese Klassifizierung der einzelnen Landkreise orientiert sich insbesondere an der Einwohnerdichte sowie dem Vorhandensein von städtischen Zentren in einer Region; hierbei werden insgesamt 9 verschiedene Kreistypen unterschieden. Auch wenn es sich dabei trotz der differenzierten Darstellung um eine eher pauschalierende Klassifizierung handelt, wird damit eine wesentliche Determinante wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit von Regionen – die Bevölkerungsdichte – in hinreichendem Maße erfasst. Hinzu kommt, dass die Siedlungsstruktur im Großen und Ganzen auch die Wirtschaftsstruktur determiniert: Während sich die Kernstädte zumeist stark auf die Erstellung von Dienstleistungen spezialisiert haben, ist das produzierende Gewerbe zumeist im Umland der Städte angesiedelt, und landwirtschaftliche Produktion ist schon aufgrund der Flächenbedarfe vor allem im ländlichen Raum anzutreffen. Dies wiederum beeinflusst infolge sektoral unterschiedlicher Produktivität auch die Wirtschaftskraft in den einzelnen Regionstypen.

Während in Westdeutschland ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Kreistyp und Wirtschaftskraft festzustellen ist, ist dieser in Ostdeutschland weitaus weniger deutlich ausgeprägt (vgl. Tab. 1, Spalte 2). Zwar gilt auch in den neuen Ländern, dass verstädterte Räume tendenziell eine höhere wirtschaftliche Leistungskraft aufweisen als die ländlichen Regionen, aber die Unterschiede zwischen Stadt und Land sind längst nicht so stark wie in den westdeutschen Bundesländern. Dies führt dazu, dass die Heterogenität zwischen den einzelnen Regionen selbst innerhalb eines Bundeslandes in Westdeutschland fast überall deutlich höher ist als in Ostdeutschland (vgl. Tab. 2).

Vergleicht man die jeweiligen Regionstypen in Ost- und in Westdeutschland, so zeigt sich, dass die Kernstädte in Ostdeutschland nur einen unterdurchschnittlichen

Karte 1: Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen nach Landkreisen in 1000 € je Einwohner



Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (INKAR-Datenbank).

**Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen nach siedlungsstrukturellen Kreistypen in Ostdeutschland und Westdeutschland 2005**

	in % des Durchschnitts des jeweiligen Landesteils	in % der entsprechenden Region in Westdeutschland
<b>Ostdeutschland (ohne Berlin)</b>		
Kernstädte in Agglomerationsräumen	104,9	73,4
Hochverdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	101,5	77,7
Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	93,6	77,1
Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen	101,9	89,2
Kernstädte in verstärkten Räumen	95,1	77,0
Verdichtete Kreise in verstärkten Räumen	96,4	81,8
Ländliche Kreise in verstärkten Räumen	102,3	88,3
Ländliche Kreise höherer Dichte in ländlichen Räumen	96,4	81,4
Ländliche Kreise geringerer Dichte in ländlichen Räumen	95,5	84,0
insgesamt	100,0	78,4
<b>Westdeutschland (mit Berlin)</b>		
Kernstädte in Agglomerationsräumen	112,0	–
Hochverdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	102,3	–
Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	95,2	–
Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen	89,5	–
Kernstädte in verstärkten Räumen	96,8	–
Verdichtete Kreise in verstärkten Räumen	92,3	–
Ländliche Kreise in verstärkten Räumen	90,8	–
Ländliche Kreise höherer Dichte in ländlichen Räumen	92,8	–
Ländliche Kreise geringerer Dichte in ländlichen Räumen	89,2	–
insgesamt	100,0	–

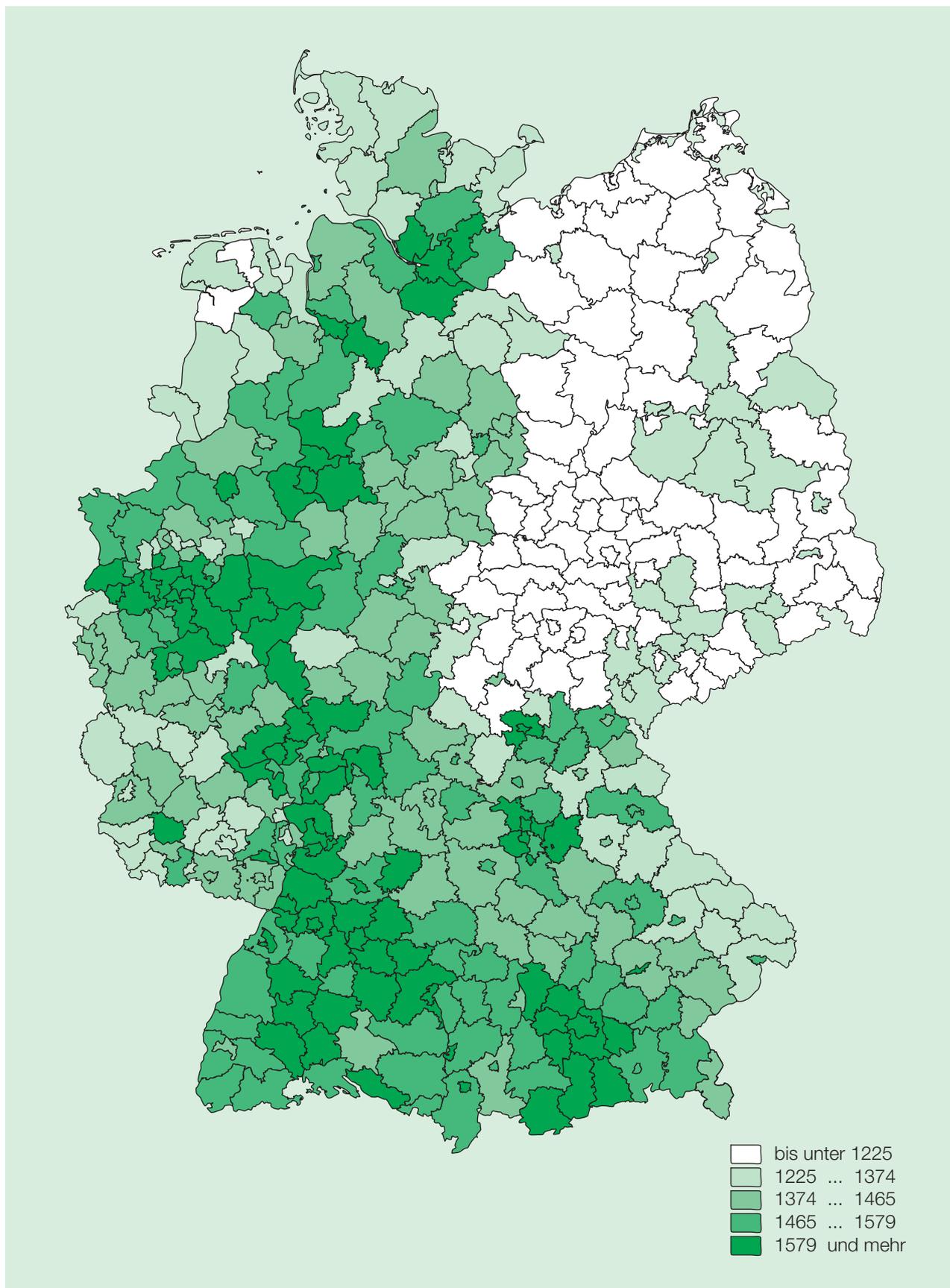
Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (INKAR-Datenbank), Berechnungen des ifo Instituts.

Tabelle 2: Streuung des Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen in den Landkreisen der Bundesländer 2006

	Durchschnitt	Minimum	Maximum	Relation Maximum/ Minimum	Variations- koeffizient (ungewichtet)
	in €			in %	
Baden-Württemberg	62.137	52.474	72.885	138	7,5
Bayern	64.595	48.965	124.271	253	14,3
Berlin	51.272	–	–	–	–
Brandenburg	49.571	43.352	65.498	151	12,4
Bremen	66.392	–	–	–	–
Hamburg	80.013	–	–	–	–
Hessen	68.731	53.391	84.578	158	10,9
Mecklenburg- Vorpommern	45.744	38.922	56.313	144	10,0
Niedersachsen	56.045	44.640	78.364	175	11,8
Nordrhein-Westfalen	59.857	42.141	81.324	193	11,9
Rheinland-Pfalz	55.705	46.160	86.042	186	12,0
Saarland	56.423	48.496	59.761	123	7,4
Sachsen	46.268	38.309	52.428	136	8,1
Sachsen-Anhalt	49.054	43.793	60.112	137	9,0
Schleswig-Holstein	56.712	48.388	72.729	150	10,8
Thüringen	45.981	40.808	58.897	144	8,7
<b>Deutschland</b>	<b>59.410</b>	<b>38.309</b>	<b>124.271</b>	<b>324</b>	<b>–</b>
darunter:					
Ostdeutschland (ohne Berlin)	47.582	38.309	65.498	171	10,1
Westdeutschland (mit Berlin)	61.369	42.141	124.271	294	13,1

Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

Karte 2: Verfügbares Monatseinkommen je Einwohner in Euro nach Landkreisen, 2005



Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (INKAR-Datenbank).

Angleichungsstand des Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen erreichen (vgl. Tab. 1, Spalte 3). Hier liegt das BIP je Erwerbstätigen nur bei 73 % (Kernstädte in Agglomerationsräumen) bzw. bei 77 % (Kernstädte in verdichteten Räumen) des Niveaus in den entsprechenden Regionstypen in Westdeutschland (Angleichungsstand insgesamt: 78,4%). In den verdichteten Kreisen entspricht das BIP je Erwerbstätigen etwa dem ostdeutschen Durchschnitt (78,4%). Deutlich günstiger stellt sich die Situation hingegen in den ländlich geprägten Kreisen in den neuen Ländern dar; hier beträgt die Wirtschaftskraft zwischen 81,4 % (ländliche Kreise höherer Dichte in ländlichen Räumen) und 89,2 % (ländliche Kreise in Agglomerationsräumen) des jeweiligen westdeutschen Referenzwertes. Ganz offenkundig ist das Problem der mangelnden Angleichung des BIP je Erwerbstätigen in Ostdeutschland vor allem ein Problem der Städte bzw. der städtisch geprägten Gebiete. Zwar ist das geringe Ausmaß der Angleichung insgesamt auch eine Folge des hohen Anteils der ländlich geprägten Regionen in den neuen Ländern – rund 52 % der Erwerbstätigen Ostdeutschlands entfallen auf den ländlichen Raum (Westdeutschland: 19%) – aber dies ändert nichts daran, dass insbesondere die Ballungszentren bislang nur unterdurchschnittlich an westdeutsche Vergleichswerte aufschließen konnten.

Über die Ursachen hierfür lässt sich an dieser Stelle nur mutmaßen. Ein wesentlicher Grund für die relative Stärke der ländlich geprägten Regionen ist sicherlich die starke Stellung der ostdeutschen Landwirtschaft, die infolge großflächiger, teilweise auch industrialisierter Produktionsmethoden insgesamt eine höhere Leistungsfähigkeit aufweist als die Landwirtschaft in Westdeutschland, wo vielfach noch „bäuerliche Familienbetriebe“ vorherrschen. Weniger leicht zu erklären ist hingegen der größere Rückstand der Agglomerationsräume – hier könnten Nachwirkungen des Transformationsprozesses die entscheidende Rolle spielen, so die Tatsache, dass Neuansiedlungen von Unternehmen im Verlaufe der letzten Jahre häufig eher im Umland der Städte bzw. entlang vorhandener und projektierte Verkehrswege stattgefunden haben, und auch, dass der Versuch vieler Städte, sich als Dienstleistungszentren zu etablieren, infolge von Fachkräfteproblemen, unattraktiver „weicher Standortfaktoren“ und bestehender Vorsprünge westdeutscher Agglomerationsräume bislang nicht zu durchschlagenden Erfolgen geführt haben. Schließlich muss aber auch berücksichtigt werden, dass selbst die ostdeutschen Städte hinsichtlich Einwohner- und damit Arbeitskräftepotenzial nicht immer an westdeutsche Ballungszentren heranreichen können; auch dies mindert die Chancen, etwaige Urbanisierungsvorteile vollständig auszunutzen zu können. Letztlich spielt auch eine Rolle, dass die Industrie

und die unternehmensnahen Dienstleistungsunternehmen – Sektoren, die ein überdurchschnittliches Produktivitätsniveau aufweisen und in Westdeutschland typischerweise in verdichteten Regionen angesiedelt sind – in Ostdeutschland insgesamt schwächer vertreten sind.

## b) Verfügbares Einkommen je Einwohner

Die gleiche Betrachtung wie im vorangegangenen Abschnitt soll im Folgenden für die verfügbaren Einkommen je Einwohner durchgeführt werden. Wie in Karte 2 dargestellt, ist der Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschland auch bei diesem Indikator eindeutig feststellbar; nur Teile Sachsens und das Umland von Berlin weisen eine stärkere Annäherung an westdeutsche Einkommensverhältnisse auf. Zudem zeigt sich auch hier, dass die Streuung innerhalb der einzelnen Bundesländer im Osten insgesamt geringer ist als in Westdeutschland (vgl. Tab. 3). Hinzu kommt, dass die Streuung der verfügbaren Einkommen innerhalb der einzelnen Bundesländer im Regelfall geringer ist als die Streuung des Bruttoinlandsprodukts je Erwerbstätigen, was vor allem die Nivellierungswirkungen des Steuer- und Transfersystems widerspiegelt.

Die Differenzierung nach verschiedenen siedlungsstrukturellen Kreistypen zeigt darüber hinaus auch für diesen Indikator eine vergleichsweise schwache Position der Agglomerationsräume in den neuen Ländern, und zwar sowohl im innerostdeutschen Vergleich als auch im Vergleich mit den entsprechenden Kreistypen in Westdeutschland (vgl. Tab. 4). Die Unterschiede fallen hier aber wegen der Umverteilung durch Steuern und Transfers nicht ganz so stark aus. Gleichwohl zeigt sich, dass insbesondere der ländliche Raum in den neuen Ländern auch hinsichtlich der verfügbaren Einkommen relativ weit an westdeutsche Vergleichsregionen herangekommen ist.

## Ausblick

Angesichts der Tatsache, dass Ostdeutschland in weiten Teilen eher ländlich geprägt ist, also nur wenige mit Westdeutschland vergleichbare Ballungszentren aufweist, ist selbst auf lange Sicht nicht mit einer vollständigen Annäherung des gesamtwirtschaftlichen Einkommensniveaus an westdeutsche Durchschnittswerte zu rechnen. Eine einfache shift-share-Analyse zeigt, dass auch bei vollständiger Angleichung des BIP je Erwerbstätigen in den einzelnen Regionstypen an das westdeutsche Niveau allein schon die unterschiedliche Siedlungsstruktur

Tabelle 3: Streuung der verfügbaren Einkommen je Einwohner in den Landkreisen der Bundesländer 2006

	Durchschnitt	Minimum	Maximum	Relation Maximum/ Minimum	Variations- koeffizient- (ungewichtet)
	in €			in %	
Baden-Württemberg	19.845	17.153	24.917	145,3	7,8
Bayern	19.285	15.753	27.952	177,4	9,6
Berlin	15.099	–	–	–	–
Brandenburg	15.000	13.585	16.218	119,4	4,3
Bremen	20.850	–	–	–	–
Hamburg	23.849	–	–	–	–
Hessen	18.833	16.321	25.083	153,7	9,9
Mecklenburg- Vorpommern	14.266	13.076	15.573	119,1	4,4
Niedersachsen	17.518	15.181	21.790	143,5	7,4
Nordrhein-Westfalen	19.104	15.518	25.807	166,3	10,7
Rheinland-Pfalz	17.538	15.690	20.724	132,1	5,6
Saarland	17.618	15.417	23.949	155,3	17,3
Sachsen	14.949	14.167	15.765	111,3	2,6
Sachsen-Anhalt	14.332	13.837	15.051	108,8	2,8
Schleswig-Holstein	17.395	14.874	21.072	141,7	8,9
Thüringen	14.521	13.266	16.879	127,2	5,8
<b>Deutschland</b>	<b>18.135</b>	<b>13.076</b>	<b>27.952</b>	<b>213,8</b>	<b>–</b>
darunter:					
Ostdeutschland (ohne Berlin)	14.852	13.076	16.879	129,1	4,4
Westdeutschland (mit Berlin)	18.731	14.874	27.952	187,9	10,4

Quelle: Arbeitskreis VGR der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

**Tabelle 4: Verfügbares Einkommen je Einwohner nach siedlungsstrukturellen Kreistypen in Ostdeutschland und Westdeutschland 2005**

	in % des Durchschnitts des jeweiligen Landesteils	in % der entsprechenden Region in Westdeutschland
<b>Ostdeutschland</b>		
Kernstädte in Agglomerationsräumen	102,3	76,5
Hochverdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	101,9	74,7
Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	101,2	75,6
Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen	102,7	84,6
Kernstädte in verdichteten Räumen	98,3	81,3
Verdichtete Kreise in verdichteten Räumen	98,6	78,8
Ländliche Kreise in verdichteten Räumen	98,2	81,4
Ländliche Kreise höherer Dichte in ländlichen Räumen	98,8	83,0
Ländliche Kreise geringerer Dichte in ländlichen Räumen	96,3	84,1
insgesamt	100,0	77,8
<b>Westdeutschland</b>		
Kernstädte in Agglomerationsräumen	104,0	–
Hochverdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	106,1	–
Verdichtete Kreise in Agglomerationsräumen	104,2	–
Ländliche Kreise in Agglomerationsräumen	94,4	–
Kernstädte in verdichteten Räumen	94,0	–
Verdichtete Kreise in verdichteten Räumen	97,3	–
Ländliche Kreise in verdichteten Räumen	93,8	–
Ländliche Kreise höherer Dichte in ländlichen Räumen	92,6	–
Ländliche Kreise geringerer Dichte in ländlichen Räumen	89,1	–
insgesamt	100,0	–

Quelle: Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (INKAR-Datenbank), Berechnungen des ifo Instituts.

dazu führt, dass eine Einkommensdifferenz von 5 Prozentpunkten bestehen bleiben dürfte. Auch um diese „Zielmarke“ zu erreichen, sind allerdings noch erhebliche Anstrengungen notwendig, da die bestehenden strukturellen Defizite der neuen Länder ein quasi automatisches Aufholen wohl verhindern dürften.

In gesamtwirtschaftlicher Betrachtung liegt das BIP je Erwerbstätigen in Ostdeutschland derzeit bei knapp 80 % des westdeutschen Durchschnittswertes – allerdings bei durchaus spürbaren Unterschieden zwischen den einzelnen Regionstypen. Insbesondere die verstädterten Räume haben nur in geringem Maße an ihre westdeutschen Pendanten anschließen können. Bei den verfügbaren Einkommen je Einwohner ist das Bild ähnlich, wenn auch nicht ganz so prägnant. Aus wirtschaftspolitischer Sicht führt dies zu der Schlussfolgerung, dass insbesondere der wirtschaftlichen Entwicklung in den Städten verstärkte Aufmerksamkeit gewidmet werden sollte. Dies darf zwar nicht dazu verleiten, den ländlichen Raum zu vernachlässigen; gleichwohl stellt sich die Frage, wie die ostdeutschen Ballungszentren in eine Position versetzt werden können, in der sie nicht allein ein höheres Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen erreichen, sondern darüber hinaus auch im Sinne eines „Wachstumspools“ stärkere Ausstrahleffekte in ihr näheres und weiteres Umland aussenden können. Neben der Stärkung von Hochschul- und Forschungseinrichtungen in den ostdeutschen Städten und der allgemeinen Verbesserung der dortigen Standortbedingungen (beispielsweise auch für die „Kreativwirtschaft“) ist hier auch die

allgemeine Ansiedlungspolitik gefragt, die derzeit in der Tendenz noch immer eine Bevorzugung des ländlichen Raumes verfolgt. Letzten Endes sind es aber vor allem die lokalen Akteure, die für günstige Wachstumsbedingungen in ihrem Einflussbereich sorgen müssen – Bund und auch Länder können bestenfalls finanzielle Mittel zur Verfügung stellen, wären aber überfordert, wollten sie quasi „am grünen Tisch“ Zukunftskonzepte für die einzelnen Regionen der neuen Länder entwerfen. Diese Erkenntnis scheint noch nicht überall im erforderlichen Maße gereift.

### Literatur

- BARRO, R. J.; SALA-I-MARTIN, X. (1991): Convergence across States and Regions. In: *Brooking Papers on Economic Activity*; S.107–181.
- MANKIW, G. N.; ROMER, D.; WEIL, D. (1992): A Contribution to the Empirics of Economic Growth. In: *The Quarterly Journal of Economics*; S. 407–437.
- RAGNITZ, J. u. a. (2007): Die demographische Entwicklung in Ostdeutschland. In: *ifo Dresden Studien Nr. 41*, Dresden/München.

<sup>1</sup> Vgl. zu den Implikationen der demographischen Entwicklung auf das langfristige Wachstumspotential z. B. RAGNITZ, J. u. a. (2007).

<sup>2</sup> *Zuschnitt der Kreise nach dem Stand des Jahres 2005.*

<sup>3</sup> *Umgekehrt hängt die geringe Siedlungsdichte in vielen Regionen auch mit der geringen Wirtschaftskraft zusammen, da dies Abwanderungstendenzen befördert.*

# Eurovisionen in Mittel- und Osteuropa im Zeichen der Finanzmärkte

Gunther Schnabl\*

## Einleitung

Die jüngste Weltwirtschafts- und Finanzkrise hat die Gruppen der Euro-Skeptiker und Euro-Gegner nochmals kräftig durcheinander gewirbelt. Frühere strikte Euro-Gegner wie Dänemark und Island wollen neuerdings beitreten. Polen – nach wie vor überzeugter Anhänger flexibler Wechselkurse – ist dem vom IWF vorgeschlagenen raschen Beitritt zur EUROPÄISCHEN WÄHRUNGSUNION (EWU) nicht mehr abgeneigt. Hingegen leiden die Euroländer Spanien, Italien, Griechenland und Irland unter hohen Preisniveaus und geringer Wettbewerbsfähigkeit. Die vor dem Eurobeitritt üblichen Abwertungen könnten Abhilfe schaffen. Da diese im gemeinsamen Währungsraum aber nicht möglich sind, drohen drastische Lohneinschnitte. Die baltischen Länder, denen der EWU-Beitritt seit einigen Jahren aufgrund hoher Inflationsraten verwehrt geblieben ist, könnten abwerten. Dies wollen sie aber nicht, weil die Abwertung fremdwährungsverschuldete Haushalte, Unternehmen und Banken in den Ruin treiben würde. Inzwischen flüchtet sich die EU-resistente Schweiz in die Abwertung des Franken als Ausweg aus der Finanzkrise. Europa ist in der währungspolitischen Orientierungslosigkeit angekommen, in deren Zentrum der stabile Euro ruht. Die Zeichen für weitere Erweiterungsrunden, vor allem am östlichen Rand des Eurogebiets, standen nie so gut. Während – getrieben von explodierender Staatsverschuldung – Zweifel an der Stabilität der gemeinsamen Währung wachsen.

## Der Euro als Stabilisator in Mittel- und Osteuropa

Der Euro könnte aus drei Gründen gestärkt aus der Krise hervorgehen. Zum einen erscheint MUNDELL'S (1961) Theorie der optimalen Währungsräume, die bisher das wichtigste Argument für geld- und währungspolitische Autonomie war, in einem neuen Licht. MUNDELL'S keynesianischer Analyserahmen sieht die Geldpolitik als Stabilisierungsinstrument im Falle unterschiedlicher Wirtschaftsentwicklungen in den Gütermärkten (sogenannte asymmetrischer Schocks). Die Kapitalmärkte, die in den 1950er Jahren noch unterentwickelt waren, lagen außerhalb seines Modellrahmens. Die Anpassungslast bei asymmetrischen Schocks in einer Währungsunion wies

MUNDELL (1961) den Arbeitsmärkten zu, die über Lohnflexibilität bzw. Migration die Gütermärkte zurück zum Gleichgewicht führen. In der Krise wünschen sich vor allem die Länder im Süden der Währungsunion die Geldpolitik als Stabilisierungsinstrument im Sinne von MUNDELL (1961) zurück. Die seit der Euroeinführung stetig angestiegenen Leistungsbilanzdefizite könnten – wie vor der Euroeinführung üblich – durch eine Abwertung rasch korrigiert werden. Da dies nicht mehr möglich ist, drohen schmerzhaftes Lohneinschnitte und Preissenkungen.

Im Gegensatz zu den südeuropäischen Ländern ist zwar in den meisten mittel- und osteuropäischen Ländern, die ebenfalls unter hohen Leistungsbilanzdefiziten leiden (vgl. Abb. 1), die Abwertung zwar möglich, aber aus Kapitalmarktsicht nicht ratsam. Zum einen wirken integrierte Kapitalmärkte in der Krise stabilisierend wie MUNDELL (1973a, b) in späteren Arbeiten gezeigt hat. Stehen im Falle eines asymmetrischen Schocks im Rezessionsland Kredite sowohl bei inländischen als auch bei ausländischen Banken aus, so werden die Kreditausfälle über das In- und Ausland verteilt. Dies ist derzeit im Vereinigten Europa zu beobachten. Während viele Finanzsektoren in Mittel- und Osteuropa vom Kollaps bedroht sind und die Regierungen nicht über ausreichend Ressourcen für deren Stabilisierung verfügen, ist die Lage im Westen der Union vergleichsweise stabil. Da die Bankensektoren in Mittel- und Osteuropa zu großen Teilen von westeuropäischen Banken übernommen wurden, werden die Verluste der Banken in Lettland, Ungarn, Rumänien und anderen Staaten der Region von westeuropäischen Banken mit getragen. Dies hilft, die Kreditklemme einzudämmen und die Rezession abzumildern.

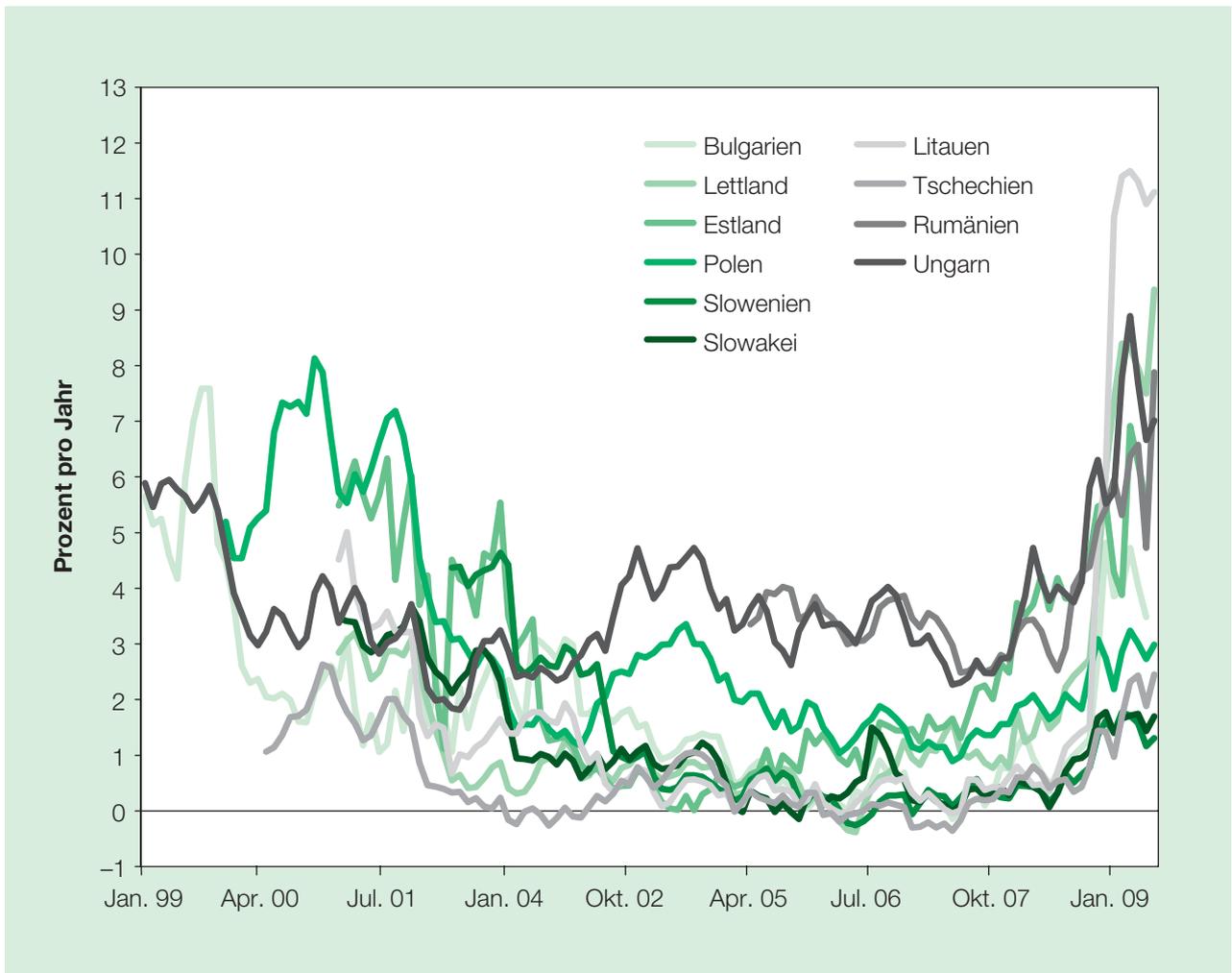
Zum anderen hat die Krise gezeigt, dass Abwertungen im Sinne von MUNDELL (1961) aus Finanzmarktperspektive kein Weg aus der Krise sind. Denn Mittel- und Osteuropa leidet an der „Erbsünde“ kleiner, fragmentierter und unterentwickelter Finanzmärkte [EICHENGREEN; HAUSMANN (1999)]: Bei geschlossenen Finanzmärkten sind die Zinsniveaus hoch; bei offenen Finanzmärkten locken hohe Zinsen Kapitalzuflüsse an. Die daraus resultierende Außenverschuldung ist grundsätzlich fremdwährungsdominiert, weil das (internationale) Vertrauen in

\* Prof. Dr. Gunter Schnabl ist Direktor des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität Leipzig.

die Stabilität der inländischen Währung gering ist. Während im Boom vor der Krise massive Kapitalzuflüsse aus dem Eurogebiet das Zinsniveau in Mittel- und Osteuropa gegen das Euro-Zinsniveau konvergieren ließen, setzte mit der Krise der Umschwung in den sicheren Hafen des Eurokapitalmarktes ein. Sowohl Länder mit festen (z. B. Lettland) als auch mit flexiblen Wechselkursen (z. B. Polen) gegenüber dem Euro (einschließlich Dänemark) müssen seither Risikoprämien bezahlen, die zum Teil als Kosten der monetären Fragmentierung zu interpretieren sind. Abbildung 1 zeigt die Spreads der mittel- und osteuropäischen Staatsanleihen gegenüber Deutschland, die mit der Krise deutlich gestiegen sind. Selbst Dänemark, dessen Währung glaubwürdig an den Euro gebunden ist, zahlt derzeit eine Risikoprämie von 25 Basispunkten. In Lettland, wo der Kollaps des Finanzsektors und eine Abwertung des Lat befürchtet werden, beträgt die Risikoprämie trotz anhaltender Wechselkursstabilität 772 Basispunkte.

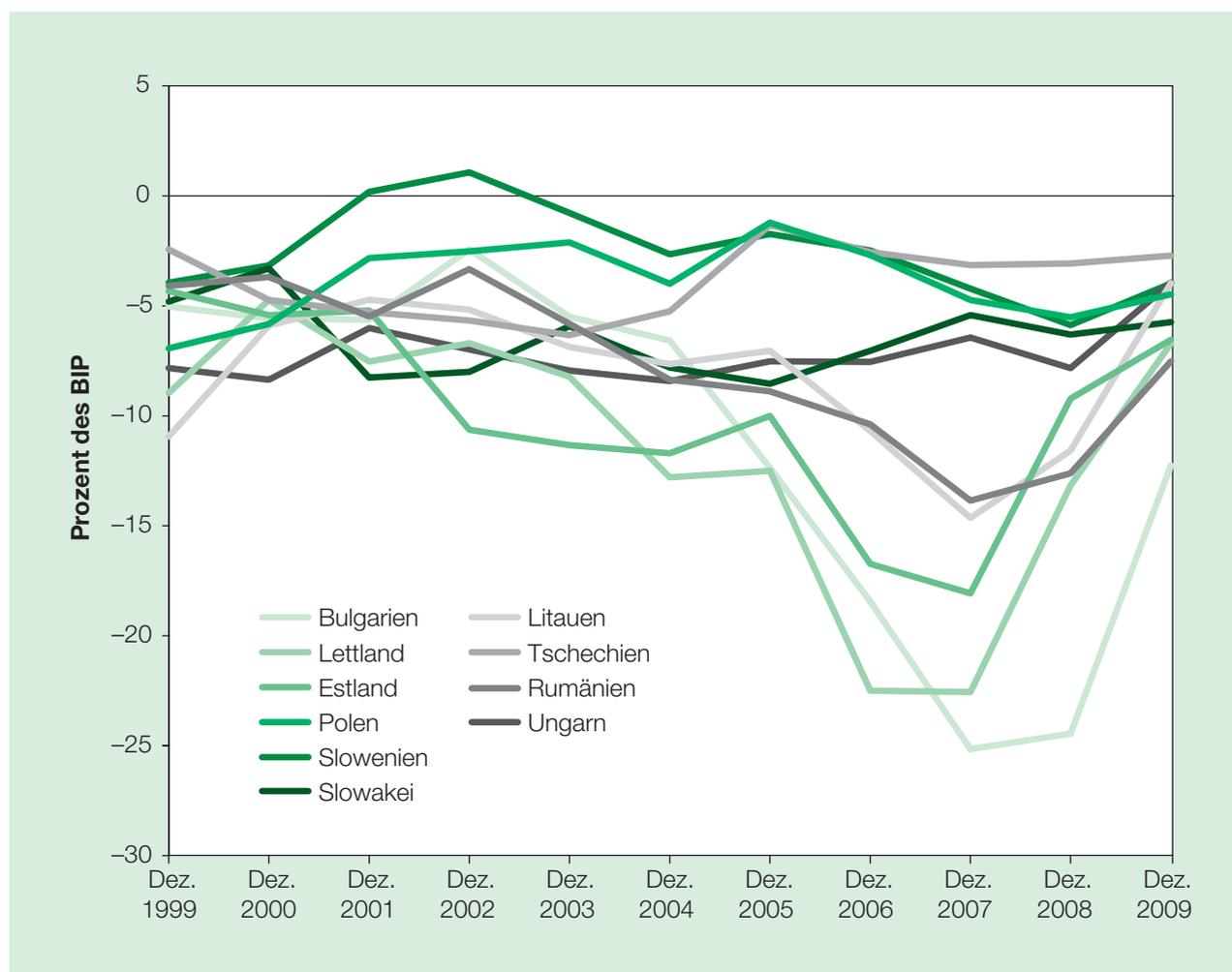
Insbesondere Lettland und Ungarn zeigen, dass in der Krise das Wechselkursrisiko wie ein Damoklesschwert über den hoch verschuldeten Ländern an der mittel- und osteuropäischen EU-Peripherie schwebt. Die unterentwickelten Kapitalmärkte stellen Sicherungsinstrumente gegen Wechselkursrisiken nicht oder nur zu hohen Preisen zur Verfügung. Die Unternehmen, Banken und Haushalte haben seit der Euroeinführung auf der Basis von hohen und nachhaltigen Leistungsbilanzdefiziten (vgl. Abb. 2) bzw. beträchtlichen Nettokapitalimporten hohe Schuldenstände in Euro, Schweizer Franken oder japanischen Yen angehäuft. Diese sind nun Zündstoff für Zahlungsunfähigkeit und Bankrott: Wertet im Verlauf der Krise die nationale Währung stark ab [was nach MUNDELL (1961) die internationale Wettbewerbsfähigkeit verbessern würde], dann inflationiert dies Schuldenstand und Schuldendienst in inländischer Währung. Das Eigenkapital von Unternehmen und Finanzinstituten wird schlagartig aufgezehrt. Es droht der Kollaps ganzer Finanzsysteme

Abbildung 1: Verzinsung 10-jähriger Staatsanleihen, Spread gegenüber Deutschland



Quelle: IWF, eigene Darstellung.

Abbildung 2: Leistungsbilanzsalden in Mittel- und Osteuropa



Quelle: IWF, eigene Darstellung.

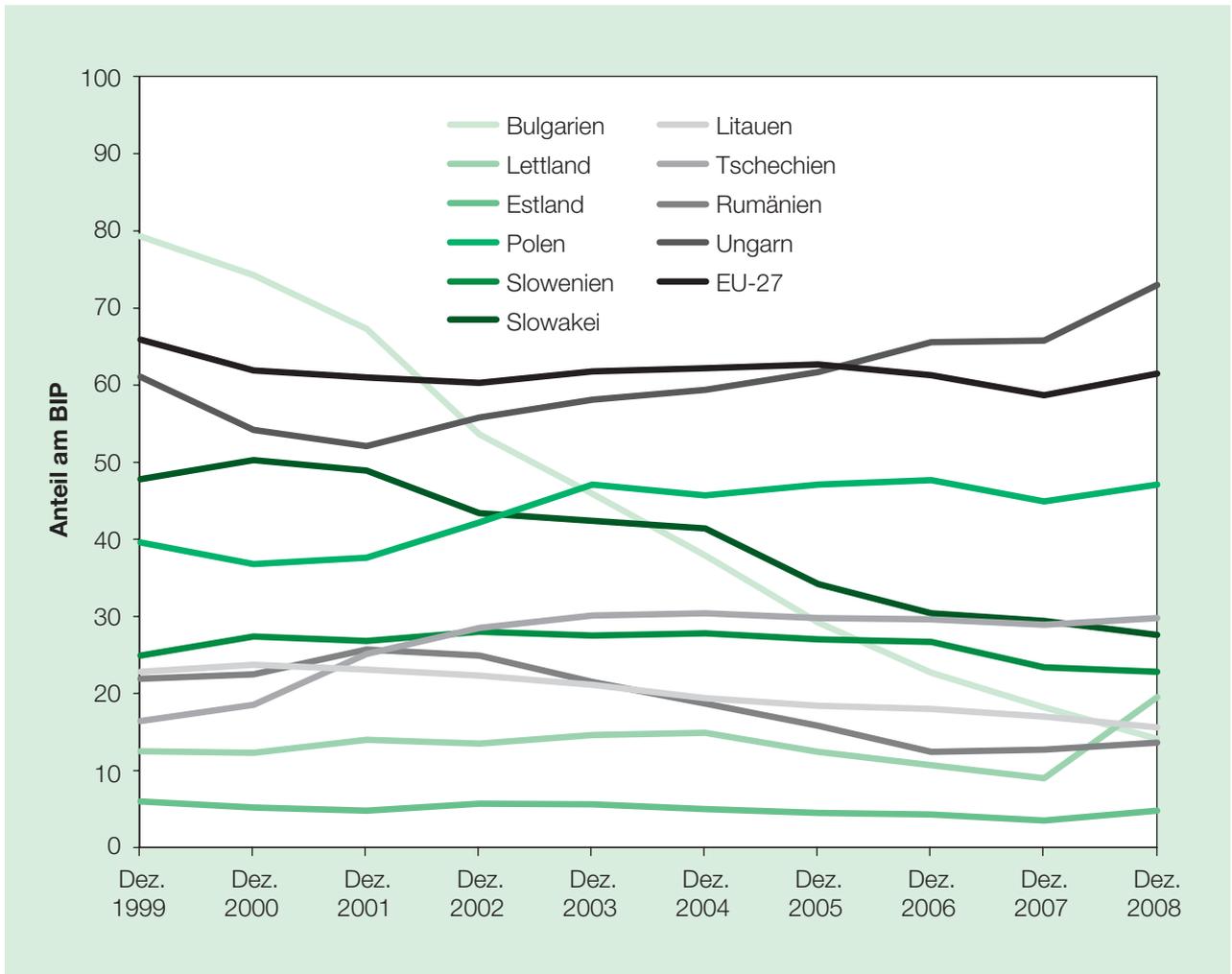
und Länder. Mit dem Beitritt zur Währungsunion würden ein stabiler Schuldenstand und ein Schuldendienst zu geringen Zinsen auf Dauer garantiert. Die Erbsünde fragmentierter Kapitalmärkte wäre abgestreift.

Der Preis ist im Sinne von MUNDRELL (1961) die Aufgabe der geldpolitischen Autonomie, die – wie im Falle Sloweniens und der Slowakei – zur EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK nach Frankfurt verlagert würde. Diese Schlussfolgerung setzt allerdings voraus, dass die Geldpolitik in der Vergangenheit stabilisierend eingesetzt wurde. Dies war in vielen mittel- und osteuropäischen Ländern jedoch – insbesondere vor dem Eintritt in die EU – oft nicht der Fall. Die Inflationsraten waren hoch und die Geldpolitiken eher Quelle von Volatilität als von Stabilität. Mit der Verlagerung von geld- und währungspolitischer Kompetenz hin zur EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK würde das Erfolgsmodell nachhaltiger geldpolitischer Stabilität auch im Osten der Union dauerhaft etabliert.

Der Euroraum würde weiter wachsen und die internationale Rolle des Euro weiter gestärkt, auch da der Dollar

international an Vertrauen zu verlieren scheint. Während die FEDERAL RESERVE zwar durch entschlossene geldpolitische Lockerung starke konjunkturelle Impulse gibt, verschwimmen die institutionellen Grenzen zwischen US-Regierung und US-Notenbank. Vor allem China und Russland als prominente Halter von Dollarreserven denken deshalb über Alternativen zum Dollar als Reservewährung nach. Russland hat sich seit dem Jahr 2005 schrittweise vom Dollar abgewendet (vgl. SCHNABL 2006). War 1999 zur Geburtsstunde des Euro die russische Währungspolitik noch zu 100% auf die US-Währung ausgerichtet, so ist der Anteil des Euro im russischen Währungskorb bis vor der Krise auf 45% gestiegen. Seit kurzem werden mehr Reserven in Euro als in Dollar gehalten. Der chinesische Zentralbankpräsident Zhou deutet mit seiner Forderung, die IWF-Sonderziehungsrechte sollten den Dollar als Weltleitwährung ablösen, in dieselbe Richtung, auch wenn China aufgrund des hohen Dollarisierungsgrades Ostasiens die Abkehr vom Dollar schwerer als Russland fallen wird.

Abbildung 3: Staatsverschuldung in Mittel- und Osteuropa als Anteil am BIP



Quelle: IWF, eigene Darstellung.

### Gefahren für die Stabilität der gemeinsamen erweiterten Währung

Obwohl die internationale Bedeutung des Euro als Fakturierungs-, Wertaufbewahrungs-, Bank-, Anker-, Interventions- und Reservewährung weiter steigen wird, bleibt die zukünftige Stabilität des Euros ungewiss, da der Druck auf die EUROPÄISCHE ZENTRALBANK hinsichtlich einer geldpolitischen Lockerung zunehmen wird. Derzeit steigt die Verschuldung in allen EU-Mitgliedsstaaten einschließlich der mittel- und osteuropäischen Staaten deutlich an (vgl. Abb. 3). Kostspielige Rettungsaktionen für Banken und Unternehmen sowie großzügige Konjunkturpakete kombiniert mit schmerzhaften Steuerausfällen werden bisher nicht bekannte Einschnitte in den öffentlichen Haushalten hinterlassen. Die Maastricht-Referenzwerte, die geschaffen wurden, um die gemeinsame Geldpolitik gegen Druck zur Inflationierung abzusichern, sind bis auf weiteres ausgesetzt. Der IWF schätzt einen

Sprung der durchschnittlichen öffentlichen Verschuldung in der EU27 auf ca. 100 %, weit über den Maastricht-Referenzwert von 60 % hinaus. Zwar waren die Verschuldungsstände in Mittel- und Osteuropa bisher aufgrund der Inflationsvergangenheit und der rasanten Wirtschaftsentwicklung gering, doch wird mit der tiefen Krise und dem erwarteten Rückgang der Kapitalzuflüsse ein deutlicher Anstieg erwartet.

Je höher die Schuldenstände der nationalen Regierungen, desto höher ist auch der Zinsdienst als Anteil an den laufenden Haushalten. Zwar ist derzeit die Zinslast trotz steigender Verschuldung für die Regierungen verträglich, da das Zinsniveau im Eurogeldmarkt historisch niedrig liegt. Steigen die Zinsen hingegen im Aufschwung wieder auf ein inflationsneutrales Niveau, dann nimmt der Druck auf die Staatsfinanzen zu. Um eine nachhaltige Konsolidierung im Sinne des Stabilitäts- und Wachstumspaktes zu erreichen, müsste das europäische Steuerniveau deutlich gehoben oder die Ausgaben,

z. B. für soziale Sicherung, schmerzhaft geschrumpft werden. Zu erwarten wären eine unzufriedene Wählerschaft und politische Instabilität.

Supranationaler Druck auf die Geldpolitik könnte von den Leistungsbilanzungleichgewichten in der Europäischen Union ausgehen. Seit Einführung des Euros bis zum Ausbruch der Krise sind die Leistungs- und Kapitalbilanzungleichgewichte innerhalb der Europäischen Union stetig gewachsen. Deutschland hatte seit der Euroeinführung, nicht zuletzt aufgrund von strikter Lohnausterität, steigende Nettokapitalexporte zu verzeichnen. Diese nährten die Leistungsbilanzdefizite und steigende internationale Verschuldung in Mittel-, Ost-, Süd- und Westeuropa. Aus dieser Perspektive hat die Integration der europäischen Kapitalmärkte erst zu den Ungleichgewichten und Instabilitäten in Europa beigetragen, die heute Ursache der Turbulenzen sind. Zu Beginn des Jahres 2009 symbolisierten steigende Risikoprämien auf die Staatsanleihen von mittel- und osteuropäischen (vgl. Abb. 1) sowie südeuropäischen Ländern, dass Zweifel an der Zahlungsfähigkeit ganzer Länder bestehen.

Die Stabilität der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften wird derzeit auf zwei Wegen sichergestellt. Zum einen kommt die Hilfe im Sinne von MUNDRELL (1973a, b) über den beschriebenen privaten Kreditkanal, der die Staatsfinanzen zunächst nicht tangiert. Erfordern die Verluste westeuropäischer Banken in Mittel- und Osteuropa jedoch staatliche Stützungsaktionen (wie z. B. in Österreich), so lässt die Krise im Osten die Staatsverschuldung im Westen steigen. Mit dem Kredit der EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK an die SCHWEDISCHE REICHSBANK, die die Finanzmittel an die im Baltikum bedrängten schwedischen Geschäftsbanken weitergab, haben die Rettungsaktionen der Geschäftsbanken erstmals eine supranationale Dimension bekommen.

Die ist bei IWF-Krediten schon längst Realität. Die Anzahl der IWF-Kredite an mittel-, ost- und südosteuropäische Länder steigt rasant. Ungarn, Lettland, Rumänien, Bulgarien und jüngst Polen haben Kredite erhalten oder stehen in Verhandlungen. Über die Grenzen der EU hinaus sind die Ukraine, Serbien, Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und Weißrussland auf öffentliche Kapitalinfusionen angewiesen. Da in der gesamten Region europäische Banken stark engagiert sind, dürfte primär der europäische Steuerzahler in die Finanzierung der Kreditlinien eingebunden werden.

Während die Kosten der Rettungsaktionen aufgrund der schwer durchschaubaren Verflechtungen der Kapitalmärkte noch ungewiss sind, wird bereits über Finanzierungsformen auf EU-Ebene nachgedacht. Nach den Vorstellungen von IWF-Chef DOMINIQUE STRAUSS-KAHN solle zur Finanzierung europäischer Kollektivgüter wie der europäischen Finanzmarktstabilität die Euro-Zone eine

gemeinsame Anleihe aufnehmen. Auch Weltbank-Chef ROBERT ZOELLICK hat die EU aufgefordert, Osteuropa unter die Arme zu greifen. Es kursieren Gerüchte, dass Notfallpläne für einen Staatsbankrott eines EU-Mitgliedstaates erarbeitet würden, obwohl ein solcher Fall in den EU-Verträgen nicht vorgesehen bzw. durch die No-Bail-Out-Klausel explizit ausgeschlossen ist. Die rechtliche Lücke könnte mit Hilfe der EUROPÄISCHEN INVESTITIONSBANK (EIB) als EU-Hausbank geschlossen werden, die am Kapitalmarkt Anleihen begeben und Kredite an zahlungsunfähige Mitgliedstaaten vergeben könnte.

Rettungsaktionen sind in der Regel mit Auflagen bezüglich fiskalischer Austerität und Reformen für die Empfängerländer verbunden. Ob es solch sanktionierbare Verfahren geben wird, um die hilfsbedürftigen Länder zur Rückzahlung der erhaltenen Kredite und zum Abbau ihrer Verschuldung zu bewegen, ist in Zeiten der Renaissance keynesianischer Hydraulik fraglich. Sollten die Kosten aus dem Ruder laufen, könnten sich finanzstarke Länder – wie immer noch Deutschland – deshalb gegen die Sozialisierung der Kosten wehren. Wenn die Rettungsaktionen unumgänglich sind, könnten gemeinschaftliche Schulden als politischer Kompromiss gesehen werden, da die Verteilung der Kosten auf einzelne Länder verlagt wird. Aus dieser Sicht könnte die von der Krise „erzwungene“ Emission von Eurobonds durch eine EU-Organisation ein erster Schritt in Richtung einer gemeinschaftlichen Finanzpolitik sein. Den nationalen Schuldenbergen würden supranationale Schulden hinzugefügt.

Historisch gesehen waren steigende nationale Schuldenstände meist mit steigender Inflation verbunden. Die Frage, ob dies auch in Europa so sein wird, ist eng mit der Diskussion um die Exit-Strategie aus der Niedrigzinspolitik der EUROPÄISCHEN ZENTRALBANK verbunden. Der politische Druck gegen eine rasche Zinserhöhung im Aufschwung könnte aus zwei Gründen hoch sein. Erstens ermutigen die historisch niedrigen Zinsen – die derzeit der Stabilisierung der europäischen Wirtschaft dienen – die Unternehmen zu Investitionen mit vergleichsweise niedrigen Renditen. Steigen die Zinsen wieder an, würden Projekte mit geringer Rendite ins Wanken gebracht und der Aufschwung nach der tiefsten Rezession der Nachkriegszeit fragil. Beispielsweise hat jüngst CHRISTINA ROMER (2009), Vorsitzende des wirtschaftlichen Beirats der Regierung Obama, vor einer frühen geld- und fiskalpolitischen Straffung gewarnt. Sie verweist auf die makroökonomische Straffung nach der Weltwirtschaftskrise, die 1937 in eine Rezession mündete. Durch die Finanzkrise „verschreckte“ Finanzinstitute, Unternehmen und Haushalte sollten nicht zu schnell durch Zinserhöhungen und Ausgabenkürzungen in Bedrängnis gebracht werden.

Im vereinigten europäischen Währungsraum ist zwar der institutionelle Rahmen der EZB stark genug, um Inflationsgefahren mit einer entschlossenen Zinserhöhung im Aufschwung nach der Krise zu umgehen, doch kann sich auch die EZB nur schwer von den weltwirtschaftlichen geldpolitischen Trends isolieren. Bleibt das Zinsniveau in den USA und Japan niedrig, dann würde der Exit aus der Niedrigzinspolitik im Euroraum zu Aufwertungsdruck auf den Euro führen. Die Exporte würden ausgebremst und die Rückkehr zum Niedrigzins quasi erzwungen.

Vieles deutet deshalb darauf hin, dass sich die asymmetrische makroökonomische Reaktion wiederholen wird, wie sie weltweit seit Dekaden zu beobachten ist (SCHNABL; HOFFMANN 2008). Die Zinserhöhungen in der Erholung nach der Krise fallen geringer aus als die Zinssenkungen während der Krise. Die Konsequenz wäre, dass das weltweite Zinsniveau – wie schon in Japan seit 1999 – nahe Null verbleibt. Ein Nullzins mag zwar als stimulierend für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung gesehen werden, er lähmt aber auf lange Frist die wirtschaftliche Dynamik, da die durchschnittliche Grenzleistungsfähigkeit der Investitionen sinkt. Eine Inflation wäre nur dann zu erwarten, wenn die überschüssige Liquidität in die Gütermärkte drängt. Wird sie hingegen in die Finanzmärkte geschleust, dann wäre eine Welle neuer Blasen und Krisen zu erwarten. In beiden Fällen würde die Stabilität des Euro geschwächt.

### Ausblick

Auch wenn die zukünftigen Inflationsraten höher und die Finanzmärkte volatiliter werden, so ist das Ziel der mittel- und osteuropäischen Staaten im europäischen monetären Integrationsprozess klarer denn je. Es basiert auf McKINNON's (1963) klassischem Argument der Offenheit. Kleine offene Volkswirtschaften, die meist über keine Tradition stabilitätsorientierter Makropolitiken verfügen, importieren über feste Wechselkurse Stabilität und senken die Transaktionskosten für den internationalen Handel. Die EU15 sind für die mittel- und osteuropäischen Staaten der wichtigste Handelspartner, und der Euro wird trotz aller Unwägbarkeiten der stabilste verfügbare internationale Anker sein.

Das Kriterium der Offenheit gewinnt im Lichte der Finanzmärkte neue Bedeutung. In einer Welt irrationaler und volatiler Finanzmärkte, deren Schockwellen die kleinen aufstrebenden Volkswirtschaften deutlich stärker

ausgesetzt sind als die tiefen Euromärkte, ist die Flucht in den sicheren Hafen angeraten. Die mittel- und osteuropäischen Staaten mit hohen Haushaltsdefiziten wie Polen und Ungarn werden deshalb einen größeren Anreiz haben, auf eine Konsolidierung nach Maßgabe der Maastrichtkriterien hinzuarbeiten. Für die baltischen Länder und Bulgarien, für die nicht die Fiskalpolitik, sondern die Inflation die größte Hürde auf dem Weg in das Eurogebiet war, bietet sich eine neue Chance. Mit dem Abflauen der Inflation in der Krise scheint sich ein Weg in das Eurogebiet zu bahnen.

Mit einer steigenden Anzahl der Mitglieder im Eurogebiet könnten jedoch aufgrund der steigenden Heterogenität auch die Zinsentscheidungen innerhalb des Europäischen Zentralbankrates kontroverser werden. Es ist zu hoffen, dass der stabilitätsorientierte institutionelle Rahmen Bestand haben wird und der Zins in der Eurozone auf einen inflationsneutralen Pfad zurückkehren wird, auch wenn sich mit der jüngsten Weltwirtschafts- und Finanzkrise die langfristige Perspektive für nachhaltiges Wachstum deutlich verschlechtert hat.

### Literatur

- EICHENGREEN, B.; HAUSMANN, R. (1999): Exchange Rates and Financial Fragility. In: NBER Working Paper 7418.
- McKINNON, R. (1963): Optimum Currency Areas. In: *American Economic Review* 53; S. 717–725.
- MUNDELL, R. (1961): A Theory of Optimal Currency Areas. In: *American Economic Review* 51, 4; S. 657–665.
- MUNDELL, R. (1973a): A Plan for a European Currency. In: *The Economics of Common Currencies*, herausg. von Johnson, H.; Swoboda, A.
- MUNDELL, R. (1973b): Uncommon Arguments for Common Currencies. In: *The Economics of Common Currencies*, herausg. von Johnson, H.; Swoboda, A.
- ROMER, CH. (2009): The Lessons of 1937. In: *Economist*, 18. Juni 2009.
- SCHNABL, G. (2006): The Russian Currency Basket: Recent Developments in Russia's Exchange Rate Policies and the Role of the Euro. In: *Intereconomics* 40, 3; S. 135–141.
- SCHNABL, G.; HOFFMANN, A. (2008): Monetary Policy, Vagabonding Liquidity and Bursting Bubbles in New and Emerging Markets – An Overinvestment View. In: *The World Economy* 31, 9; S. 1.226–1.252.

# Fakturierung im sächsischen Außenhandel

Udo Broll und Frank Fuchs\*

## Sächsischer Außenhandel und Wahl der Währung

Die ökonomische Entwicklung im Freistaat Sachsen wird in erheblichem Maße vom Außenhandel geprägt. Die Exportquote – definiert als Relation des Exportwertes am nominalen Bruttoinlandsprodukt – lag im Jahr 2007 bei 25,3%. Für die gesamte Bundesrepublik belief sich die Exportquote auf rund 40% [vgl. SMWA (2008), S. 7]. Abbildung 1 zeigt die Aufteilung der sächsischen Ausfuhren nach ausgewählten Bestimmungsländern. Es wird deutlich, dass knapp 60% der sächsischen Warenexporte in Mitgliedsländer der EUROPÄISCHEN UNION (EU) geliefert wurden, wobei von diesem Anteil wiederum 58,4% auf Staaten der EUROPÄISCHEN WÄHRUNGUNION (EWU) entfielen. Im Zuge der fortschreitenden Globalisierung sind jedoch auch die außenwirtschaftlichen Beziehungen des Freistaates Sachsen zu Staaten außerhalb des Europäischen Binnenmarktes von zunehmender Bedeutung. Auslandsreisen von Repräsentanten der sächsischen Staatsregierung mit Vertretern der heimischen Wirtschaft, beispielsweise in diesem Jahr in die Russische Föderation oder nach Kanada, zeigen den hohen Stellenwert der wirtschaftlichen Beziehungen des Freistaates Sachsen zu Staaten außerhalb der EU. Die Handelsbeziehungen der sächsischen Exporteure mit diesen Staaten können von erheblichen Wechselkursrisiken begleitet sein.

In diesem Zusammenhang ist die Frage von Bedeutung, in welcher Währung ein sächsischer Exporteur den Preis für gehandelte Waren (und zunehmend auch Dienstleistungen) setzt [vgl. auch EUROPEAN COMMISSION (2008), FENDEL/FRENKEL/SWONKE (2008)]. Diese Frage wurde in dieser Zeitschrift bereits aus einer theoretischen Perspektive beleuchtet [vgl. BROLL/FUCHS/WAHL (2007)]. Im Jahr 2007 belief sich der Exportwert mit Nicht-EU-Staaten auf rund 10 Mrd. €, bei einem Gesamtwert der sächsischen Exporte von rund 23,4 Mrd. €. Das untere Kreisdiagramm in Abbildung 1 zeigt bedeutende Abnehmerländer sächsischer Waren außerhalb der EU. Der Haupthandelspartner Sachsens im Export, die USA, hatte einen Anteil von rund 18% am gesamten Exportwert mit Nicht-EU-Staaten. Mehr als ein Drittel der Exporte entfielen auf Staaten im asiatischen Raum. Die Schweiz und die Russische Föderation mit jeweils knapp 7% sind gleichfalls wichtige Handelspartner der sächsischen Volkswirtschaft.

Dieser Beitrag hat das Ziel, amtliche Zahlen zu den verwendeten Währungen sächsischer Exporteure bei

Handelstransaktionen mit Staaten außerhalb der EU (sog. Extra-EU-Handel) vorzustellen und vor dem Hintergrund der regionalen und sektoralen Struktur der sächsischen Ausfuhren auszuwerten.<sup>1</sup> Zu diesem Zweck werden die Ergebnisse einer Stichprobenerhebung des HAUPTZOLLAMTES DRESDEN vorgestellt. Nach bisherigem Wissensstand wurde das Preissetzungsverhalten auf lokaler Ebene noch nicht näher untersucht.

## Ergebnisse der Stichprobenerhebung

Basis der vorliegenden Auswertung bilden Zahlen des HAUPTZOLLAMTES DRESDEN.<sup>2</sup> Im Rahmen einer Stichprobenerhebung wurden mehr als 2000 zufällig zusammengestellte Ausfuhranmeldungen von überwiegend kleinen und mittelständischen Exportunternehmen ausgewertet, die in den Verantwortungsbereich des HAUPTZOLLAMTES DRESDEN fallen. Der Verantwortungsbereich umfasst die Landkreise Kamenz, Meißen, Riesa/Großenhain, Sächsische Schweiz und Weißeritzkreis sowie die Stadt Dresden. Da die EU seit 1968 eine Zollunion mit einem gemeinsamen Zolltarif an der Außengrenze ist, müssen Warensendungen in Nicht-EU-Staaten mit einem Wert von mindestens 1.000 € über den Zoll angemeldet werden [vgl. STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2009), S. 3]. In Tabelle 1 sind die ausgewerteten Ausfuhrerklärungen nach Währungen aufgeschlüsselt. Im Jahr 2007 wurden danach 77,8% der sächsischen Ausfuhren in Staaten außerhalb des Europäischen Binnenmarktes in der heimischen Währung Euro fakturiert. Der US-Dollar war mit knapp 20% die wichtigste Fremdwährung. Knapp 2% aller Ausfuhrerklärungen lauteten auf Schweizer Franken.

Interessante Erkenntnisse ergeben sich, wenn die Angaben des Hauptzollamtes zu den Bestimmungsländern der Ausfuhren mit berücksichtigt werden. So findet der Euro beispielsweise keine Verwendung bei Exporttransaktionen mit den USA. Die auf US-Dollar lautenden Ausfuhrerklärungen bezogen sich ausschließlich auf Exporttransaktionen mit den USA, mit Mexiko sowie mit Hongkong. Bei den auf Schweizer Franken, Norwegische Krone und Japanischen Yen lautenden Ausfuhrerklärungen

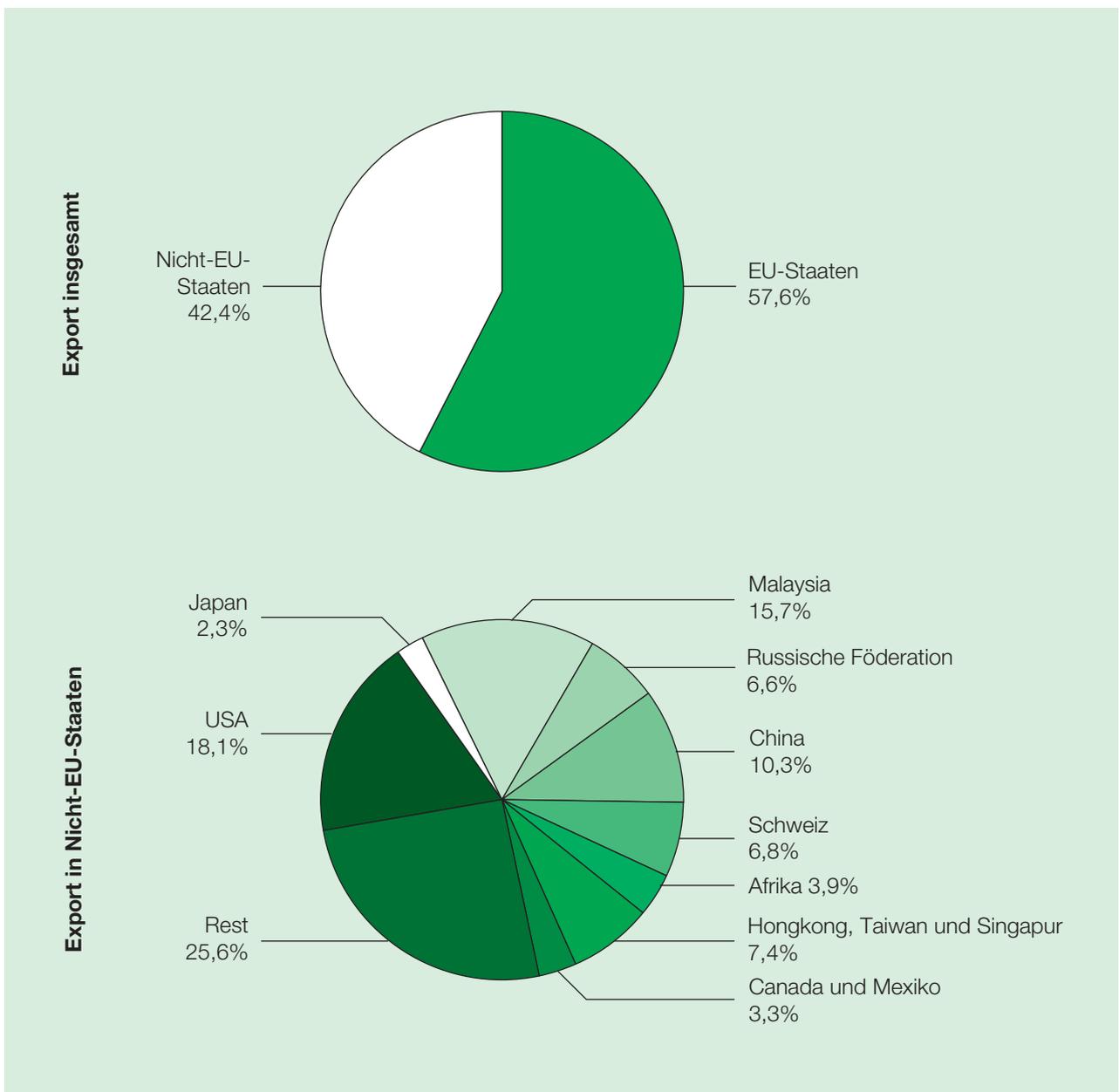
\* Prof. Dr. Udo Broll ist Inhaber des Lehrstuhls für Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der TU Dresden. Diplom-Volkswirt Frank Fuchs arbeitet als Doktorand an diesem Lehrstuhl.

Tabelle 1: Verwendete Währungen im sächsischen Export (Extra-EU-Handel)

Währung	Anzahl der Ausfuhranmeldungen
Euro	1.903
US-Dollar	495
Schweizer Franken	38
Pfund Sterling	4
Norwegische Krone	3
Japanischer Yen	2

Quelle: Hauptzollamt Dresden.

Abbildung 1: Regionale Struktur der sächsischen Exporte



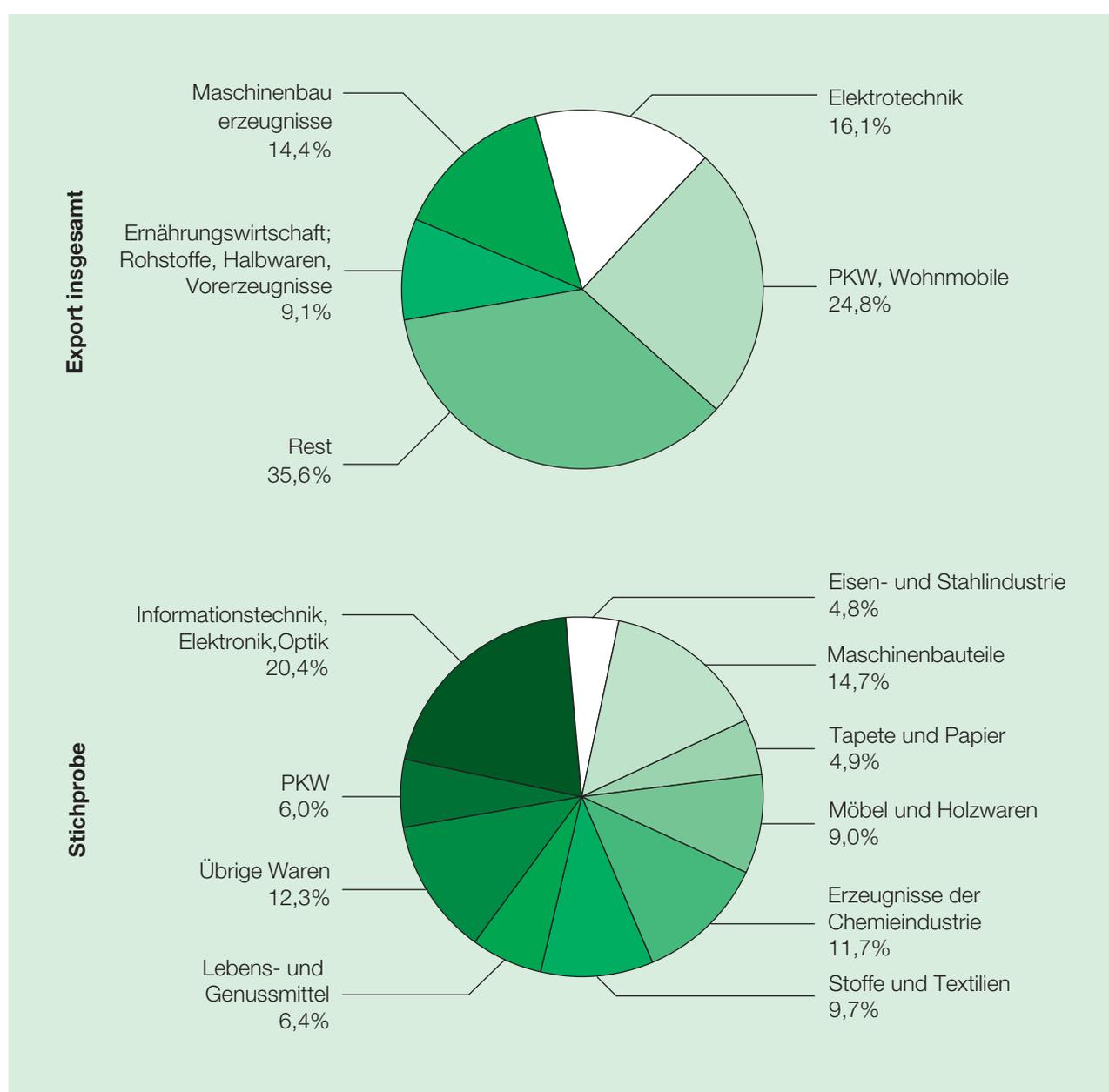
Quelle: Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (2009), eigene Darstellung.

stimmt die Währung jeweils mit dem Bestimmungsland überein.

In theoretischen Studien zur Währungswahl im Außenhandel wird der Spezialisierungsgrad der gehandelten Güter als eine wichtige Determinante genannt. Ein Blick auf die sektorale Struktur der sächsischen Ausfuhren zeigt, dass vorwiegend Investitionsgüter, wie etwa Erzeugnisse des Maschinenbaus, Kraftfahrzeuge und Elektrotechnik ins Ausland geliefert werden. Diese Wirtschaftszweige zählen zu den Struktur bestimmenden Branchen im Freistaat Sachsen [vgl. IMREG (2005), S. 15]. Das untere Kreisdiagramm in der Abbildung 2 zeigt die

Aufteilung der ausgewerteten Ausfuhrerklärungen nach Branchen. Mehr als 40% der Exporte entfielen danach auf die Bereiche Informationstechnik, Elektronik, Optik, Maschinenbauteile sowie PKW. Eine mögliche Erklärung für die starke Verwendung des Euro als Währung könnte sein, dass es sich bei den exportierten Waren um stark spezialisierte Güter mit geringer Substitutionselastizität handelt. Befragungen sächsischer Unternehmen haben gezeigt, dass primär hochwertige und kundenindividuell gefertigte Güter auf den ausländischen Märkten nachgefragt werden [vgl. SCHMALHOLZ (2005), S. 5]. Der hohe Spezialisierungsgrad, oftmals in Verbindung mit einem

**Abbildung 2: Sektorale Struktur der sächsischen Exporte**



Quelle: Hauptzollamt Dresden, eigene Darstellung.

Qualitätsvorsprung, verleiht den sächsischen Exporteuren eine relativ starke Marktposition, die eine Preissetzung in der heimischen Währung Euro erlaubt.

### Fazit

Dieser Beitrag hat einen Einblick in die Währungsverwendung im sächsischen Export mit Nicht-EU-Staaten vermittelt. Ein zentrales Ergebnis ist die starke Verwendung der heimischen Währung Euro bei Exporttransaktionen des Freistaates Sachsen mit Staaten außerhalb des Europäischen Binnenmarktes. Mehr als drei Viertel der sächsischen Ausfuhren wurden nach den Ergebnissen der ausgewerteten Stichprobe in Euro fakturiert. Der US-Dollar als Zahlungsmittel des wichtigsten Handelspartners des Freistaates auf der Exportseite war mit rund 20% die wichtigste Fremdwährung zur Preissetzung. Interessanterweise fand der Euro keine Verwendung als Fakturierungswährung bei Exporttransaktionen mit den USA. Ein geringer Teil der ausgewerteten Ausfuhrklärungen lautete auch auf die Währungen Schweizer Franken, Japanischer Yen und Norwegische Krone. Das große Gewicht von Investitionsgütern im sächsischen Export, die einen starken Spezialisierungsgrad aufweisen, ist eine Erklärung für die starke Verwendung des Euro im Außenhandel der sächsischen Volkswirtschaft.

### Literatur

BROLL, U.; F. FUCHS; J. E. WAHL (2007): Fakturierung im Außenhandel. In: ifo Dresden berichtet, Heft 3/2007, 14. Jg.; S. 23–28.

EUROPEAN COMMISSION (Hrsg.) (2008): Hedging and Invoicing Strategies to Reduce Exchange Rate Exposure: An Euro-Area Perspective. Economic Papers 299, January.

FENDEL, R.; M. FRENKEL; C. SWONKE (2008): Local Currency Pricing versus Producer Currency Pricing: Direct Evidence from German Exporters. In: German Economic Review 9 (2); S. 160–179.

IMREG – INSTITUT FÜR MITTELSTANDS- UND REGIONALENTWICKLUNG (2005): Wettbewerbsfaktor Export – Stärkung der Marktposition der sächsischen Industrie durch Steigerung des überregionalen Absatzes.

SCHMALHOLZ, H. (2005): Und es gibt sie doch in der sächsischen Industrielandschaft: Mini-Leuchttürme und Mini-Global-Player. In: ifo Dresden berichtet, Heft 2/2005, 12. Jg.; S. 3–8.

SMWA – SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR WIRTSCHAFT UND ARBEIT (2008): Standort Sachsen im Vergleich mit anderen Regionen.

STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (2009): Außenhandel des Freistaates Sachsen 2007, endgültige Ergebnisse. In: Statistische Berichte G III 2.

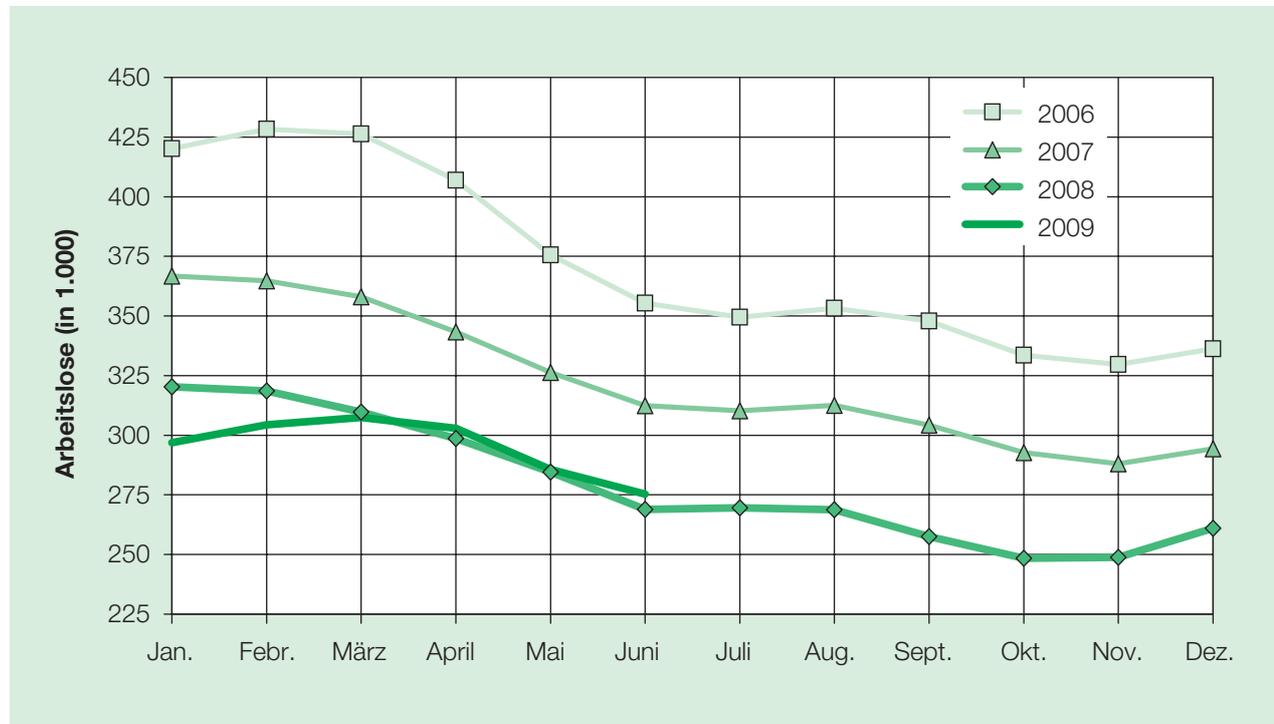
<sup>1</sup> Alle Zahlen beziehen sich auf das Jahr 2007, da für die jüngere Vergangenheit noch keine endgültigen Zahlen der amtlichen Statistik zum sächsischen Außenhandel vorliegen.

<sup>2</sup> Die Untersuchung wurde von Diplom-Volkswirt Frank Fuchs im Rahmen seiner im Dezember 2008 fertig gestellten Dissertation „Exportpreissetzung im Außenhandel“ angeregt.

# Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

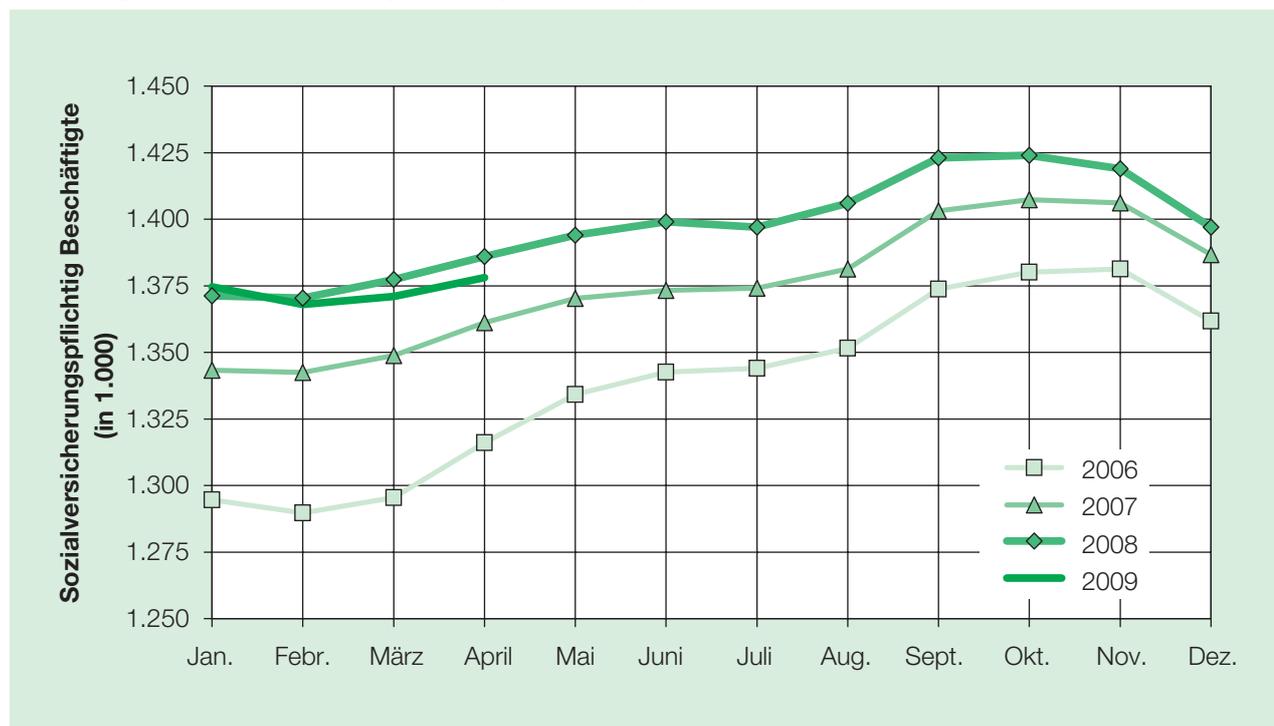
sk

Abbildung 1: Arbeitslose in Sachsen (2005 bis 2009)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Abbildung 2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Sachsen (2005 bis 2009)



Quelle: Statistik der Bundesagentur für Arbeit.

Tabelle 1: Arbeitsmarktentwicklung im Vergleich

Beschäftigung und Zweiter Arbeitsmarkt (in 1.000 Personen)									
	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte <sup>a</sup>			Gemeldete Stellen <sup>b</sup>			Beschäftigungsbegleitende Leistungen <sup>c</sup>		
	Apr. 2009	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Juni 2009	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Juni 2009	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	732	727	730	7,5	7,4	7,8	17,8	18,1	19,2
Mecklenburg-Vorp.	513	505	512	5,9	6,2	6,8	12,4	12,6	14,5
Sachsen	1.378	1.371	1.385	13,5	13,7	17,5	32,2	33,0	36,6
Sachsen-Anhalt	739	735	737	7,7	7,9	8,3	18,9	19,1	20,4
Thüringen	721	717	729	8,1	8,1	10,7	16,4	16,6	18,4
D Ost (mit Berlin)	5.186	5.157	5.167	51,0	51,9	60,4	120,1	121,9	130,7
D West (ohne Berlin)	22.216	22.199	22.165	247,1	248,0	360,4	237,6	239,3	234,5
D gesamt	27.402	27.356	27.332	298,0	299,8	420,8	357,7	361,2	365,2

Arbeitslosigkeit									
	Arbeitslose (in 1.000 Personen)			Arbeitslosenquote <sup>d</sup> (in %)			Langzeitarbeitslose <sup>e</sup> (in % der Arbeitslosen)		
	Juni 2009	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Juni 2009	Vor-monat	Vor-jahres-monat	Juni 2009	Vor-monat	Vor-jahres-monat
Brandenburg	163	168	169	12,2	12,6	12,6	34,0	33,4	43,0
Mecklenburg-Vorp.	114	119	118	13,1	13,6	13,5	25,9	25,2	33,8
Sachsen	275	286	269	12,8	13,3	12,4	32,8	32,0	43,0
Sachsen-Anhalt	168	172	172	13,6	14,0	13,8	33,0	32,7	43,8
Thüringen	136	141	129	11,4	11,8	10,8	29,0	28,5	40,1
D Ost (mit Berlin)	1.091	1.124	1.086	12,9	13,3	12,7	31,8	31,3	40,7
D West (ohne Berlin)	2.319	2.334	2.074	6,9	6,9	6,2	28,8	28,6	38,6
D gesamt	3.409	3.458	3.160	8,1	8,2	7,5	29,8	29,5	39,3

a) Die Zahlen zur Beschäftigung werden mit zweimonatiger Verzögerung veröffentlicht. – b) Gemeldete Stellen nur für ungeforderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen. Als gemeldete Stellen gelten der Bundesagentur für Arbeit gemeldete und zur Vermittlung freigegebene Stellen mit einer vorgesehenen Beschäftigungsdauer von mehr als 7 Kalendertagen. – c) Ab dem Heft 5/2008 von „ifo Dresden berichtet“ werden aufgrund fehlender Datenaktualisierungen der amtlichen Statistik die Werte der „Beschäftigungsbegleitenden Leistungen“ ausgewiesen. Diese umfassen die „Förderung abhängiger Beschäftigung“ sowie die „Förderung der Selbständigkeit“. Die Werte sind nicht mit Angaben früherer Hefte zur „Direkten Förderung regulärer Beschäftigung“ vergleichbar. – d) In % der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – e) Als Langzeitarbeitslose gelten alle Personen, die am jeweiligen Stichtag der Zählung 1 Jahr und länger bei den Arbeitsagenturen arbeitslos gemeldet waren. Angaben ohne zugelassene kommunale Träger (Optionskommunen), da für diese bisher keine vollständigen Daten zu Langzeitarbeitslosen vorliegen.

Quellen: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des ifo Instituts.

# Ausgewählte Ergebnisse aus dem ifo Konjunkturtest

gv

## Geschäftsklima in der gewerblichen Wirtschaft Sachsens

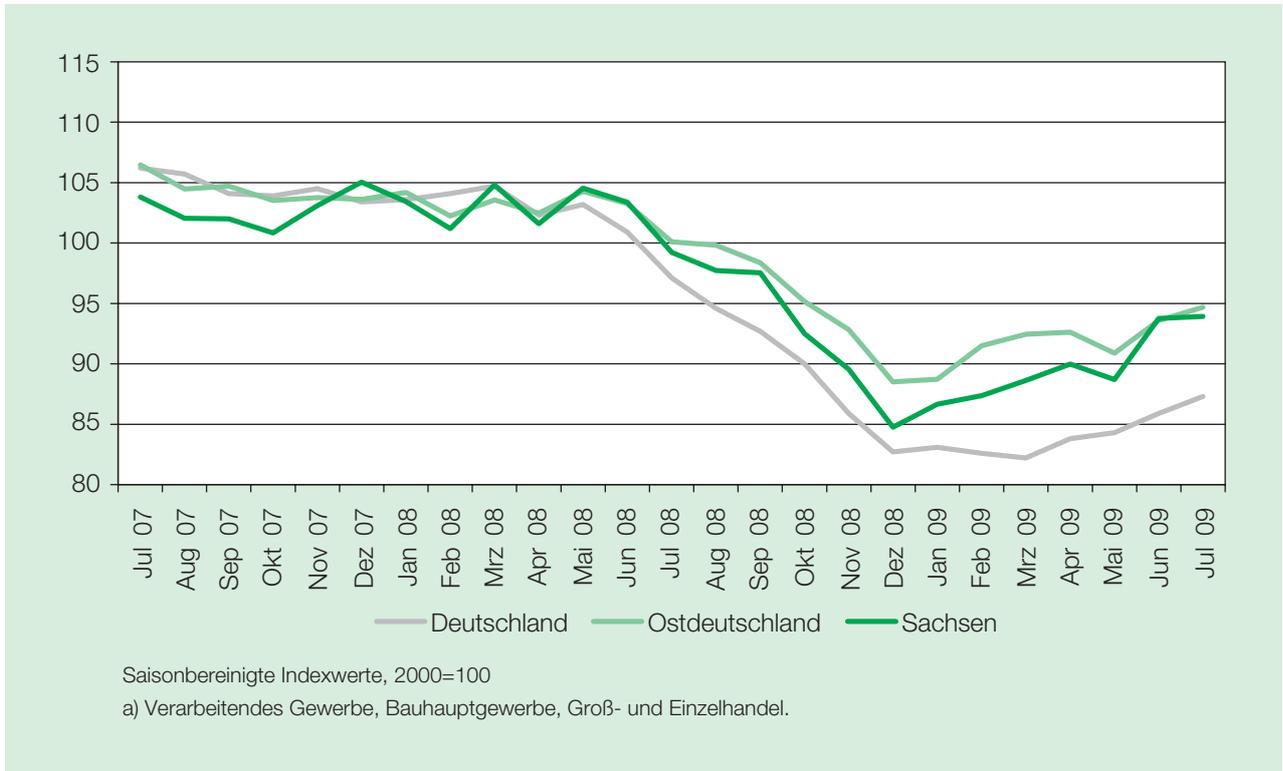
Zur Jahresmitte 2009 hat sich das Geschäftsklima weiter aufgehellt. Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft Deutschlands ist von 85,9 Indexpunkten im Juni auf 87,3 Indexpunkte im Juli gestiegen (vgl. Abb. 1). In der gewerblichen Wirtschaft Sachsens hat sich die Stimmung ebenfalls verbessert – allerdings weniger stark als im Bundestrend. Die vom ifo Institut befragten sächsischen Unternehmen haben ihre Lage im Vergleich zum Vormonat per saldo zwar etwas negativer beurteilt, in Hinblick auf die zukünftige Geschäftsentwicklung hat sich die allgemeine Skepsis jedoch erneut vermindert. Nach einem konjunkturell sehr schwierigen ersten Halbjahr scheint die Wirtschaft allmählich wieder Tritt zu fassen.

## Schwerpunkt: Entwicklung im verarbeitenden Gewerbe Sachsens

Im sächsischen verarbeitenden Gewerbe hat sich das Geschäftsklima – entgegen dem allgemeinen Trend – im Juli leicht eingetrübt (Vgl. Abb. 2). Ausschlaggebend hierfür waren die Meldungen zur aktuellen Lage, die im Vormonatsvergleich von den Unternehmen insgesamt häufiger mit „schlecht“ beurteilt wurde. Die Geschäfts-

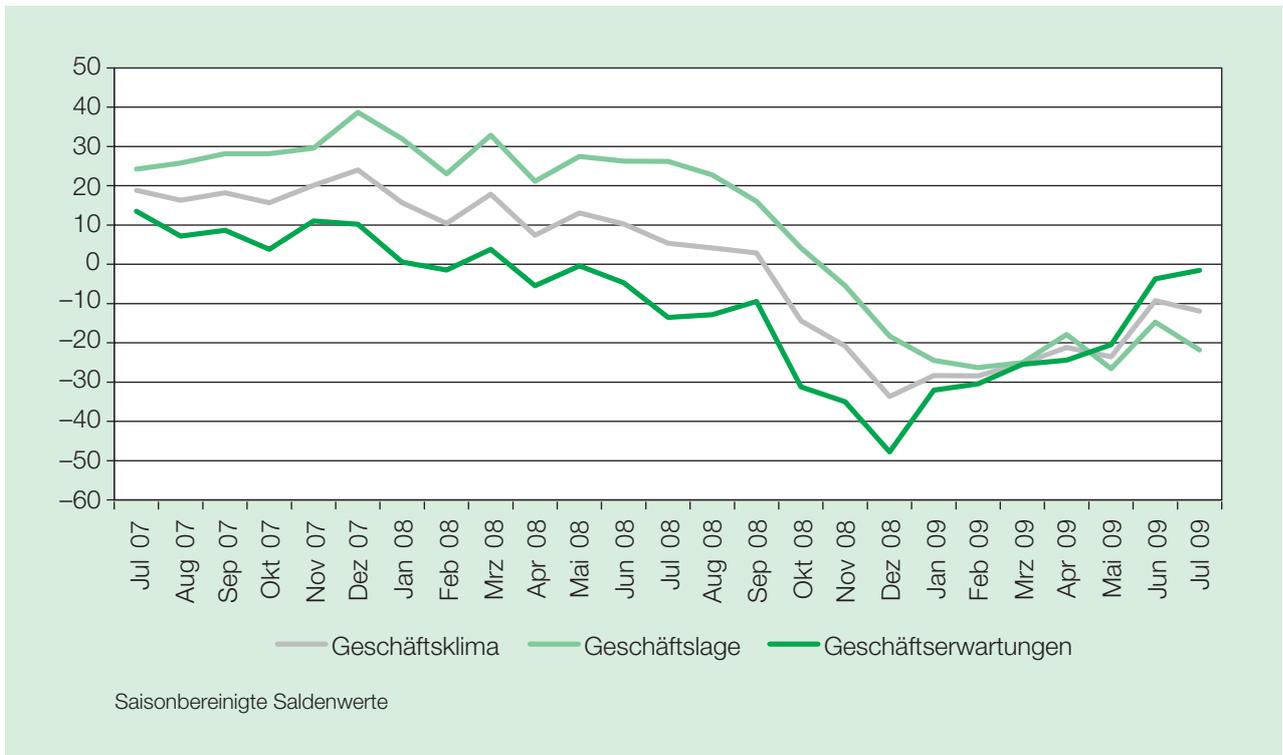
aussichten tendieren allerdings weiterhin nach oben. Gegenwärtig halten sich die Meldungen von Firmen, die in den nächsten sechs Monaten mit einer Verbesserung der Geschäftslage rechnen, und die Meldungen von solchen, die eine Lageverschlechterung erwarten, in etwa die Waage. Auch in Hinblick auf die Exporterwartungen war jüngst eine Verbesserung feststellbar. So rechnen die Umfrageteilnehmer erstmals seit September 2008 wieder mehrheitlich mit einer Zunahme des Exportgeschäfts. Die durchschnittliche Kapazitätsauslastung lag im Juli bei 73,3 % und damit 11,3 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Im Vergleich zum Wert der letzten Befragung (April 2009: 73,8 %) war jedoch nur noch ein geringer Rückgang zu verzeichnen. Dies lässt sich als ein Indiz dafür interpretieren, dass sich das Tempo des Produktionsrückgangs zuletzt deutlich verringert hat. Der Umsatz der Betriebe im sächsischen verarbeitenden Gewerbe ist nach Angaben der amtlichen Statistik in den ersten vier Monaten dieses Jahres nominal um 23 % unter den Wert vor Jahresfrist gesunken. In den nächsten Monaten dürfte sich die Umsatzentwicklung bei einer leichten Belebung des Exportgeschäfts etwas festigen. Das ifo INSTITUT geht in seiner aktuellen Konjunkturprognose davon aus, dass die Bruttowertschöpfung des sächsischen verarbeitenden Gewerbes über das gesamte Jahr betrachtet preisbereinigt in einer Größenordnung von 17 % zurückgehen wird.

**Abbildung 1: Geschäftsklimaindex  
Gewerbliche Wirtschaft<sup>a</sup> Deutschlands, Ostdeutschlands und Sachsens im Vergleich**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Abbildung 2: Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe Sachsens und seine Komponenten  
die Geschäftslage- und Geschäftserwartungssalden**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

**Tabelle 1: Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest  
Deutschland, Ostdeutschland und Sachsen im Vergleich**

Region	Deutschland		Ostdeutschland		Sachsen	
	2Q2009	1Q2009	2Q2009	1Q2009	2Q2009	1Q2009
<b>Verarbeitendes Gewerbe</b>						
Auftragsbestand in Monaten <sup>a</sup>	2,3	2,5	2,9	2,8	2,7	2,9
Kapazitätsauslastung in Prozent <sup>a</sup>	71,3	76,4	73,2	73,5	73,8	73,8
Exportgeschäft Erwartungen <sup>b</sup>	-19,5	-30,4	-7,6	-13,2	-10,6	-15,0
Beschäftigtenzahl Erwartungen <sup>b</sup>	-35,0	-32,6	-24,5	-26,3	-21,4	-28,8
Verkaufspreise Erwartungen <sup>b</sup>	-10,3	-11,7	-9,1	-11,1	-16,8	-13,4
<b>Bauhauptgewerbe</b>						
Auftragsbestand in Monaten <sup>a</sup>	2,4	2,5	2,2	2,1	2,0	2,2
Kapazitätsauslastung in Prozent <sup>a</sup>	68,8	66,8	73,6	67,2	75,5	66,0
Beschäftigtenzahl Erwartungen <sup>b</sup>	-20,5	-15,1	-19,1	-8,5	-17,9	-5,4
Baupreise Erwartungen <sup>b</sup>	-23,0	-24,2	-15,8	-19,0	-13,2	-10,5
<b>Großhandel</b>						
Umsatz gegen Vorjahr <sup>b</sup>	-30,3	-33,0	-41,7	-33,7	-46,0	-32,0
Bestellpläne <sup>b</sup>	-36,0	-35,8	-31,6	-28,4	-43,3	-35,5
Verkaufspreise Erwartungen <sup>b</sup>	0,6	-4,0	10,6	5,6	21,9	3,2
<b>Einzelhandel</b>						
Umsatz gegen Vorjahr <sup>b</sup>	-2,3	-11,7	-18,3	-22,0	-23,7	-32,3
Bestellpläne <sup>b</sup>	-27,3	-30,5	-27,0	-27,9	-30,0	-32,0
Verkaufspreise Erwartungen <sup>b</sup>	1,6	0,4	10,0	11,5	12,4	0,0

Die Angaben basieren auf saisonbereinigten Werten (Ausnahme: Umsatz gegen Vorjahr). – a) Durchschnitte. – b) Salden der Prozentanteile von positiven und negativen Unternehmensmeldungen.

Quelle: ifo Konjunkturtest.

## ifo Veranstaltungen

Am **1. Juli 2009** fand in den Räumen der ifo Niederlassung Dresden das **Pressegespräch zu „Wirtschaftsperspektiven und Konjunktur für Ostdeutschland und Sachsen“** statt. Ausgehend von der Konjunkturprognose für Gesamtdeutschland, welche am 23. Juni 2009 im Rahmen der ifo Jahreshauptversammlung in München herausgegeben wurde, stellte die ifo Niederlassung Dresden die Prognose zur Konjunkturentwicklung in Ostdeutschland und Sachsen für 2009/10 vor.

Im Anschluss an das Pressegespräch tagte am **1. Juli 2009** der **Arbeitskreis Konjunkturbeobachtung Sachsen** in der ifo Niederlassung Dresden. Im Rahmen dieser Veranstaltung wurden verschiedene Aspekte der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und die neuesten

Konjunkturprognosen des ifo Instituts präsentiert und diskutiert. Zu den Teilnehmern des Arbeitskreises gehören unter anderem Vertreter des Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit, des Statistischen Landesamtes, des IAB, der Bundesbank, der sächsischen Fachverbände und Kammern sowie der Creditreform.

Am **26. und 27. Juni 2009** fand in der ifo Niederlassung Dresden der **Workshop zum Thema „Soziale Infrastruktur in föderalen Systemen“** statt. Dieser wurde gemeinsam mit dem Kompetenzzentrum für Finanzwissenschaft (CEPE) der Technischen Universität Dresden im Rahmen des DFG-Schwerpunktprogramms „Institutionelle Gestaltung föderaler Systeme: Theorie und Empirie“ organisiert.

## ifo Vorträge

Joachim Ragnitz, stellvertretender Geschäftsführer der ifo Niederlassung Dresden, hielt am **10. Juni 2009** auf dem 7. Personalforum der IHK Südwestsachsen in Chemnitz einen Plenarvortrag zum Thema: „Sachsen im internationalen Wettbewerb um hochqualifizierte Fachkräfte für Wirtschaft und Wissenschaft“.

Johannes Steinbrecher, Doktorand am ifo Institut, Niederlassung Dresden, hielt ebenfalls am **10. Juni 2009** einen Vortrag zum Thema: „Die Finanzkrise in den neuen Bundesländern“ im Rahmen der Podiumsdiskussion „Fass ohne Boden? Internationale Finanzmärkte und die Krise – Auswirkungen, Chancen und Regulierungsmöglichkeiten“ bei der Friedrich-Ebert-Stiftung in Erfurt.

Am **12. Juni 2009** nahm Joachim Ragnitz an der Frühjahrstagung der Agrarsozialen Gesellschaft e.V. in Sten-

dal, mit dem Motto „20 Jahre nach der Wende – Was haben wir erreicht? Was bleibt zu tun?“, teil. Dort hielt er einen Vortrag zum Thema: „Ungleiche Lebensverhältnisse zwischen Ost und West – ein Dauerbrenner auch für die nächsten Jahre?“ Am **18. Juni 2009** nahm Joachim Ragnitz an einer vom Ostdeutschen Bankenverband organisierten Podiumsdiskussion in Berlin zum Thema: „Globale Finanz- und Wirtschaftskrise – Ruin oder Renaissance der Sozialen Marktwirtschaft?“ teil.

Beate Schirwitz, Doktorandin am ifo Institut, Niederlassung Dresden, präsentierte am **24. Juni 2009** im Rahmen des IHK Dresden Workshops „Erfahrungen mit Unbedenklichkeitsbescheinigungen“ die Ergebnisse der ifo Dresden Studie 47: „Erstellen von Unbedenklichkeitsbescheinigungen im Bereich der öffentlich geförderten Beschäftigung“.

## ifo Veröffentlichungen

Hau, H. und Thum, M. (2009): Subprime Crisis and Board (In-)Competence: Private vs. Public Banks in Germany, Economic Policy, erscheint demnächst.

Hau, H.; Steinbrecher, J. und Thum, M.: Finanzmarkt-kompetenz dringend gesucht. In: Der Aufsichtsrat vom 15.05.2009, Heft 05; S. 72–73.

Ragnitz, J. (2009): Finanzpolitik in den neuen Ländern: Fortbestehende Konsolidierungserfordernisse. In: Vogel, B.

(Hrsg.), Standort: Neue Länder, Sankt Augustin/Berlin; S. 113–127.

Ragnitz, J. (2009): Demografische Entwicklung in Ostdeutschland: Tendenzen und Implikationen. In: DIW Vierteljahreshfte zur Wirtschaftsforschung, Heft 2/2009, Berlin; S. 110–121.

## ifo intern

Die Niederlassung Dresden des ifo Instituts begrüßt ganz herzlich **Anna Montén**, M. Sc., als neue wissenschaftliche Mitarbeiterin und Doktorandin. Zuvor war sie Stipendiatin am Leibniz Institut für ökologische Raumentwicklung.

**Gerit Vogt**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut, Niederlassung Dresden, schloss am 10. Juli 2009 sein Promotionsverfahren an der TU Dresden erfolgreich ab. Er befasste sich in seiner Dissertation mit dem Thema: „Konjunkturprognose in Deutschland. Ein Beitrag zur Prognose der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung auf

Bundes- und Länderebene“. Die ifo Niederlassung Dresden gratuliert ihm an dieser Stelle nochmals herzlich dazu.

**Heinz Schmalholz**, seit 2000 wissenschaftlicher Mitarbeiter in der ifo Niederlassung Dresden, beendete am 31. Mai seinen 9-jährigen Dienst in Dresden und wechselte zum 1. Juni 2009 zurück ins Münchner Stammhaus. Die Mitarbeiter der ifo Niederlassung Dresden danken ihm herzlich für seine wertvolle Arbeit und wünschen ihm sowohl für seine berufliche Tätigkeit in München als auch persönlich alles Gute.